

**Arne Semsrott/Matthias Jakubowski**



# **Desiderius-Erasmus-Stiftung**

**Politische Bildung von Rechtsaußen**

**Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung  
Frankfurt am Main 2021**

**OBS-Arbeitspapier 51**

OBS-Arbeitspapier 51  
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: [info@otto-brenner-stiftung.de](mailto:info@otto-brenner-stiftung.de)

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

Autoren:

Arne Semsrott

FragDenStaat

Singerstr. 109

D-10179 Berlin

E-Mail: [arne.semsrott@okfn.de](mailto:arne.semsrott@okfn.de)

Twitter: [@arneselemsrott](https://twitter.com/arneselemsrott)

Matthias Jakubowski

E-Mail: [matthias.jakubowski@posteo.de](mailto:matthias.jakubowski@posteo.de)

Twitter: [@tiisbosbi](https://twitter.com/tiisbosbi)

Projektmanagement:

Jupp Legrand (OBS)

Satz und Gestaltung:

think and act –

Agentur für strategische Kommunikation

Titelbild:

picture alliance / Sebastian Gollnow/dpa /

Sebastian Gollnow

Redaktionsschluss:

15. September 2021

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt.

Download und weitere Informationen:

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

## Vorwort

Anfang September zeigten sich Brandenburger Politiker\*innen angesichts der Ergebnisse einer Recherche über die dortige Landtagsfraktion der Alternative für Deutschland (AfD) beunruhigt. Die Recherche hatte ergeben, dass Rechtsextreme in der Brandenburger AfD immer mehr an Einfluss gewinnen. Es hieß, dass die Fraktion faktisch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die extreme Rechte sei und rechte Strukturen aus Steuergeldern querfinanziert werden würden. Von einer Aushöhlung der Demokratie durch die AfD war die Rede und dass die Partei „überhaupt keine Hemmungen mehr habe, ihre rechtsextremen Tendenzen nach außen zu tragen“. Hatte doch die Analyse einer internen Liste des Landtags ergeben, dass mindestens zehn Mitarbeiter\*innen der AfD-Fraktion einen rechtsextremistischen Hintergrund haben. Personen mit Beziehungen zur *Identitären Bewegung (IB)* als auch ein ehemaliger NPD-Aktivist zählten ebenso dazu wie ein ehemaliger Funktionär der verbotenen *Heimattreuen Deutschen Jugend*.

Analysen zur Herkunft und Vorgeschichte von Mitarbeiter\*innen der AfD liegen auch für die 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages und einige Landesparlamente vor. Die Erkenntnisse, die bisher von investigativ recherchierenden Journalist\*innen oder Politikwissenschaftler\*innen zur AfD öffentlich zugänglich sind, geben schon begründet Anlass für die Beobachtung, dass unsere parlamentarische Demokratie von innen heraus bedroht ist, weil etwa ihre politische Legitimation in Zweifel gezogen wird. Die Befunde, die wir zur Vorgeschichte und der bisherigen Arbeit der AfD-nahen *Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES)* und ihrer wichtigsten Akteur\*innen hier erstmals einer breiteren Öffentlichkeit zur Diskussion stellen, verdeutlichen jetzt auch die wachsenden Gefahren, die mit einer Etablierung der parteinahen Stiftung im vorpolitischen Raum verbunden sein können. Mit dem abermaligen Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag nach der Wahl am 26. September mit 10,3 Prozent gewinnt die Frage zwangsläufig an politischer Aktualität und gesellschaftlicher Brisanz, ob die AfD-nahe DES mit Millionensummen aus staatlichen Haushalten künftig agieren kann und was sie damit zu bezwecken versuchen dürfte.

*attac*, *change.org*, *Campact* – die Liste zivilgesellschaftlicher Organisationen, denen die Finanzämter in den vergangenen Jahren die Gemeinnützigkeit aberkannt haben, wird immer länger. Der Vorwurf der Finanzverwaltung ist auch in weiteren Fällen, dass die Organisationen sich politisch engagieren. Bei einer anderen aufstrebenden politisch engagierten Organisation hat das Finanzamt bisher nicht eingegriffen: Die AfD-nahe *Desiderius-Erasmus-Stiftung* genießt weiterhin den Status der Gemeinnützigkeit. Dass die DES voraussichtlich nach dem Wiedereinzug der AfD

in den Bundestag darauf baut, vom Staat in Millionenhöhe finanziert zu werden, muss aber nicht das letzte Wort sein.

Es freut die Otto Brenner Stiftung (OBS) sehr, dass wir zusammen mit der profilierten Nichtregierungsorganisation *FragDenStaat* eine investigative Recherche auf den Weg bringen konnten, die etwas Licht ins Dunkel eines gesellschaftlichen Bereichs zu bringen versucht, der üblicherweise die Scheinwerfer transparenter Öffentlichkeit aus verständlichen Gründen eher meidet. Unsere Studie zeigt, dass zentrale Akteur\*innen der DES tief im Milieu der Neuen Rechten verwurzelt sind und die Stiftung das Ziel verfolgen könnte, eine Ideen- und Kaderschmiede für die Neuen Rechten aufzubauen oder bestehende neurechte Strukturen zu unterstützen. Wir wollen aber nicht nur diese zentralen Befunde der Untersuchung der interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen. Autoren und Stiftung verfolgen auch das Ziel, mit der Untersuchung eine fundierte Diskussion über Hintergründe und Ziele der DES zu ermöglichen sowie Handlungsmöglichkeiten für den Umgang mit ihr für unterschiedliche Bereiche aufzuzeigen.

Der Gesetzgeber, so eine der gängigen Forderungen, sollte dafür sorgen, dass die DES von einer staatlichen Förderung ausgeschlossen wird. In diese Richtung plädiert etwa auch das Manifest von gesellschaftlich aktiven Akteur\*innen und relevanten Organisationen, das von der *Bildungsstätte Anne Frank* initiiert worden ist, und das die Politik zu einem entsprechenden Handeln auffordert. Aber nicht nur die Politik und die staatlichen Ebenen sind gefragt, wenn es darum geht, gegen die DES aktiv zu werden und um ihren Gestaltungsanspruch einzugrenzen. Auch die anderen parteinahen Stiftungen, Hochschulen, Akteur\*innen der politischen Bildung und zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen (NRO) sollten klare Kante zeigen gegen die Demokratiefeinde von rechts und sich gegen alle Bestrebungen engagieren, die versuchen, „politische Bildung von Rechtsaußen“ zu etablieren.

Wenn wir einen kleinen Beitrag zu dieser überfälligen Diskussion liefern und einen weiteren Anstoß geben können für eine intensive, auch kontroverse Beschäftigung mit diesem Thema, haben Autoren und Stiftung erreicht, was wir mit dieser DES-Studie der OBS bezwecken wollten.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, den 27. September 2021

# Inhalt

	<b>Zusammenfassung: Die Studie auf einen Blick.....</b>	<b>4</b>
<b>1</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Parteinahe Stiftungen in Deutschland .....</b>	<b>7</b>
	2.1 Finanzierung der Stiftungen.....	7
	2.2 Regulierung der Stiftungen.....	11
	2.3 Szenarien der Stiftungsfinanzierung in der Zukunft.....	12
<b>3</b>	<b>Geschichte der DES.....</b>	<b>15</b>
<b>4</b>	<b>Pläne der DES .....</b>	<b>19</b>
	4.1 Politische Bildung: Bildungswerk und Politische Akademie .....	19
	4.2 Wissenschaftsförderung und Stipendien .....	21
	4.3 Auslandsaktivitäten .....	22
	4.4 Die DES in den Bundesländern .....	22
	▶ <i>Exkurs: Landesregelungen zur parteinahen Stiftungsförderung.....</i>	<i>23</i>
<b>5</b>	<b>Die DES und die Neue Rechte .....</b>	<b>26</b>
	5.1 Ursprünge, zentrale Ideen und Strategien der Neuen Rechten .....	26
	5.2 Organisationsformen.....	29
	5.3 Publikationen.....	36
	5.4 Personen.....	39
<b>6</b>	<b>Bewertung.....</b>	<b>49</b>
<b>7</b>	<b>Forderungen .....</b>	<b>51</b>
	7.1 Stiftungsfinanzierungsgesetz schaffen .....	51
	7.2 Gemeinnützigkeit prüfen, Transparenz schaffen .....	54
	7.3 DES ausschließen.....	55
	Literaturverzeichnis.....	57
	Verzeichnis der Abbildungen.....	70
	Hinweise zu den Autoren.....	71

## Zusammenfassung: Die Studie auf einen Blick

Die Arbeit parteinaher Stiftungen in Deutschland wird gegenwärtig mit 660 Millionen Euro jährlich gefördert – Geld, das ihnen größtenteils aus dem Bundeshaushalt für ihre zahlreichen Tätigkeiten zur Verfügung gestellt wird. Sie erhalten vom Staat insgesamt mehr als dreimal so viel Geld wie die ihnen nahestehenden Parteien. Das Verfahren zur Finanzierung ist bisher äußerst intransparent und informell. Es kann von der Öffentlichkeit kaum nachvollzogen und kontrolliert werden. Ein eigenes Stiftungsfinanzierungsgesetz, das die Vergabe der finanziellen Mittel öffentlich nachvollziehbar machen könnte, existiert nicht. Dies könnte dazu führen, dass mit der Gründung der AfD-nahen *Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES)* nach der Bundestagswahl 2021 erstmals eine Stiftung gefördert wird, die dem extrem rechten Parteienspektrum nahesteht.

Unsere Studie zeigt, dass die DES ein zentraler Baustein für Versuche der Neuen Rechten ist, in Deutschland Hegemonie im vorpoliti-

schen Raum zu erlangen. Entscheidende Akteur\*innen sind teilweise seit Jahrzehnten äußerst gut vernetzt und organisiert in der Neuen Rechten. Zudem sind handelnde Akteur\*innen immer wieder mit völkisch-nationalistischen, geschichtsrevisionistischen, rassistischen und antisemitischen Positionen aufgefallen. Mit einer staatlichen Förderung in Millionenhöhe könnte die DES dauerhafte Strukturen schaffen, um derart menschenfeindliche Positionen der Neuen Rechten in der Gesellschaft stärker zu verankern.

Um zu verhindern, dass die DES staatlich gefördert wird, muss zum einen eine gesetzliche Grundlage für die Voraussetzungen sowie einen transparenten Prozess zur Stiftungsfinanzierung geschaffen werden. Zum anderen muss die Arbeit der Stiftung überprüft und dann im Lichte der Erkenntnisse entschieden werden, ob der DES der Status als gemeinnützige Organisation aberkannt werden sollte.



### Hinweis von Autoren und Stiftung

Mögliche personelle Änderungen in Vorstand und Kuratorium der DES, die nach Redaktionsschluss bzw. zur Drucklegung dieser Studie erfolgt sind, konnten in der Print-Fassung der Untersuchung nicht mehr berücksichtigt werden. Wenn es Aktualisierungsbedarfe gibt und neue Fakten mit strategischer Relevanz nachzutragen sind, berücksichtigen wir dies in der Fassung, die online unter [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de) öffentlich und kostenlos zugänglich ist.

Berlin und Frankfurt am Main, den 24. September 2021

## 1 Einleitung

Die Bundestagswahl vom 26. September 2021 markiert einen tiefen Einschnitt für die politische Bildung in Deutschland. Mit dem erneuten Einzug der *Alternative für Deutschland (AfD)* in den Deutschen Bundestag wird die AfD-nahe *Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES)* voraussichtlich erstmals das Anrecht auf staatliche Fördermittel erhalten.

Die Rechtsaußen-Partei hat lange darauf hingearbeitet, vom etablierten System der staatlichen Finanzierung parteinaher Stiftungen zu profitieren. Je nach Rechnung und Strategie könnte die DES in nicht allzu ferner Zukunft – wie die parteinahen Stiftungen ähnlich stark im Parlament vertretener Parteien von Linken, Grünen oder FDP – bis zu 70 Millionen Euro jährlich aus dem Bundeshaushalt erhalten, auch wenn die DES derzeit noch weniger Geld einfordert. Damit würde erstmals eine dem extrem rechten<sup>1</sup> Parteienspektrum nahestehende Stiftung finanzielle Unterstützung aus staatlichen Haushalten erhalten. Die DES kann eine nationale und internationale Vernetzung und Ausstattung von Akteur\*innen der Neuen Rechten vorantreiben, den politischen Aktivismus extrem rechter Studierender an deutschen Hochschulen indirekt fördern und parteinahen Ideolog\*innen ein Auskommen sichern.

Angesichts der Gründung und des Wachstums der DES ist eine jahrzehntealte Forderung

nach einem Stiftungsgesetz wiederaufgekommen, mit dem die Vergabe staatlicher Zuschüsse an die parteinahen Stiftungen erstmals explizit gesetzlich geregelt werden würde. Besonders die *Bildungsstätte Anne Frank* (Frankfurt a. M.) hat mit ihrer Arbeit dazu beigetragen, auf die Gefahren der DES und die Möglichkeiten der Stiftungsgesetzgebung hinzuweisen. Bisher haben die meisten Parteien und ihre Stiftungen ein solches Gesetz nicht unterstützt – und damit akzeptiert, dass sowohl die Ermittlung der Fördersummen in Höhe von zuletzt 660 Millionen Euro jährlich als auch die Ausgabenseite gegenüber der Öffentlichkeit äußerst intransparent gestaltet bleiben. Soll die Arbeit der DES aber einer starken öffentlichen Kontrolle unterliegen, ist mehr Transparenz im Bereich der parteinahen Stiftungen unerlässlich.

Unsere Studie verfolgt den Anspruch, erstmals ein möglichst umfassendes Bild der DES, der an ihr unmittelbar und mittelbar beteiligten Akteur\*innen sowie der aktuellen und zukünftig zu erwartenden Betätigungsfelder zu bieten. Sie bildet eine Diskussionsgrundlage über die Finanzierung und Kontrolle parteinaher Stiftungen in Deutschland und zeigt Verknüpfungen eines neurechten Netzwerks, das sich nahe und im Umfeld der AfD gebildet hat. Daraus abgeleitet werden Antworten auf die Frage, welche Herausforderungen sich im Umgang mit der Stiftung und ihrem Umfeld

<sup>1</sup> Die Studie verzichtet weitgehend auf die Bezeichnung „Rechtsextremismus“, da die Autoren die u. a. vom Verfassungsschutz verfolgte Extremismustheorie für wenig wissenschaftlich und im Zusammenhang mit der Bewertung der Gefährlichkeit rechter Personen, Organisationen und Strukturen für unbrauchbar halten. Die maßgeblich auf die beiden Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse zurückgehenden Annahmen sehen die Autoren als mitursächlich für die Banalisierung rechter Ideologie. Wo die Bezeichnung verwendet wird, geschieht dies meist unter direkter Bezugnahme auf andere Veröffentlichungen.

stellen. Welche Gefahren der mittelbaren Querfinanzierung extrem rechter Netzwerke durch finanzielle staatliche Unterstützung sind zu erwarten? Und wie lässt sich eine Verfestigung der DES-Strukturen aufhalten?

Um diese Fragen zu klären, gibt die Studie einen kurzen Überblick über das System der parteinahen Stiftungen in Deutschland und skizziert mögliche Veränderungen durch eine

Erweiterung des Spektrums um die DES. Anschließend werden die Geschichte sowie die Pläne der DES dargestellt und das Netzwerk der DES in den Neuen Rechten überblicksartig beschrieben. Die Darstellung der Vernetzung der zentralen Akteure in der Neuen Rechten bietet anschließend die Möglichkeit, die Rolle der DES zu bewerten und Forderungen zum Umgang mit der DES in der Zukunft zu formulieren.

## 2 Parteinahе Stiftungen in Deutschland

Mit dem Vordringen in das Territorium der parteinahen Stiftungen – auch politische Stiftungen oder Parteienstiftungen genannt – macht die AfD über die parteinahe *Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES)* einen weiteren Schritt zur formellen Angleichung an andere etablierte Parteien in Deutschland. Sie findet einen Bereich der Politik und politischen Bildung vor, der bisher vor allem durch die Praxis der großen parteinahen Stiftungen geprägt wurde – der Linken-nahen *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, der Grünen-nahen *Heinrich-Böll-Stiftung*, der SPD-nahen *Friedrich-Ebert-Stiftung*, der FDP-nahen *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*, der CDU-nahen *Konrad-Adenauer-Stiftung* sowie der CSU-nahen *Hanns-Seidel Stiftung*. Bis auf die *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*, die eine rechtsfähige Stiftung ist, sind die parteinahen Stiftungen rechtlich tatsächlich eingetragene Vereine (Bundestag 2006a: 8), auch die DES. Eigens gesetzlich geregelt sind nur wenige Teile der Stiftungsarbeit. Ein Gesetz für die parteinahen Stiftungen und die Vergabe von Zuwendungen an sie gibt es bisher nicht.

Laut Bundesinnenministerium fördern die Stiftungen „durch die Vermittlung politischer Bildung das demokratische Bewusstsein und das politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger“ (BMI 2021). Die parteinahen Stiftungen sind allesamt in der politischen Bildungsarbeit, in der wissenschaftlichen Forschung und Beratung, der Begabtenförderung und der internationalen Zusammenarbeit tätig. Sie unterhalten Archive und Bibliotheken und arbeiten dabei mit den ihnen jeweils nahestehenden Parteien zusammen, wobei sie gleichzeitig auch belegen müssen, dass sie von ih-

nen organisatorisch und personell unabhängig sind (Bundestag 2006b: 12).

Ob ihnen das gelingt, ist umstritten (Hobusch 2020). Denn schon qua Auftrag sind die Stiftungen zumindest parteinah, von den Parteien offiziell anerkannt und – auch, weil ihre Finanzierung bisher an Wahlergebnisse der jeweiligen Parteien gekoppelt ist – damit von ihnen abhängig, wenngleich sie nicht weisungsgebunden sind. Nach dem zentralen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Stiftungen müssen diese „ins Gewicht fallende politischen Grundströmungen“ repräsentieren (Urteil vom 14. Juli 1986, 2 BvE 5/83) und erledigen mit ihrer politischen Bildungsarbeit auch Aufgaben der Parteien. In der Vergangenheit wurden immer wieder Berichte bekannt, nach denen die Stiftungen „ihren“ Parteien u. a. im Wahlkampf zuarbeiteten (Hobusch 2019). Im Zusammenhang mit der Förderung parteinaher Stiftungen steht unter anderem deswegen immer wieder der Verdacht im Raum, dass sie eine illegale verdeckte Parteienfinanzierung darstellt (Lepszy 2003: 525).

### 2.1 Finanzierung der Stiftungen

Die absolute Obergrenze für die staatliche Teilfinanzierung politischer Parteien lag auf Bundesebene im Jahr 2021 bei 200 Millionen Euro (Bundestag 2021). Für parteinahe Stiftungen gibt es hingegen keine Obergrenze. Sie erhalten ein Vielfaches: Im Jahr 2019 lag ihr Budget gemeinsam bei 699,8 Millionen Euro, davon 659,7 Millionen Euro Zuwendungen vom Bund, 10 Millionen Euro von den Ländern sowie weitere Zuwendungen von der Europäischen Union (EU)

und privaten Mittelgebern. Allein die *Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)* erhielt vom Bund zuletzt mehr Geld als die im Bundestag vertretenen Parteien zusammen. Die Stiftungsbudgets stiegen seit Beginn der staatlichen Finanzierung im Jahr 1962 stark an (Meertens/Wolff: 442). Die Globalzuschüsse durch das Bundesinnenministerium etwa stiegen von 1968 bis 2015 von 9 Millionen DM auf 116 Millionen Euro und damit auf das 25-fache. Die staatliche Teilfinanzierung der Parteien stieg im selben Zeitraum nur auf das 7-fache (v. Arnim 2016: 368).

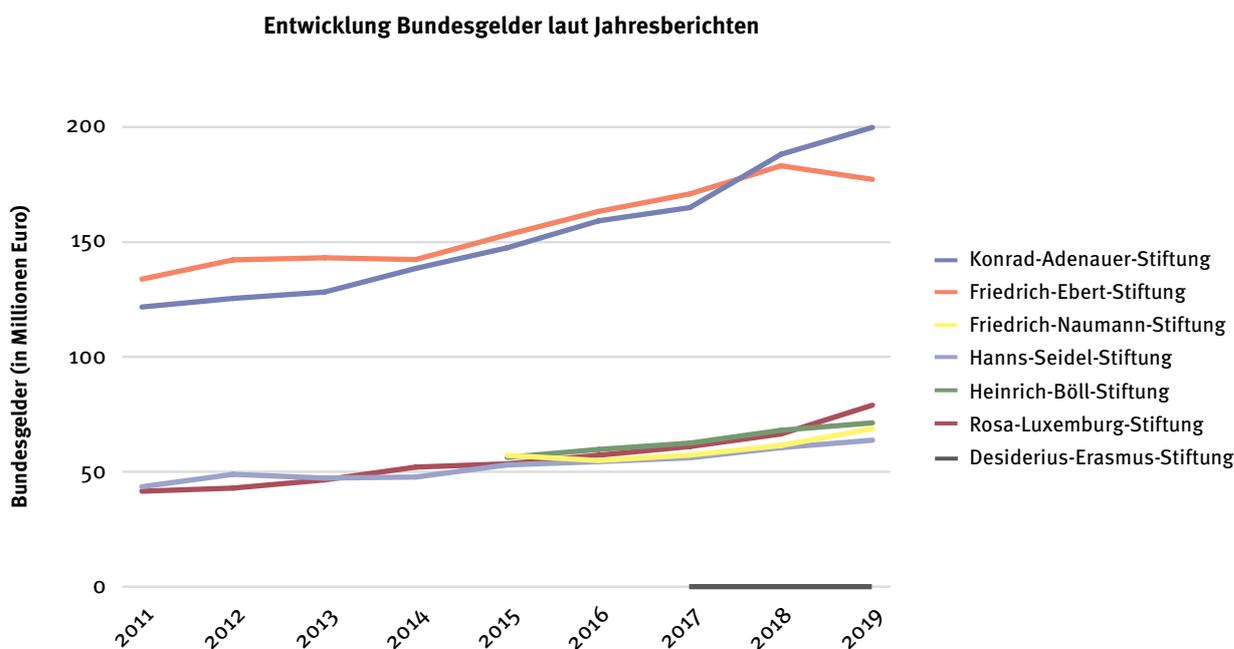
Die Entscheidung über die Budgets für politische Stiftungen trifft der Bundestag mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts auf

Vorschlag des Haushaltsausschusses, der die Höhe der Gelder nicht inhaltlich begründet. Dieses Verfahren bedeutet, dass über die Stiftungsgelder z.T. auch Abgeordnete entscheiden, die Teil der Vorstände oder Kuratorien ebendieser Stiftungen sind – also faktisch in eigener Sache. Eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit wäre also besonders wichtig, kann aber nicht wirklich stattfinden.

Die Aufteilung der Mittel unter den Stiftungen folgt einem inoffiziellen und nicht festgeschriebenen sogenannten Verteilerschlüssel, auf den sich die Stiftungen geeinigt haben. Dieser orientiert sich an den Wahlergebnissen der ihnen nahestehenden Parteien bei den

Abbildung 1

Gesamtbudgets für politische Stiftungen



Quelle: Jahresberichte der Stiftungen. Eigene Darstellung.

vergangenen vier Bundestagswahlen – was wiederum die Abhängigkeit der Stiftungen von den Parteien unterstreicht. So erhielt die *Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)* im Jahr 2019 27,92 Prozent, die *Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)* 30,81 Prozent, die *Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)* 10,53 Prozent, die *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)* 11,05 Prozent, die *Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)* 9,05 Prozent sowie die *Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)* 10,64 Prozent. Nach der Bundestagswahl vom 26. September werden die Aufteilungen, die dann ab 2023 gelten sollen, im kommenden Jahr neu verhandelt – wobei der Verteilerschlüssel nicht gesetzlich festgelegt ist und der zuständige Haushaltsausschuss des Bundestags theoretisch auch eine andere Art der Aufteilung der Mittel vereinbaren könnte.

Bisher hat sich der Haushaltsausschuss und letztlich der gesamte Bundestag aber beim Beschluss der Haushaltsmittel immer den Empfehlungen der parteinahen Stiftungen angeschlossen, die in sogenannten Stiftungsgesprächen vereinbart haben, welche Stiftung wie viele Mittel erhalten soll. Bei den exklusiven Stiftungsgesprächen treffen sich auf Einladung der Stiftungen Vertreter\*innen der parteinahen Stiftungen mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses aus den verschiedenen Bundestagsfraktionen sowie mit Beamt\*innen des Bundesinnenministeriums, um neben dem Verteilerschlüssel auch die Höhe der geplanten Zuwendungen an die Stiftungen zu besprechen. Andere politische Stiftungen sind bisher

zu den Gesprächen nicht eingeladen worden, auch wenn bisher nicht rechtlich geklärt wurde, ob diese möglicherweise auch das Recht auf finanzielle Förderung hätten, wenn sie politische Grundströmungen repräsentieren.<sup>2</sup>

Wie aus internen Protokollen der Treffen hervorgeht, die das Bundesinnenministerium nach Anfragen auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) herausgeben musste, ist die Stimmung der Treffen auf Konsensfindung orientiert und verläuft nicht konfrontativ. Die Vorschläge zur Verteilung der Mittel und zur Finanzierung etwa des Neubaus der Zentrale der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* unterbreiteten die Stiftungen „eilvernehmlich“ (BMI 2014: 8). Vorwürfe, die Treffen seien intransparent, weist man zurück: So weist ein Vertreter einer Stiftung bei einem der Stiftungsgespräche laut Protokoll darauf hin, das Zusammentreffen könne nicht als „Mauschelei“ bezeichnet werden. Es gehe um die „Verständigung der Stiftungen über zukünftige Aufgaben“ (BMI 2015: 38). Das Innenministerium betont, lediglich „eine notarielle Funktion“ bei den Treffen gehabt zu haben (BMI 2016: 2). Seit 2017 nimmt das Innenministerium laut Auskunft auf eine weitere IFG-Anfrage nicht mehr an den Stiftungsgesprächen teil (BMI 2020) – möglicherweise, weil mit dem Einzug der AfD in den Bundestag auch der Prozess zur Stiftungsfinanzierung und der Ausschluss der AfD davon rechtlich angreifbarer geworden ist.

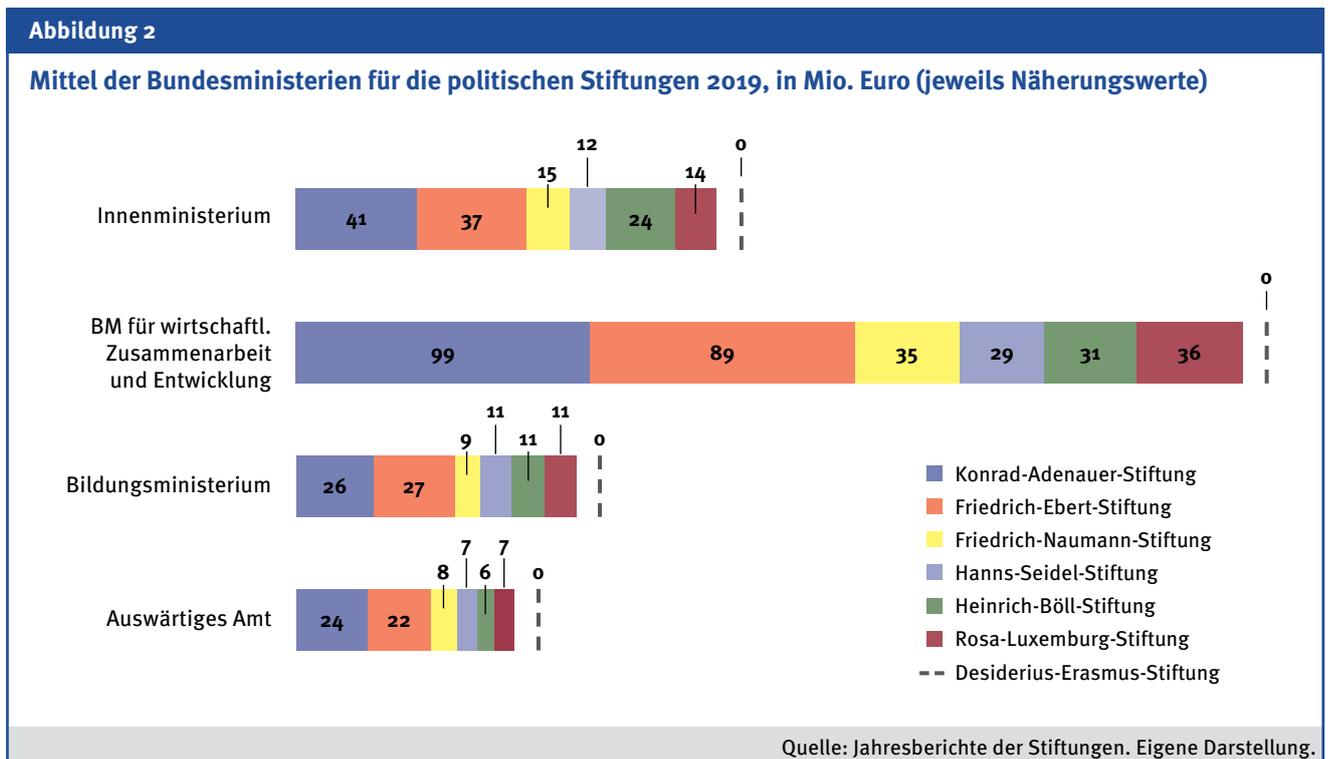
An dem intransparenten Verfahren gibt es bereits seit Jahrzehnten Kritik. Eine Kommission zur Parteienfinanzierung, die der dama-

<sup>2</sup> Tatsächlich kurios erscheint es, dass die CSU-nahe *Hanns-Seidel-Stiftung* etwa eine eigenständige politische Grundströmung vertreten soll, die sich von der CDU-nahen *Konrad-Adenauer-Stiftung* unterscheidet.

lige Bundespräsident Richard von Weizsäcker eingesetzt hatte, kam 1993 zu dem Schluss, dass der Prozess der Stiftungsfinanzierung äußerst problematisch sei: „Diese Intransparenz führt dazu, dass die Öffentlichkeit von den jährlichen Beschlüssen über die Erhöhung der Beträge praktisch ausgeschlossen ist. Unklar bleibt, wofür das Geld benötigt wird, ob die bisherigen Leistungen sinnvoll verwendet worden sind, ob Vermögen angesammelt wurde oder Schulden bestehen. Bedenkt man, dass Öffentlichkeit bei Entscheidungen des Parlaments in eigener Sache ‚die einzige wirksame Kontrolle‘ darstellt [...], so erscheint dieses Verfahren umso misslicher.“ (Bundestag 1993: 37).

Für welche Tätigkeiten die derzeit geförderten Stiftungen ihre Millionen ausgeben, erfährt die Öffentlichkeit teilweise grob über ihre frei-

willig veröffentlichten Jahresberichte. So gibt die *Friedrich-Ebert-Stiftung* beispielsweise in ihrem Bericht an, dass sie im Jahr 2019 rund 177 Millionen Euro Zuwendungen von Bundesministerien erhalten hat und davon rund 27 Millionen Euro für Stipendien an deutsche und ausländische Stipendiat\*innen ausgegeben hat (FES 2021: 60). Welche Ministerien allerdings beispielsweise für welche Projektvorhaben wie viel Geld zur Verfügung gestellt haben, legen nicht alle Stiftungen von sich aus offen. Im Bundeshaushalt ist mit genauer Sachkenntnis zumindest erkennbar, welche Haushaltsmittel en gros bereitstehen, jedoch nicht, welche von wem abgerufen werden, sodass eine genaue Verteilung kaum nachzuvollziehen ist. Und auch die Abrechnungen der Mittel erfolgen lediglich gegenüber den fördernden Ministerien,



u. a. in Form von Förderanträgen, Verwendungsnachweisen und Projektberichten. Um diese detailliert überprüfen zu können, müssen Bürger\*innen Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz an die jeweiligen Ministerien stellen und etwa Projektberichte anfragen, die die Stiftungen zum Nachweis der Mittelverwendung an die Ministerien gesandt haben. So zeigen beispielhaft per IFG-Anfrage herausgegebene Projektberichte der *Hanns-Seidel-Stiftung* in Kroatien, dass die Stiftung vom Auswärtigen Amt für den Förderzeitraum 2017 bis 2019 rund 1,5 Millionen Euro erhielt und wie sie verwendet wurden (HSS 2019).

Etwa die Hälfte der Stiftungsbudgets finanziert die Auslandsarbeit der Stiftungen, getragen über Mittel des Auswärtigen Amtes (AA) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Stipendienprogramme der Stiftungen werden im Rahmen der Begabtenförderung größtenteils durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bezahlt. Die politische Bildungsarbeit innerhalb Deutschlands schließlich zahlen die Stiftungen mit Globalmitteln des Bundesinnenministeriums (BMI), über deren Verwendung sie im Rahmen der allgemeinen Zuwendungsrichtlinien weitgehend frei entscheiden können.

## 2.2 Regulierung der Stiftungen

Um den vermehrten Forderungen nach mehr Transparenz zu begegnen und einer stärkeren staatlichen Regulierung zu entgehen, haben die parteinahen Stiftungen sich 1998 in der „Gemeinsame[n] Erklärung zur staatlichen

Finanzierung der Politischen Stiftungen“ selbst verpflichtet, freiwillig gegenüber dem Haushaltsausschuss des Bundestags, den sie fördernden Bundesministerien sowie dem Bundesrechnungshof Rechenschaft abzulegen, Jahresberichte zu veröffentlichen und sich von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften überprüfen zu lassen (KAS 1998). Diese Selbstverpflichtung wird von den Bundesministerien gemeinhin auch als Grundlage für die Förderung durch die Bundesregierung anerkannt. Zudem hat das Bundesinnenministerium für seine Globalzuschüsse an parteinahe Stiftungen eine Bewirtschaftungsgrundlage bekanntgemacht, die u. a. die Förderung verfassungsfeindlicher Inhalte ausschließt (BMI 2019).

Bei der Verwendung der Gelder kommt es allerdings immer wieder zu Problemen: Prüfungen durch den Bundesrechnungshof förderten u. a. im Jahr 2009 zutage, dass das Innenministerium ein „unwirtschaftliches Bauvorhaben“ einer parteinahen Stiftung mit 18,9 Millionen Euro gefördert hatte (BRH 2009). Im Frühjahr 2021 kritisierte der Bundesrechnungshof „erhebliche Verstöße“ sämtlicher parteinaher Stiftungen bei der Bezahlung ihres Personals. Die Stiftungen hätten gegen das Besserstellungsverbot verstoßen, durch das es den Stiftungen untersagt ist, ihren Mitarbeiter\*innen mehr Lohn zu zahlen als Bundesbedienstete in vergleichbaren Positionen erhalten. Außerdem zahlten die Stiftungen – bis auf die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* – ihrem Personal Versorgungszuschläge, die unzulässig seien. Der Rechnungshof kritisierte, das fördernde Bundesinnenministerium habe sich die Position der parteinahen Stiftungen dazu „zu eigen gemacht, ohne die Zielvorstellungen

zu prüfen oder anhand sachgerechter Kriterien zu verifizieren“ (Reichert 2021). Auch gibt es Berichte, dass Stiftungen etwa Kosten von Bundestagsabgeordneten und Fraktionen beglichen haben (Nokel 2015) und Vergehen im Rahmen von Dienstwagenaffären, Verstöße gegen Steuergesetze sowie überhöhten Zahlungen an Mitarbeiter\*innen von den zuständigen Behörden nicht angemessen verfolgt wurden (Lutz/Müller 2014).

### 2.3 Szenarien der Stiftungsfinanzierung in der Zukunft

In den Genuss staatlicher Förderung kommen bisher diejenigen Stiftungen, die, wie es das Bundesverfassungsgerichtsurteil 1986 in einem Urteil ausdrückte, „alle dauerhaften, ins Gewicht fallenden politischen Grundströmungen“ (Urteil vom 14.07.1986, 2 BvE 5/83) repräsentieren. Was das konkret bedeutet, ist mangels gesetzlicher Regelung nicht abschließend geklärt. Geht es nach den bisher geförderten Stiftungen, ist eine Partei und damit ihre parteinahe Stiftung förderungswürdig, wenn sie zweimal hintereinander im Bundestag vertreten ist.<sup>3</sup> Richtet sich eine künftige Regelung also ausschließlich nach diesen Kriterien, wäre die DES ab der Bundestagswahl 2021 zu fördern (Dierks 2020). Bisher allerdings hat die DES noch kein Recht auf Förderung – und hat nach einem Eilbeschluss des Verwaltungsgerichts Berlin damit auch noch keinen Anspruch darauf, auf der Website des Bundesinnenministeriums offiziell

als parteinahe Stiftung genannt zu werden (Beschluss vom 6. April 2021, VG 6 L 96/21).

Wie die Stiftungsfinanzierung in Zeiten der DES gestaltet wird, hängt unter anderem davon ab, ob der Bundestag eine gesetzliche Grundlage für Zuwendungen an parteinahe Stiftungen schafft oder nicht. Denkbar sind vier verschiedene Szenarien:

#### **Szenario 1: Der Bundestag schafft keine gesetzliche Grundlage für die Stiftungsfinanzierung und beschließt eine Förderung der DES mit Haushaltsmitteln.**

Dies setzt voraus, dass die parteinahen Stiftungen darüber Einigkeit mit den Haushaltspolitik\*innen im Bundestag herstellen, was angesichts erheblicher Widerstände vor allem bei der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, aber auch anderen parteinahen Stiftungen nicht wahrscheinlich erscheint. Sollte sich der Haushaltsausschuss des Bundestags wider Erwarten trotzdem für eine Förderung der DES entscheiden, dürfte die DES nicht direkt mit einer Finanzierung über die volle Summe rechnen, die ihr rein rechnerisch aufgrund der Größe der AfD-Fraktion in der 20. und der vergangenen 19. Legislaturperiode zusteht. Ausgehend von einem Anteil von rund 10 Prozent könnte die DES mittelfristig mit rund 60 bis 70 Millionen Euro jährlich rechnen, sofern sie auch Auslandsbüros eröffnen möchte. Zunächst dürfte die DES in ihren Anfangsjahren mit einem Sockelbetrag zum Stiftungsaufbau rechnen, wie ihn etwa die damals neue *Rosa-Luxemburg-Stiftung* Anfang der 2000er-Jahre erhielt. Die DES

<sup>3</sup> Ganz konsequent ist diese Regelung aber auch bisher nicht gewesen, da die FDP-nahe *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* nach dem einmaligen Ausscheiden aus dem Bundestag 2013 und dem Wiedereinzug 2017 ununterbrochen weiter gefördert wurde.

selbst spricht davon, dass ihr „lediglich ca. 7 Millionen Euro für das nächste Jahr“ zustünden, schlüsselt diese Summe allerdings nicht auf (DES 2021a). Obwohl sie zuvor in einem internen Plan noch davon ausgegangen war, ein Anrecht auf 75 Millionen Euro zu haben (Pittelkow/Riedel 2018), ging die DES gegenüber der Darstellung, sie erwarte 70 Millionen Euro, offenbar anwaltlich vor.

**Szenario 2: Der Bundestag schafft keine gesetzliche Grundlage für die Stiftungsfinanzierung und beschließt, die DES nicht aus Haushaltsmitteln zu fördern.**

In diesem Fall ist davon auszugehen, dass die DES gute Chancen hat, eine Förderung unter Berufung auf Gleichheitsgrundsätze und die bisherige Praxis der Stiftungsfinanzierung vor Gericht durchzusetzen, da die bisherigen Fördergrundsätze dafür sprechen, dass die DES nach dem Wiedereinzug der AfD in den Bundestag förderberechtigt ist. Für das Haushaltsjahr 2018 hatte die DES beim Bundesinnenministerium Mittel in Höhe von 480.000 Euro beantragt<sup>4</sup> – laut DES-Vorstandsmitglied Sebastian Wippel ein „geradezu provozierend niedrige[r] Förderantrag“ (DES 2018a) – was das Bundesverwaltungsamt am 7. Dezember 2018 mit der Begründung ablehnte, dass derartige Mittel nicht im Haushaltsgesetz vorgesehen waren (BVA 2018). Im Jahr 2019 beantragte die DES Mittel in Höhe von 900.000 Euro. Vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte die AfD im darauffolgenden Jahr mit dem Versuch, ein

Recht auf Finanzierung für ihre Stiftung feststellen zu lassen. Das gewählte Organstreitverfahren sei dafür das falsche Rechtsmittel – so das Gericht (Beschluss vom 22.07.2020, 2 BvE 3/19). Nach der Bundestagswahl 2021 stehen die Chancen allerdings deutlich besser, dass ein verwaltungsrechtliches Verfahren der DES selbst vor Gericht Erfolg hat.

**Szenario 3: Der Bundestag schafft eine gesetzliche Grundlage für die Stiftungsfinanzierung, durch die eine Förderung der DES mit Haushaltsmitteln möglich wird.**

In diesem Fall würde die DES eine vermutlich mit der Zeit steigende Fördersumme vom Bund erhalten und müsste sich im Gegenzug dazu verpflichten, wie dann auch die anderen parteinahen Stiftungen bestimmte Transparenzregeln und Verwendungszwecke einzuhalten. Die Einhaltung der Regeln würde voraussichtlich vom Finanzamt, von den fördernden Ministerien sowie dem Bundesrechnungshof überprüft werden.

**Szenario 4: Der Bundestag schafft eine gesetzliche Grundlage für die Stiftungsfinanzierung, durch die eine Förderung der DES ausgeschlossen wird.**

In diesem Fall bemessen sich die Chancen der DES, gegen die fehlende Förderung vorzugehen, an der Güte des Gesetzes.

Bisher gibt es kein abgestimmtes Konzept von parteinahen Stiftungen oder Bundestagsfrak-

<sup>4</sup> Offenbar war die DES zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal vom Bundesparteitag als DES-nahe Stiftung anerkannt worden (Bender 2018)

tionen für den Umgang mit der DES. Es ist abzusehen, dass viele Akteur\*innen aus Stiftungen und Parteien derzeit abwarten, zu welchen Dynamiken und Regierungskoalitionen die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 führen. Das macht es wahrscheinlicher, dass der Bund gemäß Szenario 2 per Gerichtsentscheid dazu verpflichtet wird, die DES zu fördern und die AfD sich dementsprechend mit einem Sieg vor Gericht brüsten können. Ob es auch nach der Bundestagswahl weiterhin Stiftungsgespräche gibt, ob manche der parteinahen Stiftungen mit der DES kooperieren wollen und ob neben der *Heinrich-Böll-Stiftung* noch weitere parteinahe Stiftungen ein Stiftungsgesetz befürworten werden, ist derzeit nicht geklärt. Offenbar haben sich auch die Studienwerke und die Auslandsbüros der parteinahen Stiftungen bisher nicht offen gegenüber der DES positioniert.

Mangels staatlicher Gelder ist die DES derzeit noch auf private Finanzierung angewiesen. Eine Ausnahme bilden die DES-nahen Landesstiftungen in Brandenburg, die dortige *Desiderius-Erasmus-Stiftung* sowie der *Kommunalpolitische Heimatverein*, die von der Landesregierung bis 2017 mit 85.000 Euro gefördert wurden (Wangemann 2019), dann allerdings wegen finanzieller Auffälligkeiten nicht weiter. Die Vereine klagen derzeit gegen die Ablehnung (MIK 2019).

Laut Protokoll der DES-Mitgliederversammlung vom 15. September 2018 (DES 2018b) wies die DES auf Bundesebene im Geschäftsjahr 2017 Einnahmen in Höhe von 50.050 Euro und einen Kassenbestand in Höhe von 49.754 Euro aus. Woher stammt dieses Geld? Möglicherweise kommt es aus dem AfD-Gründungsverein oder

aus der teilweise nationalliberalen *Hayek-Gesellschaft* (Pittelkow/Riedel/Schneider 2018). Laut Süddeutscher Zeitung, WDR und NDR versuchte Hans Hausberger, DES-Vorstand und Vertrauter der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel, im Jahr 2017, Geld für die Stiftung u. a. von David Bendels zu akquirieren, der über einen Verein die AfD-nahe und islamfeindliche Gratiszeitung *Deutschland-Kurier* herausgibt (Pittelkow/Richter/Riedel 2018). Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich die DES derzeit vor allem über größere Einzelspenden und Fördermitgliedschaften finanziert. Für private Spenden ist die DES besonders prädestiniert: Anders als die AfD selbst muss die parteinahe Stiftung gegenüber der Öffentlichkeit nicht offenlegen, wann wer wieviel Geld an die Stiftung spendet. Auf diese Weise könnte die Herstellung AfD-naher Inhalte finanziert werden, ohne dass die Öffentlichkeit davon erfährt. Erika Steinbach formulierte es in einem Rundbrief so: „Riesige Summen aus nichtstaatlichen Quellen sind nicht zu erwarten, auch wenn es schon vereinzelt Spender geben wird, die sich aus Angst vor öffentlichem Aufsehen nicht trauen, der AfD Geld zu spenden und die daher die Stiftung fördern. Es wäre absolut unsinnig, diesen Spendenweg durch Transparenzforderungen, die über die gesetzlichen Bestimmungen noch weit hinausgehen, künstlich abzuschneiden. Dies kann nur jemand wollen, der unserer Bewegung gezielt Schaden zufügen will.“ (DES 2018c).

Um zu verstehen, welche Art von parteinaher Stiftung möglicherweise bald mit staatlicher Hilfe weitere Strukturen aufbauen kann, lohnt sich ein Blick auf Geschichte, Pläne und zentrale Akteur\*innen der DES.

### 3 Geschichte der DES

Als der AfD-Bundesparteitag am 30. Juni 2018 mit 64,4 Prozent der Stimmen die *Desiderius-Erasmus-Stiftung* als offizielle parteinahe Stiftung der AfD anerkannte und damit der Empfehlung des AfD-Bundesvorstands folgte, hatte die Idee der Stiftung bereits eine jahrelang umkämpfte Geschichte hinter sich (Steffen 2018).

In der Vergangenheit waren Versuche anderer Akteure aus dem extrem rechten Parteienspektrum, eine Finanzierung durch den deutschen Staat zu erhalten, stets gescheitert. Die rechten *Republikaner* versuchten in den 1990er-Jahren, die Anerkennung der *Franz-Schönhuber-Stiftung* als parteinahe Stiftung vor Gericht zu erzwingen, scheiterten aber 1998 vor dem Bundesverwaltungsgericht, das die Stiftung als „gemeinwohlgefährdend“ einstufte (Urteil vom 12. Februar 1998, BVerwG 3 C 55.96). Lediglich auf EU-Ebene wurde die NPD-nahe Parteistiftung *Europa Terra Nostra* in den Jahren 2016 und 2017 mit einigen Hunderttausend Euro gefördert (Kovahl 2018), bevor sie aus dem Register der förderwürdigen Parteistiftungen auf EU-Ebene entfernt wurde (Amtsblatt der EU 2018). Die AfD ist bisher nicht Mitglied der EU-Nachfolgestiftung, der *Identity and Democracy Foundation*.

Mit einer parteinahen Stiftung wollte die AfD schon früh an Fördertöpfe des Staates gelangen. Bereits auf ihrem Bundesparteitag in Erfurt 2014 – nur ein Jahr nach ihrer Gründung – beschloss die AfD, eine parteinahe Stiftung auf den Weg zu bringen. Dies blieb parteiintern umstritten. Denn eigentlich trat die Partei auch an, um das System der parteinahen Stiftungen abzuschaffen, die sie für „Geldsammeltöpfe“

hält (Schillo 2019). Der Deutschlandfunk zitierte einen Delegierten des damaligen Bundesparteitags: „Und wer jetzt glaubt, wir können uns die vergiftete Frucht des Parteienstaates reichen lassen und werden dann anders sein, als die anderen, der täuscht sich.“ (Bernhard 2014)

Im Grundsatzprogramm von 2016 zählt die AfD das System der Finanzierung parteinaher Stiftungen als Teil zur „verdeckten Parteifinanzierung“, die als „verfassungswidrig einzustufen“ sei (AfD 2016). Auch der damalige Vorsitzende der DES, Konrad Adam, bezeichnete Parteistiftungen noch im Januar 2017 als „Misswuchs der bundesrepublikanischen Demokratie“. Gegenüber Zeit Online gab er zu Protokoll, die AfD stehe vor einem Dilemma: Zwar wolle man die „Übermacht der Parteien“ zurechtstutzen, man wolle aber gleichzeitig das „nehmen, was uns rechtlich zusteht“. Man werde nur dann auf eine eigene Stiftung verzichten, „wenn die anderen Parteien das auch tun“ (Steffen 2017).

Dementsprechend trieb die AfD ihre Pläne für eine eigene parteinahe Stiftung voran. Ende 2016 gründeten AfD-Mitglieder eine DES (als Stiftung) in Frankfurt am Main. Sie benannten die Stiftung nach dem niederländischen Gelehrten Desiderius Erasmus von Rotterdam, der zwischen 1464 und 1469 geboren und 1532 gestorben war. Zum einen passt diese Namensgebung zu Versuchen der Stiftung, sich als humanistische Idealisten zu präsentieren. Zum anderen hält die AfD Erasmus aber offenbar auch für einen Vorreiter des von den Neuen Rechten beschworenen Ethnopluralismus, der den Islam verteufelte (Rafael 2018).

Gründungsvorsitzender der DES wurde der vormalige AfD-Bundessprecher Konrad Adam, der im April 2017 nach AfD-internen Machtkämpfen von Peter Boehringer abgelöst wurde. Außerdem folgte nach zahlreichen rechtlichen Problemen die Entscheidung, die Gründung der Stiftung als Verein weiter voranzutreiben. Dazu wurde die bereits existierende *Desiderius-Erasmus-Stiftung* mit Sitz in Lübeck, die im Handelsregister unter dem Aktenzeichen VR 4144 HL geführt wird und die vorher die designierte Landesstiftung der DES in Schleswig-Holstein werden sollte, von einer landesweiten in einen bundesweit tätigen Verein umgewandelt.<sup>5</sup> Vorsitzende wurde 2018 die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, die Boehringer ersetzte, nachdem dieser im Bundestag zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gewählt worden war (Steffen 2018).

Allerdings machten sich parallel noch verschiedene andere parteiinterne Organisationen Hoffnungen darauf, als offizielle Stiftung anerkannt zu werden. Neben der DES gab es vier weitere Anwärter-Vereine:

*Erstens* gründeten Anhänger\*innen des Lagers von Frauke Petry im Februar 2017 als Antwort auf die parteiinternen Machtkämpfe bei der AfD den *Immanuel-Kant-Verein e. V.*, zunächst *Immanuel-Kant-Stiftung* genannt, dem der neurechte Autor Bruno Bandulet vor-saß. Weitere Mitglieder im Vorstand sind laut Vereinsregister u. a. der Gründungsvorsitzen-de von Petrys 2019 aufgelöster *Blauer Partei*

Michael Muster und Ralf Nienaber, ehemaliges DES-Vorstandsmitglied. Nach Medienberichten legte Bandulet inzwischen sein Vorstandsamt nieder (Kamann 2017), im Vereinsregister wird er allerdings weiterhin als Vorsitzender geführt. Bandulet ist inzwischen Kuratoriumsmitglied der DES. Nachdem Petry und ihr Mann Marcus Pretzell die AfD 2017 verließen und an Bedeutung verloren, geriet auch der *Immanuel-Kant-Verein* schnell in Vergessenheit. Die Website des Vereins ist inzwischen nicht mehr erreichbar.

*Zweitens* führten Querelen in der DES im November 2017 zur Gründung des Bonner *Johann-Gottfried-Herder-Vereins für Demokratie*, dem Rainer Groß vorsitzt. Außerdem im Vorstand sind der AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Jongen und der Kölner AfD-Bezirksvorstand Gerhard Fischer. Die Männer sind oder waren auch in der DES aktiv und entwickelten im Herder-Verein kaum Aktivitäten.

*Drittens* bewarb sich die *Akademische Erasmus-Stiftung* beim AfD-Bundesvorstand um Anerkennung als Parteistiftung, die im Juni 2016 gegründet wurde (Jannasch/Schneider 2017). Ihre Vorsitzende Victoria Bronson, ehemalige AfD-Justiziarin in Sachsen-Anhalt, sowie Rainer van Raemdonck waren zuvor Vorstandsmitglieder der DES, van Raemdonck zusätzlich noch Vorsitzender der *Brandenburger Erasmus-Stiftung*, der ersten AfD-nahen Landesstiftung. Neben der rechten Bronson, die von der Brandenburger AfD unter Andreas Kalbitz 2018 erfolglos als Verfassungsrichterin

<sup>5</sup> Die Landesstiftung in Schleswig-Holstein wurde daraufhin neu gegründet (VR 4203 HL)

vorgeschlagen wurde, mischt in der Stiftung auch Lena Duggen mit, die vor ihrer AfD-Mitgliedschaft in der islamfeindlichen Partei *Die Freiheit* aktiv war. Zwar versuchte die *Akademische Erasmus-Stiftung*, sich per Pressemitteilung zur parteinahen Stiftung der AfD zu machen, indem sie sich einfach dazu erklärte. Der AfD-Bundesvorstand stellte daraufhin allerdings fest, dass er nicht plane, den Verein als parteinahe Stiftung des AfD-Bundesverbandes anzuerkennen (Kamann 2017).

Der mit Abstand härteste Konkurrent für die DES war allerdings *viertens* die *Gustav-Stresemann-Stiftung*: Der 2011 in Jena gegründete Verein wurde bis 2018 von den Jenaer Rechtsanwälten Sascha Giller und Philipp Wolfgang Beyer geleitet. Beyer war als thüringischer Landesvorsitzender der islamfeindlichen Partei *Die Freiheit* bekannt. Nachdem sich die Kleinstpartei Ende 2016 aufgelöst hatte, übernahmen AfD-Funktionär\*innen den Verein ein Jahr später, um ihn von der AfD als parteinahe Stiftung anerkennen zu lassen. Für die Übernahme der „Hülle“ des Vereins ist laut Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) Geld an die Vereinsgründer geflossen (Wehner/Lohse/Bender 2017). In der Folge übernahmen der bayerische AfD-Politiker Rainer Groß und Hannes Kernert den Vorstand des Vereins. Das Dresdner AfD-Mitglied Kernert hatte in den Anfangsjahren der Partei einen lukrativen Goldhandel zur Parteienfinanzierung mitorganisiert, der später per Gesetz unmöglich gemacht wurde (Kamann 2018).

Vor allem AfD-Parteichef Alexander Gauland setzte sich in der Folge dafür ein, die *Stresemann-Stiftung* zur AfD-Stiftung zu ma-

chen. Er machte dabei eine ideologische Nähe des „Nationalliberalen“ Stresemann mit der AfD aus (Saarbrücker Zeitung 2017). Aber auch Rechtsextreme wie der inzwischen aus der Partei ausgeschlossene Brandenburger AfD-Politiker Andreas Kalbitz unterstützen Gauland und die Stiftung (ebd.). Dabei gab es durchaus Überschneidungen von Personal und Denkart der DES mit der *Stresemann-Stiftung*. So organisierte sie etwa Veranstaltungen mit dem späteren zeitweiligen DES-Kuratoriumsvorsitzenden Max Otte, Stresemann-Vorstand Groß war auch in der DES und im Herder-Verein aktiv (am Orde 2018).

Die *Stresemann-Stiftung* konnte sich letztlich allerdings nicht gegen die DES durchsetzen. Nach einer Vereinbarung zwischen DES und *Stresemann-Stiftung* aus dem April 2018 (DES 2018d) sowie letztlich auch nach dem Willen des AfD-Bundesparteitags sollte die *Erasmus-Stiftung* in *Stresemann-Stiftung* umbenannt werden, wenn dies rechtlich möglich sein sollte. Dazu wird es allerdings nicht mehr kommen: Im Oktober 2019 urteilte das Berliner Landgericht nach einer Klage der Enkel von Gustav Stresemann, die Stiftung dürfe sich nicht nach dem Nationalliberalen nennen. Die Stresemann-Enkel hätten „ein berechtigtes Interesse daran, nicht mit dem Beklagten in Zusammenhang gebracht zu werden, sondern sich von ihr (sic) deutlich zu unterscheiden“ (Urteil vom 01. Oktober 2019, 52 O 164/18).

Die *Stresemann-Stiftung* benannte sich daraufhin in *Oswald-Spengler-Stiftung e. V.* um und fand damit einen verstorbenen Anti-Demokraten als Namenspaten, der keine Nachkom-

men hatte, die den Verein verklagen könnten. Rainer Groß gab sein Amt als Vereinsvorsitzender auf, sein bisheriger Stellvertreter Hannes Kernert folgte ihm nach. Auch mit neuem Namen veranstaltet der Verein weiter rechte Veranstaltungen, u. a. mit Götz Kubitschek (Kleie 2020).

Letztlich fiel die Wahl der AfD auf die DES. Diese Entscheidung folgte keinen klar erkennbaren ideologischen Machtkämpfen – Personal und Zielsetzungen der DES-Alternativen unterschieden sich nur in einzelnen Positionen. Letztlich dürfte die Entscheidung für die DES vor allem praktische Gründe gehabt haben: Die DES war 2018 nach langen internen Auseinandersetzungen relativ stabil, hatte mit Erika Steinbach eine bekannte Repräsentantin und war politisch ohnehin rechts. Zur Rechtfertigung ihres Kurses legte die AfD-Fraktion im Bundestag im Juni 2018 noch einen Gesetzesentwurf über die Rechtsstellung und die Finanzierung parteinaher Stiftungen in den Bundestag ein, der in den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen wurde (Bundes-

tag 2018). In Bezug auf eine mögliche Millionenförderung der DES sagte Steinbach, dass man nicht mit der Friedenspalme durch die Lande laufen könne, wenn die anderen „ein Maschinengewehr in der Hand“ hielten (Fuchs/Middelhoff 2019: 145).

Steinbach selbst betonte auf dem AfD-Parteitag, alle Strömungen der AfD müssten sich in der DES wiederfinden – was also auch die etwa vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachteten Personen um den (inzwischen formal aufgelösten) „Flügel“ umfasst (Fiedler 2018). In der Folge baute die DES systematisch Strukturen auf. Dabei gab es zwar immer wieder einzelne Personalveränderungen. So legte Max Otte den Vorsitz des DES-Kuratoriums nieder, Erik Lehnert musste aus dem DES-Vorstand zurücktreten, weitere Akteur\*innen traten aus Vorstand und Kuratorium zurück<sup>6</sup>. Eine politische Richtungsänderung ging damit allerdings nicht einher. Akteur\*innen mit langjährigen und guten Verbindungen ins neurechte Spektrum bestimmen weiterhin einen großen Teil der DES-Strategie.

---

<sup>6</sup> Eine Liste des Kuratoriums löschte die DES von ihrer Website, sodass unklar ist, ob ggf. weitere Mitglieder das Gremium verlassen haben.

## 4 Pläne der DES

Laut Website der DES ist die Stiftung in fünf Tätigkeitsbereichen aktiv: *Erstens* einem Bildungswerk, in dem die DES in „Wochenendseminaren, Vorträgen und Publikationen“ ein „grundlegendes Wissen über politische Zusammenhänge“ vermitteln und „einen Zugang zu aktuellen Debatten“ erschließen will; *zweitens* mit einer Politischen Akademie, die ein „Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Themen zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft“ bieten soll; *drittens* durch Förderung von Wissenschaft und Forschung; *viertens* mit Stipendienprogrammen sowie Förderung von Kunst und Kultur, um „die kulturelle Identität unseres Landes zu bewahren“; und *fünftens* mit Auslandsaktivitäten „zur Vertretung deutscher Interessen in der Welt“.

Dabei soll die Stiftung die „Ideenschmiede“ der AfD werden, wie ihre Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alice Weidel, in der neurechten Zeitschrift „Zuerst!“ verkündete (Kovahl 2018).

### 4.1 Politische Bildung: Bildungswerk und Politische Akademie

Die Stiftung soll „auf der Ebene der Theorie weiteres Gelände“ gewinnen (DES 2018a) und den laut DES-Vorsitzender Steinbach „riesigen Schulungsbedarf“ in der Partei bedienen. Langfristig gesehen, so Steinbach in einem Rundbrief, wirke „[p]olitische Bildung auf die öffentliche Meinungsbildung tiefer und stärker“ als jeder Wahlkampf und „jede Wahlkampfpropaganda“ (DES 2018c) – eine Anspielung auf die Besetzung von Feldern im vopolitischen Raum. Die anderen parteinahen Stiftungen erhalten für den Bereich der politischen Bildung jährlich zwischen 10 und 40 Millionen Euro aus Mitteln des Bundesinnenministeriums.

Zentrale Bausteine für die Pläne der DES in diesem Bereich sind das Bildungswerk und die Politische Akademie der DES, die bereits erste Seminare veranstalten und auch im Bereich der Politikberatung tätig werden dürften. Laut einem internen Konzept der DES aus dem Jahr 2018 geht die DES insgesamt von einem Personalbedarf von 921 Stellen aus, von denen ein Großteil in diesen Bereichen eingesetzt werden würde, 528 Fachleute in der politischen Akademie sowie 325 Mitarbeiter\*innen und Referent\*innen im Bildungswerk (Pittelkow/Riedel 2018).

Im Bildungswerk geht es der DES vor allem um sogenannte Funktionsschulungen von AfD-nahen Kadern zu Rhetorik und Argumentationstechnik, dem Einsatz von Social Media und zum Umgang mit der Presse sowie für die Ausbildung in der Kommunalpolitik. Dabei setzt die DES auf Wochenendseminare, die etwa die Arbeit in parteinahen Institutionen und Schulungen zur politisch motivierten Straftaten thematisieren. In einem Seminar der Stiftung erörterte der Stiftungsvorstand Hans Hausberger laut tageszeitung (taz) beispielsweise Strategien für die Partei, um einer Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz zu entgehen (Speit 2018b).

In der Politischen Akademie, der selbsterklärten „Ideen- und Konzeptschmiede“ der DES, sollen vor allem in Tagungen, Veröffentlichungen und Konferenzen politische Entscheidungsträger\*innen aus dem AfD-Umfeld mit Personen aus der Wissenschaft zusammenkommen, um aus Sicht der DES eine „Brückenfunktion“ zwischen Theorie und Praxis wahrzunehmen. Möglicherweise könnte die DES dazu auch eine eigene Immobilie bauen. Laut Erika Steinbach soll

die Akademie „als ‚Sperrbrecher‘ die bestehenden Ausgrenzungen, Diskursblockaden, Berührungängste und Tabuisierungen abbauen, unser Image und Kompetenzprofil verbessern und die dem alternativen Lager nachgesagte Seriositätslücke auch öffentlichkeitswirksam ad absurdum führen.“ Zudem solle die Akademie als Beratergremium fungieren. Themen, mit denen sich die Akademie beschäftigt, umfassen u. a. Zuwanderung und Demographie, Euro, Direkte Demokratie, Energiepolitik sowie „Genderwahn und Frühsexualisierung“ (DES 2018c).

Erkennbar sind diese Versuche bereits an den Publikationen der DES: Sie gibt die regelmäßige Schriftenreihe *Faktum* heraus, in der sie sich monothematisch ihr wichtigen politischen Themen widmet. Bisher sind drei Ausgaben erschienen: Ausgabe 1/2020 mit Beiträgen, die auf Vorträgen auf einem Kongress von 2019 zum Thema „Meinungsfreiheit“ basierten. Seite 13 der Ausgabe wurde inzwischen geändert. Auf ihr ist nur noch „zensiert“ zu lesen. Ausgabe 2/2020 erschien mit dem Thema Bundeswehr und Ausgabe 1/2021 zum Thema „150. Gründungstag des Deutschen Reiches“ (DES 2021b). Neben AfD-Politiker\*innen und Vorstands- sowie Kuratoriumsmitgliedern publizierten in der

Schriftenreihe auch weitere AfD-nahe Personen, etwa die Ex-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld oder der ehemalige Chefredakteur der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“ Jan Heitmann.

Erika Steinbach und der damalige Kuratoriumsvorsitzende Max Otte veröffentlichten im Jahr 2018 unter dem Titel „Nachdenken für Deutschland – Wie wir die Zukunft unseres Landes sichern können“ im rechten Manuskriptum-Verlag einen Sammelband, der von Kuratoriums-Mitgliedern verfasst wurde (Steinbach/Otte 2018). Auf YouTube veröffentlicht die DES zudem regelmäßige Aufzeichnungen von Vorträgen, die in der Regel auf DES-Veranstaltungen gehalten wurden. Bisher sind dort mehr als zwei Dutzend Videos zu finden – von Erika Steinbach und Kuratoriumsmitgliedern, aber auch mit Vera Lengsfeld sowie dem Politiker der österreichischen Rechtsaußenpartei FPÖ Herbert Kickl. Die Videos tragen u. a. Titel wie „Sicherheitsrisiko Migration?“, „Die Vertreibung der Deutschen unter dem Aspekt des Völkerrechts“ sowie „Deutschland hat strategisch den Ersten Weltkrieg gewonnen!“ Schließlich verschickt die DES regelmäßig Newsletter im Namen von Erika Steinbach, in dem sie sich zu aktuellen politischen Fragen und Strategien der DES äußert.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Die Newsletter sind zu finden unter:

Nr. 1: <https://mailchi.mp/6412f2of4226/die-erasmus-stiftung-informiert>  
 Nr. 2: <https://us18.campaign-archive.com/?u=7880992a441d4d1357e28c286&id=2a680195e7>  
 Nr. 3: <https://us18.campaign-archive.com/?u=7880992a441d4d1357e28c286&id=c30d570d1f>  
 Nr. 4: <https://us18.campaign-archive.com/?u=7880992a441d4d1357e28c286&id=odda81fc8d>  
 Nr. 11: <https://erasmus-stiftung.de/rundbrief-nr-11/>  
 Nr. 12: <https://erasmus-stiftung.de/bericht-erste-jahreshaelfte-19/>  
 Nr. 13: <https://erasmus-stiftung.de/jahresrundbrief-der-vorsitzenden/>  
 Nr. 14: <https://erasmus-stiftung.de/rundbrief-nr-14-auch-in-diesem-jahr-haben-wir-viel-vor/>  
 Nr. 15: <https://erasmus-stiftung.de/rundbrief-nr-15-radius-der-bildungsveranstaltungen-erweitert/>  
 Nr. 16: <https://us18.campaign-archive.com/?u=7880992a441d4d1357e28c286&id=d434f8dcc6>  
 Nr. 17: <https://erasmus-stiftung.de/rundbrief-nr-17-wir-stellen-weichen-fuer-die-zukunft/>  
 Nr. 18: <https://erasmus-stiftung.de/rundbrief-nr-18-ein-ungewoehnliches-jahr-neigt-sich-dem-ende-zu/>  
 Nr. 19: <https://erasmus-stiftung.de/rundbrief-nr-19-politische-grundsatzfragen/>  
 Nr. 20: <https://erasmus-stiftung.de/rundbrief-nr-20-im-juni-2021-ein-wichtiges-jahr-fuer-unsere-stiftung/>

## 4.2 Wissenschaftsförderung und Stipendien

Neben diesen Versuchen, über Wissenschaft auf die Öffentlichkeit zu wirken, will die DES auch auf Wissenschaft über Hochschulen einwirken. Die anderen parteinahen Stiftungen fördern mithilfe von Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie des Auswärtigen Amts Studierende an deutschen Hochschulen, die die Werte der jeweiligen Parteien vertreten und sich in der Regel gesellschaftspolitisch im Sinne dieser Werte engagieren (Göres 2019). Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* etwa gab laut ihrem Jahresbericht im Jahr 2019 rund 27 Millionen Euro für Stipendien aus, die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* 11,7 Millionen Euro. Die DES könnte künftig also mit einem großen Budget ebenfalls die Möglichkeit haben, den AfD-Parteinachwuchs nicht nur finanziell, sondern auch durch inhaltliche Begleitprogramme zu Studium und wissenschaftlicher Tätigkeit fördern. Finanziell bedürftige Studierende können zudem über die Stipendienprogramme ideologisch an die Stiftung und ihre Partei gebunden werden. In Bezug auf die AfD dürfte dies vor allem auch für Studierende aus dem Umkreis der Nachwuchsorganisation der Partei, der vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „Verdachtsfall“ eingestuften *Jungen Alternative* (JA), interessant werden (Kamann 2021). Auf diese Weise könnte laut dem Geschäftsführer der *Amadeu Antonio Stiftung*, Timo Reinfrank, eine „neonazistische Kaderschmiede“ entstehen (2021). Die DES-Vorsitzende Erika Steinbach erklärte, die Stiftung werde Stipendien

nach der Überzeugung vergeben, dass die DES „offensiv und entschieden gegen Angriffe jedweder Art verteidigt, seien sie links, rechts oder islamisch“ (DES 2021c). Ob und wie die DES an Hochschulen frei agieren kann, hängt auch von der Haltung der Hochschulen selbst ab. Das Evangelische Studienwerk etwa hat sich bereits von der DES distanziert (Przybilla 2020). Ende 2019 nahm ein Vertreter der DES laut einer internen Gästeliste am Jahreskongress des *Verbands Privater Hochschulen* (VPH) teil, hinterließ dort aber offenbar keinen bleibenden Eindruck.

Eine größere Herausforderung im Hochschulbereich ist für die DES das Markenrecht: Seit 2009 hält die EU-Kommission im EU-Markenregister (EUIPO) sowie im deutschen Markenregister Rechte an der Marke *Erasmus* unter anderem im Bereich für Hochschulen, da es mit dem ERASMUS-Programm seit vielen Jahren Stipendien für Studien an Hochschulen in der EU und in Partnerländern vergibt. Hat die Marke auch in Zukunft Bestand, würde dies die DES vermutlich davon abhalten, beispielsweise „Desiderius-Erasmus“-Stipendien zu vergeben, da die EU-Kommission bereits 2015 angekündigt hat, gegen eine Nutzung des Namens Erasmus in diesem Bereich wegen Markenrechtsverletzung rechtlich vorzugehen (Burchard 2015). Die DES geht daher gegen die Markeneintragung derzeit rechtlich vor und hat die Kanzlei Höcker beauftragt, die Löschung der Marke aus dem EUIPO zu beantragen. Dabei argumentiert die DES unter anderem, die Marke werde nicht im Wirtschaftsverkehr eingesetzt und sei damit wirkungslos. Das Verfahren läuft derzeit noch (EUIPO 2021).

### 4.3 Auslandsaktivitäten

336 Auslandsbüros haben die parteinahen Stiftungen derzeit insgesamt. In vielen Ländern der Welt werden die Büros der Stiftungen als „Parallel-Botschaften“ Deutschlands, aber auch der Parteien selbst wahrgenommen (Meertens 2010: 25): Sie haben einen direkten Draht in lokale Regierungen und über die ihnen nahestehenden Parteien auch in die deutsche Politik und in deutsche Medien, wo sie als Auslands-Expert\*innen gerne gehört werden. Gleichzeitig sind die konkreten politischen Aktivitäten der Stiftungen im Ausland fast nie Thema in der Öffentlichkeit, wenn ihre Tätigkeiten nicht gerade durch Regime wie in Russland eingeschränkt werden sollen. Ausnahmen sind vereinzelt skandalöse Haltungen einzelner Auslandsbüros, etwa die Rechtfertigung des Putsches in Honduras 2009 durch die *Friedrich-Naumann-Stiftung* (Lichterbeck 2009) oder auch die enge Zusammenarbeit des ungarischen Auslandsbüros der *Konrad-Adenauer-Stiftung* mit dem Regime von Viktor Orbáns Fidesz-Partei.

In einem internen Strategiepapier von 2018 hieß es, dass die DES aufgrund ideologischer Vorbehalte keine Büros im Ausland plane (Pittelkow/Riedel 2018). Auch noch 2020 sagte die DES-Vorsitzende Steinbach mit Blick auf Auslandsbüros anderer Stiftungen, für sie „käme nie in Frage, dass wir uns auf die Art und Weise im Ausland etablieren“. Man müsse Dialoge mit anderen Ländern führen, aber könne dies „ambulant“ tun (DES 2020a). Würde die DES an dieser Haltung festhalten, müsste sie auf möglicherweise dutzende Millionen Euro

Förderung durch das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit verzichten, die andere parteinahe Stiftungen für ihre Auslandsaktivitäten jährlich erhalten. Auch Einwirkungsmöglichkeiten auf weltweite politische Prozesse entgingen der DES. So formulierte die *Konrad-Adenauer-Stiftung* im Jahr 1997 in Bezug auf ihre Arbeit im Ausland: „Wir wollen zugleich auf die Gestaltung politischer und gesellschaftlicher Ordnungen, auf politische Entscheidungsprozesse und auf die Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Institutionen einwirken.“ (Pogorelskaja 2002: 29)



#### Die Auslandsbüros der Stiftungen

Hier geht's zu einer Darstellung der Auslandsbüros aller Stiftungen:



Quelle:  
Eigene Darstellung  
via openstreetmap.de

### 4.4 Die DES in den Bundesländern

Nicht nur im Bund, auch in den Bundesländern hat die AfD die Möglichkeit, politische Arbeit seiner parteinahen Stiftungen durch Landeshaushaltsmittel finanzieren zu lassen. In Brandenburg war dies dem AfD-nahen *Kommunalpolitischen Heimatverein* sowie der *Erasmus-Stiftung Brandenburg* vorübergehend bereits gelungen.

AfD-nahe Stiftungen mit Fokus auf ein Bundesland und landesspezifische Themen gibt es bisher in etwa der Hälfte der Bundesländer: *Erasmus-Stiftung Brandenburg e. V.*, *Desiderius-Erasmus-Stiftung Hamburg e. V.*, *Desiderius-Erasmus-Verein Hessen e. V.*, *Desiderius-Erasmus-Stiftung Niedersachsen e. V.*, die geplante *Theodor-Körner-Stiftung* in Sachsen, *Friedrich-Friesen-Stiftung e. V.* in Sachsen-Anhalt, *Desiderius-Erasmus-Stiftung Schleswig-Holstein e. V.* sowie in Thüringen die *Carl-Joseph-Meyer-Stiftung e. V.*<sup>8</sup>

Von der AfD offiziell anerkannt sind sie allerdings weitgehend nicht. Es ist derzeit auch noch unklar, ob dies in allen Fällen ohne interne Querelen passieren wird, denn bis auf die DES in Schleswig-Holstein, der die DES aufgrund ihrer Gründungsgeschichte besonders verbunden ist, stehen die AfD-nahen Stiftungen in den Ländern teilweise auch in Konkurrenz zur Bundesstiftung – sowohl in inhaltlichen Fragen als auch in Bezug auf Finanzierungen von Bildungsarbeit. So ist es vorstellbar, dass die DES, soweit sie weiterbesteht, Regionalbüros gründet, über die sie in den Ländern Finanztöpfe anzapft. Dies ist bei den anderen parteinahen Stiftungen auch der Fall. Hier gibt es teilweise parteinahe Landesstiftungen, teilweise aber auch nur Landesbüros der Bundesstiftungen.

Die Stiftungen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt stehen von ihrer personellen Aufstellung dem Höcke-Flügel der AfD nahe. Insbesondere in der *Carl-Joseph-Meyer-*

*Stiftung* finden sich gleich mehrere Personen aus dem engsten Umfeld des Thüringer AfD-Politikers. In Brandenburg wird die Stiftung von ehemaligen Mitgliedern der islamfeindlichen Partei *Die Freiheit* geleitet.

In den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland sind bisher keine AfD-nahen Stiftungen bekannt.

Bei anderen parteinahen Stiftungen machen Finanzierungen durch die Bundesländer einen anteilmäßig insgesamt geringen, aber vor Ort jeweils bedeutsamen Anteil der Finanzierung aus. Gemeinsam erhalten die Stiftungen pro Jahr rund 10 Millionen Euro durch die Bundesländer, davon die *Friedrich-Ebert-Stiftung* sowie die *Konrad-Adenauer-Stiftung* in den vergangenen Jahren jeweils rund 3 Millionen Euro.

Wie erfolgreich die DES bei der Einwerbung staatlicher Mittel auf Landesebene sein wird, hängt von den jeweiligen lokalen Regeln ab. Die Finanzierung ist in den Ländern unterschiedlich geregelt, soweit Stiftungen aus Landesmitteln gefördert werden (siehe Exkurs und Bundestag 2006b).

### ***Exkurs: Landesregelungen zur parteinahen Stiftungsförderung***

In *Baden-Württemberg* erhalten die parteinahen Stiftungen von CDU, SPD, Grünen und FDP staatliche Mittel. Die Verteilung orientiert sich

<sup>8</sup> Die Vereinsregisterauszüge finden sich unter <https://fragdenstaat.de/dokumente/sammlung/76-vereinsregisterauszuge/>

an den Zweitstimmenergebnissen der Parteien aus den vergangenen vier Wahlen zum Deutschen Bundestag, den letzten zwei bzw. vier Wahlergebnissen zur Landtagswahl und wird teilweise als Sockelbetrag ausgezahlt (Landeshaushalt, Kap. 0104 Tit. 685 01). In *Bayern* werden Mittel nach den Förderrichtlinien des Bayerischen Kultusministerium nach Ermessen des Ministeriums vergeben (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus 2018). In *Berlin* hingegen werden nicht nur staatliche Mittel auf Basis der Förderrichtlinie der Bildungsverwaltung nach Sockelbeträgen sowie anhand von Wahlergebnissen der jeweiligen Parteien vergeben (SenBJF 2020). Die Landesstiftungen von Linken, Grünen, SPD, CDU und FDP erhalten zudem Mittel aus der Lotto-Stiftung, deren Stiftungsrat aus (Regierungs-)Vertretern von SPD, Linken, Grünen und CDU besteht. *Brandenburg* ist bisher das einzige Bundesland, das AfD-nahe Vereine staatlich gefördert hat. Dort gab es von 2010 bis 2015 eine Förderrichtlinie für die Vergabe von Mitteln an parteinahe Stiftungen, die allerdings inzwischen ausgelaufen ist. Der Erlass einer weiteren Förderrichtlinie ist nicht geplant. Die Zuwendungen werden daher auf Basis des Landeshaushalts gewährt (Platter 2017: 3). Derzeit befindet sich das Land im Rechtsstreit mit den AfD-nahen Vereinen, die von 2016 bis 2018 gefördert wurden. Gegen die Ablehnung einer weiteren Förderung gehen die Vereine verwaltungsgerichtlich vor (MIK 2019).

Die Hansestadt *Bremen* vergibt Zuwendungen an parteinahe Stiftungen, deren Parteien Fraktionsstärke aufweisen. Grundlage für die

Vergabe sind Bewirtschaftungsgrundsätze der Landeszentrale für politische Bildung (LpB Bremen 2009). Die Hansestadt *Hamburg* vergibt Mittel an parteinahe Stiftungen, sofern sie als Einrichtung der politischen Bildung anerkannt und auf Basis der allgemeinen Förderrichtlinien für politische Bildung u. a. gemäß der freiheitlich-demokratischen Grundordnung arbeiten (Justizbehörde 2019). In *Hessen* werden einzelne Veranstaltungen von parteinahen Stiftungen auf Antrag gefördert (Hessischer Landtag 2004).

Die Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes *Mecklenburg-Vorpommern* zur politischen Bildung gilt auch für die Mittelvergabe an parteinahe Stiftungen im Bundesland (Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern 2005). In *Niedersachsen* orientiert sich die Vergabe von Fördermitteln an den verbindlichen „Förderkriterien für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der politischen Bildungsarbeit politischer Stiftungen“ des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums. Nach den Kriterien erhalten nur parteinahe Stiftungen auf Antrag Zuwendungen, wenn ihre Partei im Landtag in Fraktionsstärke vertreten ist. Parteien mit mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen erhalten bis zu doppelt so viele Mittel wie Parteien, die weniger als 20 Prozent der Stimmen erhalten haben (Land Niedersachsen 2019).

Das Land *Nordrhein-Westfalen* verteilt Zuwendungen über einen Verteilerschlüssel, der derzeit 3:3:1:1 beträgt. Die NRW-Landesstiftungen von SPD und CDU erhalten je drei Achtel der Gesamtfördersumme für parteinahe Stif-

tungen, die Stiftungen von Grünen und FDP den anderen Teil von jeweils ein Achtel (Haushalt Titel 684 10). Aus *Rheinland-Pfalz* sind keine Richtlinien für die Vergabe von Fördermitteln an parteinahe Stiftungen bekannt. Besonders ist die Situation im *Saarland*: Dort gibt es zwar keine Zuwendungen des Landes an parteinahe Stiftungen. Allerdings wurden in den Jahren 1969 und 1970 Anteile an der Saarbrücker Zeitung durch das Land an die Gesellschaft für staatsbürgerliche Bildung Saar GmbH übertragen, deren Gesellschafter wiederum die politischen Stiftungen sind, die der CDU, der SPD und der FDP nahestehen. Die jährlichen Erträge der Unternehmensbeteiligung fließen somit an die parteinahen Stiftungen. Gesetzesinitiativen von Grünen und Linken sowie eine Verfassungsbeschwerde der Linken gegen dieses Finanzierungssystem scheiterten (Urteil vom 16. April 2013, Lv 15/11).

In *Sachsen* scheiterten AfD-Abgeordnete im Frühjahr 2021 mit einer als unzulässig gewerteten Verfassungsbeschwerde, mit der sie die Finanzierung der parteinahen Stiftungen (und damit implizit die Nicht-Finanzierung der AfD-nahen Stiftung) angriffen. Die Mittelvergabe an die übrigen Stiftungen in Sachsen orientiert sich an im Haushaltsplan aufgestellten Kriterien, unter anderem einer längeren Zu-

gehörigkeit zum Bundestag und zum Landtag (Beschluss vom 24.03.2021, Vf. 121-II-20). In *Sachsen-Anhalt* werden parteinahe Stiftungen gefördert, wenn ihre Arbeit und Ziele gemäß der einschlägigen Förderrichtlinie von 2019 „den Zielen und Wertvorstellungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt und der universellen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen entspricht“ (Land Sachsen-Anhalt 2019). Seit 2020 gibt es in *Schleswig-Holstein* eine Förderrichtlinie, nach der Stiftungen Zuwendungen erhalten können, „die ein gewisses Maß an zeitlicher und inhaltlicher Präsenz aufweisen, was in der Regel durch ein bereits mehrjähriges verfassungsgemäßes Wirken und Handeln der Stiftung bzw. des Vereins dokumentiert wird.“ (Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Schleswig-Holstein 2020). Die Regelung für Zuwendungen an parteinahe Stiftungen in *Thüringen* orientiert sich nach einer erfolgreichen Klage der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* beim Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2010 nicht mehr alleine an den Bundestagswahlergebnissen der Parteien, sondern ebenso nach den Ergebnissen der Wahlen zum Thüringer Landtag sowie nach einem Sockelbetrag für die Stiftungen (Beschluss vom 05.07.2010, BVerwG 7 C 14.09).

## 5 Die DES und die Neue Rechte

Mit einer Millionenförderung durch den Staat kann die DES ambitionierte Pläne umsetzen, um ihre „Ideen- und Kaderschmiede“ weiter aufzubauen. Aber welches politische Programm möchten zentrale Akteur\*innen der Stiftung auf diese Weise umsetzen? Um diese Frage zu beantworten, werden im Folgenden die Verbindungen der DES in die Neue Rechte beleuchtet. Dazu ist es erforderlich, die Ursprünge der Neuen Rechten, ihre Ziele, Strategien, Zusammenschlüsse, Publikationen und Medien kurz vorzustellen. Dabei werden hier in erster Linie Verbindungen einzelner Akteur\*innen der DES aus der Vergangenheit und Gegenwart berücksichtigt.

### 5.1 Ursprünge, zentrale Ideen und Strategien der Neuen Rechten

Der Begriff Neue Rechte wird vielseitig von Medien und in der Politik verwendet. Bis heute gibt es keine einheitliche Definition, unter die alle Akteur\*innen, Organisationen und Publikationen gefasst werden könnten. Er muss daher „kontinuierlich weitergedacht und an die jeweilige Zeit“ sowie aktuelle Entwicklungen angepasst werden (Bruns/Glösel/Strobl 2018: 29). Historisch geht er auf eine Phase der Reorganisation innerhalb der extremen Rechten nach dem Scheitern der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)* an der 5-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 1969 zurück. In dem sich innerhalb der Szene abspielenden Generationenkonflikt nutzten junge Rechte den Begriff in Abgrenzung zu den bis dahin dominierenden alten rechten Orga-

nisationsstrukturen, die vor allem von ehemaligen Nationalsozialisten geprägt wurden. Die aus dem aktionistischen, neofaschistischen Flügel der NPD hervorgegangene *Aktion Neue Rechte* wird daher auch als Urzelle der Neuen Rechten beschrieben (Feit 1987: 23). Die sich fortan vor allem aus intellektuellen rechten Kreisen rekrutierenden Akteur\*innen suchten in den darauffolgenden Jahren nach der Möglichkeit politischen Engagements, das nicht sofort als extrem rechts oder faschistisch zu identifizieren war (Feit 1987: 11f.; Gessenharter 2003: 191f.). Dabei griffen sie ideologisch zunächst auf die Arbeit des Schweizer Armin Mohler und dessen 1949 geschaffene Legende einer sogenannten *Konservativen Revolution* zurück, die zur bis heute fortbestehenden Grundlage für neurechtes Denken werden sollte. Nach ihr gab es in der Weimarer Republik angeblich eine rechte Geistestradiation, die sich vom traditionellen Konservatismus abhob und während des Nationalsozialismus verfeimt war, sodass sie scheinbar von den Verbrechen der Nationalsozialisten unbelastet blieb.

Die ideale Gesellschaft der Neuen Rechten ist völkisch-nationalistisch, wie auch an den Publikationen einiger DES-Akteur\*innen deutlich wird. Das neurechte Weltbild strebt nach einer Einheit von Volk und Nation. Dabei wird auf das Konzept des sogenannten Ethnopluralismus zurückgegriffen, das auf den neurechten Historiker Henning Eichberg zurückgeht. Nach diesem Konzept zeichnen sich Völker dadurch aus, dass sie jeweils über verschiedene unveränderliche kulturelle Identitäten verfügen. Ein Aufeinandertreffen die-

ser unterschiedlichen Identitäten innerhalb eines Staates führe notwendigerweise zu Konflikten und zu einem damit verbundenen Untergang des Staates. Ziel des Staates müsse es daher sein, alle „Kulturfremden“ in ihre eigenen Staaten zurückzuführen. Das originäre ethnopluralistische Weltbild lehnt dabei die Wertung unterschiedlicher Kulturen ab, in der neurechten Realität wird der tatsächlich praktizierte Rassismus jedoch kaum verschleiert. Die Umsetzung ethnopluralistischer Vorstellungen würde am Ende in eine weltweite Apartheid führen, die sich mit der weitaus bekannteren Parole „Ausländer raus!“ zusammenfassen lässt (Bruns/Glösel/Strobl 2018: 218 f., 228 ff.; Gessenharter 2003: 190 f.).

Ein weiteres Merkmal einer neurechten Gesellschaftsordnung ist die Beschränkung individueller Freiheiten und der Selbstbestimmung. Liberale Selbstverwirklichung gilt als Feindbild, da in ihr die größte Gefahr für die Stärke und den notwendigen Zusammenhalt der völkischen Nation gesehen wird. Dies geht einher mit der Ablehnung individuell geltender Menschenrechte. An ihre Stelle sollen kollektive Menschenrechte für die jeweiligen Volksgruppen treten. Die „Dekadenz des Westens“, eine angeblich bestehende Krise der Männlichkeit und ein angeblich um sich greifender aggressiver Feminismus sind weitere klassische neurechte Themen. Homosexuelle und queere Menschen werden zur Zielscheibe neurechter Propaganda. Nicht selten kommt es vor, dass in Veröffentlichungen und Vorträgen neurechter Akteur\*innen die oben genannten Themen mit – regelmäßig antisemitischen – Verschwö-

rungerzählungen verknüpft werden (Bruns/Glösel/Strobl 2018: 221, 233 ff.; Gessenharter 2003: 190 f.). Ist die kulturelle Revolution einmal vollzogen, setzt die Neue Rechte auf Elitenherrschaft statt pluralistischer Demokratie. Dabei folgt sie den Vorstellungen Julius Evolas und Carl Schmitts einer widerspruchsfreien Einheit von Regierung und Regierten, sodass letzten Endes keine pluralistisch aufgebauten Parteien und ihre Vertreter\*innen in Parlamenten an der Spitze des Staates stehen, sondern Personengruppen, die ausschließlich zum Wohle des homogenen Volkes entscheiden. Lange Auseinandersetzungen im Parlament seien hingegen hinderlich, um den von außen drohenden Gefahren schnell zu begegnen. Damit wird das Bild eines Ausnahmezustands erzeugt, das auch aus allen faschistischen Ideologien bekannt ist (Bruns/Glösel/Strobl 2018: 219 f.; Gessenharter 2003: 194).

In Bezug auf ihre Strategie orientierte sich die Neue Rechte in Deutschland an der Nouvelle Droite in Frankreich und ihrem bekanntesten Vordenker Alain de Benoist. Dieser prägte die Theorie einer „Metapolitik“ sowie der „Kulturrevolution von rechts“. Nach Benoist sollen, den Thesen des italienischen Marxisten Antonio Gramsci folgend, zunächst die Köpfe der Menschen und dann die politische Macht erobert werden. In der Praxis bedeutet dies, dass die Neue Rechte mehr auf langfristige Erfolge in der Gesellschaft als auf kurzfristige Erfolge bei Wahlen setzt. Sie will zunächst eine geistig-kulturelle Hegemonie erlangen, statt schnelle parteipolitische Erfolge zu feiern. Die Strategie der Neuen Rechten

zielt daher seit jeher vor allem auf den sogenannten vorpolitischen Raum – der auch von der DES besonders in den Fokus genommen wird. Der vorpolitische Raum soll durch die Propagierung neurechter Ideen und Konzepte langfristig übernommen werden. Erst daran anschließend soll die politische Machtübernahme erfolgen. Teil dieser Strategie ist es daher, den innerhalb einer Gesellschaft bestehenden Diskussionsrahmen kontinuierlich nach rechts zu verschieben. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt die Neue Rechte vor allem auch auf die gezielte Beeinflussung intellektueller und kultureller Eliten (Bruns/Glösel/Strobl 2018: 40 f., 244 ff.; Gessenharter 2003: 191 f.; Scholz 2009; Weiß 2021: 160 ff.).

Bei der Verfolgung ihrer Ziele bedienen sich neurechte Akteur\*innen verschiedener Techniken, die den Kern der ideologischen Grundlagen nicht immer gleich erkennen lassen. Es wird mit Chiffren, Codes oder Wortneuschöpfungen gearbeitet. Besonders beliebt ist das auf ein Interview mit dem jetzigen DES-Kuratoriumsmitglied Karlheinz Weißmann zurückgehende „politische Mimikry“. Je nach Publikum sollen Themen ausschließlich selektiv angesprochen werden. So gibt sich die Neue Rechte mal zurückhaltend demokratisch und mal angriffslustig und revolutionär. Einmal steht ihr Wirken im Fokus der Öffentlichkeit, ein anderes Mal wird in geschlossenen Zirkeln agiert. Immer mit dem Ziel, Aussagen zu vermeiden, die eine sofortige gesellschaftliche Ächtung nach sich ziehen würden. Vertreter\*innen der Neuen Rechten haben gelernt, sich an die Verhältnisse ihrer Umgebung anzupassen (Bruns/Glösel/Strobl 2018: 246 ff.; Gessenharter 2003: 190).

Die Neue Rechte hat es geschafft, Internet und Social-Media-Plattformen optimal für ihre Kommunikation zu nutzen. Rechte Gedanken lassen sich im Internet noch schneller verbreiten und sind dort offensichtlich sogar anschlussfähiger. Der u.a. von Götz Kubitschek und Jürgen Elsässer 2015 gegründete Verein *Ein Prozent für unser Land* unterstützte u. a. den Aufbau eines Netzwerks von neurechten YouTube-Kanälen. Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe plattformunabhängiger Angebote an Blogs, sogenannten Alternativen Medien und Webauftritten neurechter Zeitungen und Zeitschriften, über die rechte, rassistische und antisemitische Inhalte verbreitet werden (Fiehlitz/Marcks 2020; Stegemann/Musyal 2020; Schwarz 2020). Online gestartete Kampagnen hatten so in den vergangenen Jahren nicht selten Auswirkungen auf real stattfindende Massenproteste auf der Straße. Die Teilnahme neurechter Akteur\*innen an Demonstrationen und Sympathiebekundungen für teilweise offen demokratiefeindliche Bewegungen wie Pegida oder der Corona-Protestbewegung stehen im Widerspruch zur Strategie der Metapolitik. Es könnte bedeuten, dass sich die Neue Rechte langsam von ihrem metapolitischen Profil verabschiedet und zu ihren altrechten Wurzeln zurückkehrt (Weiß 2021: 163, 165 f.). Abseits dessen wird jedoch weiterhin die ideologische Bildungsarbeit innerhalb neurechter Zirkel und Denkfabriken wie der DES fortgesetzt. Das Ziel bleibt die Erlangung einer politischen Hegemonie durch strategische Beeinflussung von elitären rechtskonservativen bis extrem rechten Kreisen (Bruns/Glösel/Strobl 2018: 31; Weiß 2021: 160 ff.).

## 5.2 Organisationsformen

Die Neue Rechte organisiert sich in Vereinen, Initiativen, Stiftungen und elitären Gesprächskreisen sowie Burschenschaften. Wie oben dargestellt, ist eine eindeutige Zuordnung zur Neuen Rechten nicht immer möglich. Es gibt Überschneidungen hin zum Rechtskonservatismus und zur offen agierenden extremen Rechten. Die wichtigsten mit Bezug zur DES und vor allem ihren Akteur\*innen sollen hier kurz vorgestellt und skizziert werden.

### Institut für Staatspolitik (IfS)

Eine der wichtigsten Organisationen für die Neuen Rechten ist das private *Institut für Staatspolitik* (häufig nur kurz: IfS). Es wurde im Mai 2000 in Hessen gegründet, u. a. von Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann, der heute stellvertretender Vorsitzender des DES-Kuratoriums ist. Seit dem Jahr 2003 hat das Institut seinen Sitz auf dem „Rittergut“ Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Derzeitiger Geschäftsführer ist der ehemalige Schriftführer im DES-Vorstand Erik Lehnert. In den vergangenen 20 Jahren hat das IfS als Institution maßgeblichen Einfluss auf die ideologische Ausrichtung und die Radikalisierung des gesamten rechten Lagers genommen. Götz Kubitschek gilt heute nicht nur als einer der bekanntesten Vertreter der Neuen Rechten, sondern wird von dem Soziologen und Rechtsextremismus-Forscher Matthias Quent auch als „einer der wichtigsten Protagonisten

des Rechtsradikalismus in Deutschland“ bezeichnet. Das 2006 im eigenen Antaios Verlag erschienene Buch mit dem Titel „Unsere Zeit kommt“ nennt Quent eine „offene Drohung gegen die Demokratie“ und sieht im Titel einen Beleg für die langfristig ausgelegte Strategie der Neuen Rechten (Quent 2019: 118f.). Die vom IfS regelmäßig veranstalteten Akademien sind vornehmlich (der Strategie der Neuen Rechten entsprechend) an junge Menschen unter 35 Jahre gerichtet, um die Schulung einer jungen „rechtsradikalen Avantgarde“ voranzutreiben und die eigene Stellung als neurechte Denkfabrik zu festigen (Bruns/Glösel/Strobl 2018: 206; Quent 2019: 118f.). Diese angedachte Stellung als Ort der Strategiebildung zeigt schon der Titel „Strategien“ der „2. Sommerschule“ im Jahr 2001. Vortragende damals waren unter anderem der spätere Chefredakteur der aus dem neurechten Spektrum kommenden Zeitschrift *Zuerst!* und damalige Autor der *Jungen Freiheit*, Manuel Ochsenreiter, sowie der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann. Letzterer wurde 2004 nach einer im Jahr 2003 im Bundestag gehaltenen Rede, die von einigen als antisemitisch angesehen wurde, aus der CDU ausgeschlossen. Sowohl Teilnehmende als auch die dozierenden Referent\*innen bei Veranstaltungen des IfS sind in der Mehrheit Männer. Als Referenten traten unter anderem schon der Chef der *Jungen Freiheit* Dieter Stein, Felix Menzel, Martin „Lichtmesz“ Semlitsch und Martin Sellner<sup>9</sup> auf. Im Jahr 2012

<sup>9</sup> Felix Menzel gründete 2004 die Zeitschrift *Blaue Narzisse*. Diese existiert mittlerweile nur noch online und zählt zu den bekanntesten Publikationen der Neuen Rechten. Menzel ist seit 2018 zudem mitverantwortlich für das neurechte Wirtschaftsmagazin *Recherche D* (Speit 2018c). Semlitsch ist Autor beim neurechten Verlag Antaios, Sellner ist Kopf der österreichischen „Identitären“.

bezog das IfS Räumlichkeiten in Berlin, wo seitdem unter anderem der „Staatspolitische Salon“ veranstaltet wird (Antifaschistisches Infoblatt 2013).

Im Jahr 2014 schied der Mitgründer und bis dahin strategische Vordenker des IfS, Karlheinz Weißmann, aus dem Institut aus. Grund dafür soll vor allem eine Meinungsverschiedenheit über die strategische Ausrichtung gewesen sein. Während Weißmann augenscheinlich weiterhin eher bei der Strategie des „Mimikry“ bleiben wollte, strebte Kubitschek immer weiter in Richtung eines aktivistischen Ansatzes und suchte sich unter anderem mit dem AfD-Politiker und extremen Rechten Björn Höcke einen neuen, lautstark auftretenden Verbündeten. Höcke trat Ende November 2015 mit dem Thema „Ansturm auf Europa“ als Vortragender beim IfS auf, wobei er rassistische Thesen verbreitete (Hurtz 2015). Darüber hinaus finden sich viele vom IfS vertretene Grundgedanken in der sogenannten *Erfurter Resolution* vom März 2015, dem Ausgangsdokument der innerparteilichen völkisch-nationalistischen Strömung der AfD (Bruns/Glösel/Strobl 2018: 207). Höcke selbst bezeichnete das IfS als „Oase der geistigen Regeneration“ (Kampf 2015). Im März 2020 fand ein Treffen des Flügels der AfD in Schnellroda statt, bei dem auch Götz Kubitschek zu Gast war. Höcke hielt an diesem Tag eine Rede, in der er sagte, Gegner\*innen des Flügels gehörten „ausgeschwitzt“ (Ayyadi 2020).

Die immerhin 20-jährige neurechte Tradition des Instituts fiel im Jahr 2020 dann auch

dem Bundesamt für Verfassungsschutz auf, der das IfS mittlerweile als „Verdachtsfall“ führt und in seinem Jahresbericht als „neurechte Denkfabrik mit intellektueller Fassade“ bezeichnet, die unter anderem versuche, „strategische Konzepte fortzuentwickeln“ und „politische Positionen [...] argumentativ zu unterfüttern und zu legitimieren, die Menschen mit anderen ethnischen Hintergründen die Zugehörigkeit zum deutschen Staatsvolk versagen.“<sup>10</sup>

Mit Karlheinz Weißmann sitzt ein Mitgründer und langjähriger Strategie des IfS, der über Jahrzehnte die ideologische Ausrichtung und Strategie des Instituts entscheidend geprägt hat, im Kuratorium der DES. Weitere namhafte DES-Kuratoriumsmitglieder wie Karl Albrecht Schachtschneider oder Lothar Höbelt pflegten in der Vergangenheit gute Kontakte dorthin und traten im Zusammenhang mit Vortragsveranstaltungen in Erscheinung. Auch das Kuratoriumsmitglied und AfD-Bundestagsabgeordneter Marc Jongen referierte schon in Schnellroda. Zu den wenigen Frauen, die bisher bei Akademien des IfS auftreten durften, gehört das Kuratoriumsmitglied Angelika Barbe (Heide 2020b: 170; „IfS-dichtmachen“ 2018a; 2018b; Quent 2019: 118 f.). Auch wenn der ehemalige Schriftführer im DES-Vorstand Erik Lehnert mittlerweile die Stiftung verlassen musste, sitzt mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Harald Weyel weiterhin eine Person im Kuratorium, der Lehnert zumindest bis März 2019 als Mitarbeiter beschäftigte. Weyel sagte über Lehnert: „Herr Dr. Lehnerts private und berufliche Vita

<sup>10</sup> Verfassungsschutzbericht 2020, S. 75.

hat mich überzeugt [...] auch sämtliche mir vorliegenden Artikel und Arbeiten, soweit mir bekannt, überzeugten mich davon, dass wir die gleiche Sprache sprechen“ (Fuchs/Middelhoff 2019: 152; Speit 2018a: 36). Darüber hinaus trat mit dem Historiker und AfD-Politiker Stefan Scheil schon ein langjähriger Mitarbeiter der vom IfS herausgegebenen *Sezession* und Referent des IfS als Redner bei einer Veranstaltung der Stiftung auf (Heide 2020a: 168).

#### **Verein Ein Prozent**

Eng mit dem IfS verbunden ist der Verein *Ein Prozent*. Er ist eine Art „neurechte NGO“, die, anders als IfS oder *Bibliothek des Konservatismus*, weniger elitär und mehr aktionistisch orientiert agiert (Bruns/Glösel/Strobl 2018: 179 ff.). Das 2015 auf dem IfS-Herbstkongress vorgestellte Gemeinschaftsprojekt von Jürgen Elsässer, Götz Kubitschek und des DES-Kuratoriumsmitglieds Karl-Albrecht Schachtschneider soll laut Kubitschek als Plattform zur Vernetzung des überall im Land „aufkeimenden Widerstands“ dienen (Büchner 2016: S. 4 f.; Fuchs/Middelhoff 2019: 104; Heide 2020: 168). Seit der Gründung fungiert der ehemalige Sprecher der *Deutschen Burschenschaft*, rechte Netzwerker und Gründer des rechten *Jungeuropa Verlag* Philip Stein als organisatorischer Leiter. Im Jahr 2016 brachte *Ein Prozent* eine Verfassungsbeschwerde gegen die „Asylpolitik der Bundesregierung“ und die angebliche Öffnung der Grenzen vor das Bundesverfassungsgericht. Vertreten wurde diese durch Karl Albrecht Schachtschneider (Büchner 2016: S. 4 f.; Fuchs/Middelhoff 2019: 104). Überschneidungen von Akteur\*innen der

sogenannten *Identitären Bewegung (IB)* und den Projekten von *Ein Prozent* waren in der Vergangenheit keine Seltenheit. Wie auch das IfS sieht das Bundesamt für Verfassungsschutz die Vereinigung in der Kategorie Neue Rechte und konstatiert eine „in intensiver materieller und ideeller Form“ betriebene „Unterstützung, Bewerbung und Förderung verschiedener Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen der ‚Neuen Rechten‘“ (Verfassungsschutzbericht 2020: 82).

#### **Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF)**

Während *Ein Prozent* vor allem aktionistisch arbeitet, setzt die *Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF)* auf ein betont seriöses konservatives Image. Sie wurde im Jahr 2000 vom damaligen Herausgeber der Zeitschrift *Criticón*, Caspar von Schrenck-Notzing, gegründet. Bis zu seinem Tod galt er als eine der führenden Persönlichkeiten der Neuen Rechten. Seine mit mehr als 20.000 Bänden ausgestattete Privatbibliothek, die er der Stiftung vermachte, bildete das Fundament der am 23. November 2012 in Berlin eröffneten *Bibliothek des Konservatismus*. Die FKBF wird seit 2007 vom Gründer und Chefredakteur der *Jungen Freiheit* Dieter Stein geleitet. In Kooperation mit der *Jungen Freiheit* verleiht sie einen Preis, der nach dem verstorbenen ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal benannt wurde, der als Vorbild für rechten Journalismus in Deutschland gilt. Unter den bisherigen Preisträger\*innen befinden sich bekannte Gesichter wie die ebenfalls neurechte Publizistin und Ehefrau von Götz Kubitschek, Ellen Kositzka, sowie der

Herausgeber und Chefredakteur von *eigentlich frei*, André F. Lichtschlag (Antifaschistisches Infoblatt 2012, 2013; Junge et al. 1997: 114 f., 140 f.; Schlüter 2018). Die *Bibliothek des Konservatismus* entwickelte sich in den vergangenen fast neun Jahren zu einem bedeutenden Ort für Vorträge aus dem neurechten Spektrum. Karl Albrecht Schachtschneider referierte hier, später trat Karlheinz Weißmann in den Räumlichkeiten auf und die DES-Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach stellte hier ihr Buch „Flucht, Vertreibung, Mahnung“ vor. Im Jahr 2021 wählte Steinbach auch diesen Ort, um die DES gegen die aufkommende Kritik und die Forderung zu verteidigen, die Stiftung von öffentlicher Stiftungsförderung auszuschließen (antifa-berlin.info 2013; Bruns/Glösel/Strobl 2018: 213 f.; Joswig 2021).

#### **Studienzentrum Weikersheim (SZW)**

Eine Brücke in das rechtskonservative Spektrum schlägt ebenfalls das 1979 unter anderem vom ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten Baden-Württembergs Hans Filbinger gegründete *Studienzentrum Weikersheim (SZW)*. Es steht mittlerweile der AfD wesentlich näher als den Unionsparteien. Der derzeitige Geschäftsführer Daniel Tapp ist als Referent für Alice Weidel tätig (Biermann et al. 2018; Büchner 2018; Fuchs/Middelhoff 2019: 119). In Weikersheim bestimmende Themen waren aber schon immer die als zu sozialliberal empfundene Gesellschaft und das Zurechtrücken des deutschen Geschichtsbilds. So sagte ein Mitbegründer des SZW, dass 1945 nicht als Befreiung gesehen werden dürfe und die Kriegsniederlage

die „größte Katastrophe der deutschen Geschichte“ gewesen sei (Weiß 2011: 41 f.; 44). Aufgrund dieser politischen Ausrichtung zieht das SZW seit seinem Bestehen auch immer wieder Akteur\*innen aus dem Umfeld der Neuen Rechten an. Das gilt neben den Teilnehmenden und Referent\*innen bei Tagungen auch für den Vorstand und das Präsidium des Studienzentrums. Im September 2016 trat Harald Seubert nicht nur als Vorsitzender zurück, sondern auch gleich ganz aus dem SZW aus. Diesen Schritt begründete er mit der Unfähigkeit des Präsidiums, sich eindeutig von Tendenzen der „Unkultur von Ressentiments und Hass“ wie den rassistischen Pegida-Protesten in Dresden zu distanzieren. Die Leitung übernahmen fortan die vorherigen Präsidiumsmitglieder Jost Bauch und Karl Albrecht Schachtschneider. Bauch war bis zu seinem Tod im Jahr 2018 ebenfalls Mitglied im Kuratorium der DES. Schachtschneider gilt als treibende Kraft hinter der wachsenden Verbindung von SZW und IfS und den deutlich sichtbarer werdenden Kontakten zu neurechten Akteur\*innen (Bruns/Glösel/Strobl 2018: 211; 202 ff.; Büchner 2016: 4 f.; 2018; Junge et al. 1997: 173 ff.).

#### **Burschenschaften**

Viele Akteure im neurechten und rechtskonservativen Spektrum verbinden enge Kontakte zu *Burschenschaften*. Ihre Häuser in ganz Deutschland sind immer wieder Anziehungspunkt für unterschiedliche Akteur\*innen aus dem extrem rechten Spektrum. Es ist keine Seltenheit, dass Vertreter\*innen rechter Parteien wie der AfD zu Vorträgen und gemeinsa-

men Abenden eingeladen werden. Zahlreiche Vertreter\*innen der Neuen Rechten, so zum Beispiel aus dem Umfeld des IfS oder Autoren der *Jungen Freiheit*, haben in der Vergangenheit in Verbindungshäusern referiert. Einige haben selbst eine Vergangenheit als Burschenschafter. In Deutschland und Österreich gibt es wohl keine anderen Immobilien, „die mit einer über hundertjährigen Tradition so viel zur Behausung, Schulung und Vernetzung der extremen Rechten beigetragen haben wie die Häuser vieler Burschenschaften“ (Krebs 2019: 20). Mit völkisch-nationalistischen Weltbildern und mangelnder Abgrenzung zu extrem rechten Parteien sowie neofaschistischen Organisationen stechen dabei vor allem immer wieder die in der *Deutsche Burschenschaft (DB)* als Dachverband organisierten Burschenschaften heraus. Im dem hier untersuchten Kontext ragen vor allem die *Burschenschaft Danubia*, München, einige Burschenschaften der *Germania* sowie die *Deutsche Gildenschaft* heraus.

Die als radikal völkisch geltende *Burschenschaft Danubia* nimmt seit den 1960er Jahren eine zentrale Rolle bei der Vernetzung extrem rechter Strukturen ein. So wurde hier 1961 mit der Gründung der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* de facto die formell erst 1971 erfolgte Wiederaufnahme der extrem völkisch-nationalistischen österreichischen Burschenschaften in die DB vorweggenommen. 1989 wurde im Danubienhaus der *Republikanische Hochschulverband* gegründet. Anfang der 1990er-Jahre organisierten Burschenschafter der *Danubia* gemeinsame Veranstaltungen mit der *Jungen Freiheit (JF)* und engagierten sich bei der Ver-

netzung junger Rechter durch die sogenannten Lesekreise der JF. Es referierten schon die DES-Funktionäre Lothar Höbelt, Alfred de Zayas, Karlheinz Weißmann sowie Erik Lehnert in München (Andreasch 2016; Krebs 2019: 20; Danubia 2021).

### **Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) und Deutsche Gildenschaft (DG)**

Ebenfalls als völkisch-nationalistisch gilt die Kölner *Burschenschaft Germania*. Im Jahr 1977 gründeten Mitglieder den *Ring Freiheitlicher Studenten (RFS)*. Der RFS vertrat unter anderem die Ansicht, dass „die Ungleichheit der Menschen Ausdruck ihrer Natur sei“. Zudem orientierte man sich an den neurechten Positionen Alain de Benoists und Henning Eichbergs. Mit Unterstützung des hochschulpolitischen Ausschusses der DB wurde 1979 der RFS auch auf Bundesebene aktiv. Mitgründer und zwischen 1981 und 1982 sogar Bundesvorsitzender war das heutige DES-Vorstandsmitglied Hans Hausberger (AStA Köln 2017: 23; Handbuch Deutscher Rechtsextremismus 1996: 335; Hundseder 1995: 51). Aus den Reihen der *Halle-Leobener Burschenschaft Germania (HLB)*, die gute Verbindungen zum IfS hat, kamen viele der Protagonisten des Identitären-Hausprojekts Kontrakultur Halle. Der auf Erik Lehnert folgende Schriftführer im Vorstand der DES, Thore Stein, soll bei der als extrem rechts geltenden HLB sowie der *Hamburger Burschenschaft Germania* aktiv gewesen sein. Der ehemalige Sprecher der DB, Torben Braga, ist heute nicht nur AfD-Landtagsabgeordneter in Thüringen und enger Vertrauter

Höckes, sondern hat auch eine Vergangenheit in der *Jenaischen Burschenschaft Germania*. Er ist zudem Schatzmeister der AfD-nahen *Carl-Joseph-Meyer Stiftung* (Kovahl 2016: 19, 2019; Sachsen-Anhalt Rechtsaußen 2017, 2020; Teidelbaum 2017b: 21). Eine besondere Rolle nimmt die *Deutsche Gildenschaft (DG)* ein. Die im Jahr 1958 neu gegründete DG gilt als elitäre völkisch-nationalistische und elitäre Kleinstgemeinschaft, die sich zum Konzept der „Volksgruppenrechte“ und der „tatkräftigen Unterstützung des deutschen Volkstums im Ausland“ bekannte (Maegerle 1995: 6; Fuchs 2013: 28; Wiedener 2017: 147). In der Göttinger Grundsatzerklärung von 2014 heißt es: „Die positive Haltung des Bundes gegenüber der Zugehörigkeit zum deutschen Volk und zur Nation [...] schließt die Anteilnahme an der Lage deutscher Minderheiten in aller Welt ebenso ein wie die Achtung von Menschen anderer Herkunft und ihrem Bedürfnis nach kultureller Identität.“ (DG 2021) Die DG prägte Mitglieder wie Dieter Stein, Götz Kubitschek<sup>11</sup>, Andreas Molau und Karlheinz Weißmann. Sie gilt als politischer Durchlauferhitzer und rechte Kaderschmiede. Für die Entwicklung der Neuen Rechten in Deutschland war sie daher insgesamt von großer Bedeutung (Kovahl 2017: 14; Kronauer 2015: 27; Röpke 2019: 28).

#### **Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (SWG)**

Ein weiterer Treffpunkt für Neue Rechte ist die *Staats- und Wirtschaftspolitische Gesell-*

*schaft e.V. (SWG)*. Sie wurde 1962 unter anderem von ehemaligen Funktionsträgern nationalsozialistischer Organisationen gegründet. Unter ihnen befand sich mit Hugo Wellems ein ehemaliger Referent aus Goebbels' Propagandaministerium. Im Vorstand der SWG war aber auch der spätere Präsident des Studienzentrums Weikersheim, Klaus Hornung, vertreten. Zum erklärten Ziel der Gesellschaft wurde es, gegen angeblich überhandnehmende liberale und sozialdemokratische Tendenzen in Politik und Gesellschaft zu kämpfen (Junge et al. 1997: 162 ff.). Im Jahr 2009 veranstaltete die SWG gemeinsam mit dem IfS und einem Lesetreff der neurechten *Sezession* in Hamburg eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Freiheitsgespräche“. Als Referent\*innen angekündigt waren unter anderem Ellen Kositzka, Felix Menzel, Erik Lehnert und Karlheinz Weißmann. Auch Karl Albrecht Schachtschneider referierte schon bei Veranstaltungen der SWG (Krebs 2016; Speit 2010: 20). 2015 geriet die SWG durch die Anwesenheit der verurteilten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck in die Schlagzeilen (Speit 2016). Am 17. August 2021 wurde über die Webseite der SWG unter dem Titel „Eine politische Seuche“ ein Beitrag des stellvertretenden DES-Vorstandsvorsitzenden Klaus-Peter Krause veröffentlicht. In dem Text, der sich wohl an das Spektrum der Verschwörungsideolog\*innen richten soll, heißt es in einer Zwischenüberschrift: „Was steckt dahinter? Big Tech, Big Money, World Economic Forum, Great Reset“ (Krause 2021).

---

<sup>11</sup> Mittlerweile aus der Gildenschaft ausgetreten.

### **Bund der Vertriebenen (BdV)**

Durch die DES-Vorsitzende Erika Steinbach ist zudem die Verbindung der DES mit dem 1957 gegründete *Bund der Vertriebenen (BdV)* offensichtlich. In der überparteilichen Organisation haben sich verschiedene landsmannschaftliche Verbände zusammengeschlossen, die sich auf die seit 1950 existierende Charta der Heimatvertriebenen beziehen. Seit Bestehen der Landsmannschaften wurden aus ihren Reihen immer wieder Forderungen nach einem Rückkehrrecht für Heimatvertriebene, ein Anschluss der ehemaligen deutschen Ostgebiete an die Bundesrepublik oder gleich eine Rückeroberung propagiert (VVN-BdA 1997: 4 ff.). Führende Vertreter\*innen der Landsmannschaften scheuten keine Kontakte mit extremen Rechten und stimmten in ihren Forderungen und Zielen nach einer deutschen Wiederbesiedlung polnischer oder russischer Gebiete, wie Kaliningrad, weitgehend überein. Diese revanchistischen Positionen wurden in einer Vielzahl von Texten in neurechten Publikationen, wie der *Jungen Freiheit*, *Nation und Europa* oder *Criticón*, begleitet (Hethey 1997: 21 ff.). Revanchistische Gedankenspiele wurden auch in der von der Landsmannschaft Ostpreußen herausgegebenen Zeitung *Ostpreußenblatt*<sup>12</sup> immer wieder vertreten. Im Mittelpunkt von Beiträgen stand mehr das Leid der sogenannten Heimatvertriebenen, als die Schuld Nazi-deutschlands und dessen Verbrechen im Krieg. Der Holocaust-Leugner David Irving wurde im *Ostpreußenblatt* als „international ebenso

renommierter wie gefürchteter Zeitgeschichtler“ betitelt (Jelpke 1997a: 31 ff.). Die heutige DES-Vorsitzende Erika Steinbach war zwischen 1998 und 2014 Präsidentin des BdV. Auch ein weiteres Kuratoriumsmitglied ist eng mit BdV und den Landsmannschaften verbunden: Maurice de Zayas erhielt mehrere Auszeichnungen verschiedener Landsmannschaften und 1997 die vom BdV verliehene „Ehrenplakette für die Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht“. Erarbeitet hatte er sich diese Ehrungen vermutlich nicht zuletzt durch seine Referententätigkeiten für Landsmannschaften und mehrere Veröffentlichungen im *Ostpreußenblatt*, in dem auch seine geschichtsrevisionistischen Bücher positiv rezensiert wurden (Maegerle 2013: 176; Hürtgen 1986). Von Steinbach wurde de Zayas 2002 schließlich in den wissenschaftlichen Beirat des vom BdV gegründeten *Zentrum gegen Vertreibung* geholt.

### **Bund freier Bürger (BfB)**

Der 1994 gegründete *Bund freier Bürger (BfB)* schließlich verbindet weitere Akteur\*innen der DES im nationalliberalen Spektrum. Der BfB galt Mitte der 1990er-Jahre für eine kurze Zeit als bundesweite liberal-bürgerliche Alternative zu den *Republikanern* und den Unionsparteien, entwickelte sich jedoch unter ihrem Vorsitzenden Manfred Brunner schnell in eine extrem rechte Richtung (Junge et al. 1997: 69 ff.). Große Teile des Vorstandes unterzeichneten die neurechte Kampagne *Appell*

<sup>12</sup> Seit 2003 unter dem Titel *Preußische Allgemeine Zeitung*.

zum 8. Mai.<sup>13</sup> Mit Bruno Bandulet, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty gehörten drei DES-Kuratoriumsmitglieder zu den Gründungsmitgliedern des BfB. Starbatty und Schachtschneider waren stellvertretende Vorsitzende und Bandulet Beisitzer im Präsidium. Schachtschneider trat bei der Europawahl 1994 auf Listenplatz 2 der Partei an. Bandulet war zudem Chefredakteur bei Publikationen des BfB. Mit seiner kritischen Haltung zum Euro, die zur Anti-Euro-Kampagne wurde, der Kritik an den Verträgen von Maastricht und der damit verbundenen Kritik an der europäischen Integration und der schnell aufkommenden Orientierung nach rechts außen kann der BfB auch als gescheiterter Vorgänger der AfD gesehen werden (Bauerschmidt et al. 1996; Korsch/Wölk, 2014: 21; Junge et al. 1997: 70; Maegerle 2013: 269; Speit 1994: 5 f.).

### 5.3 Publikationen

Neben den persönlichen Netzwerken der Neuen Rechten, die sich vor allem in den vorgestellten Organisationen kristallisieren, gehören Zeitungen, Zeitschriften und Bücher seit jeher zu den wichtigsten Kommunikationsinstrumenten der Neuen Rechten. Im Folgenden sollen daher ihre wichtigsten Publikationsmedien dargestellt werden. Dabei werden wiederum diejenigen

berücksichtigt, bei denen starke Verbindungen zu Akteur\*innen der DES bestehen.

#### Junge Freiheit (JF)

Ein zentrales Medium der Neuen Rechten ist die Wochenzeitung *Junge Freiheit (JF)*. Sie wurde 1986 vom Gildenschafter Dieter Stein noch während seines Studiums in Freiburg ursprünglich als Periodikum einer Abspaltung der Republikaner gegründet (Weiß 2021: 162 f.; Breuer et al. 2020: 16 ff.). Die Gründung der JF gilt als Beispiel für eine offensive junge Rechte, wie sie zu dieser Zeit auch im *Studienzentrum Weikersheim* zu finden war (Weiß 2011: 47). In den Anfangsjahren arbeiteten noch andere Mitglieder der *Deutschen Gildenschaft* wie Götz Kubitschek oder Karlheinz Weißmann für die Zeitung (Kronauer 2015: 27; Maegerle 1995: 6).<sup>14</sup> Anfang der 1990er-Jahre beteiligte sich die *Junge Freiheit* aktiv an der Gründung einer Reihe Gesprächskreise, die als *JF-Lesekreise* bekannt wurden. Derartige elitäre Gesprächskreise waren schon früh wichtiger Bestandteil neurechter Organisation. Sie nahmen eine wichtige Rolle bei der Vernetzung extrem rechter mit rechtskonservativen Akteuren ein und gehörten zu den „Keimzellen der neuen Rechten“ (Junge et al. 1997: 146 f.). Die Treffen der *JF-Lesekreise* fanden nicht selten in den Häusern rechter Burschenschaften statt oder wur-

<sup>13</sup> Unter diesem Titel, *Appell 8. Mai 1945 – gegen das Vergessen*, forderten mehrere rechtskonservative Akteur\*innen, den 8. Mai nicht nur als Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, sondern auch als Beginn von Vertreibung und Unterdrückung Deutscher im Osten zu begreifen. Die Bezeichnung des 8. Mai als Befreiung bezeichneten die Initiator\*innen als zu einseitig.

<sup>14</sup> Die JF ist nicht das einzige Zeitungsprojekt aus den Reihen der DG. So starteten Mitglieder rund um die *Deutsche Hochschulgilde Trutzburg-Jena zu Göttingen*, unter ihnen Weißmann, 2 Jahre vor Gründung der JF schon ein eigenes Zeitschriftenprojekt unter dem Namen *Phönix*. Teile der Redaktion setzten die Arbeit in der 1988 gegründeten *Etappe fort* (heute *Magazin für drakonisches Denken*).

den von diesen unterstützt (Krebs 2019: 20). Im Jahr 1996 untersagte die JF allen Lesekreisen, sich auf die Zeitung als Namensgeberin zu beziehen, da sich einige auch in der Öffentlichkeit offen zu extrem rechten Positionen bekannten. In diese Richtung entwickelte sich insbesondere das zuvor unter dem Namen *JF-Lesekreis Berlin* firmierende *Deutsche Kolleg (DK)*. Das unter anderem von Helge Drescher, Reinhold Oberlercher und dem ehemaligen JF-Mitarbeiter Heiko Luge initiierte DK verstand sich als Studien- und Kampfgemeinschaft, die sich an dem Gedanken der Wiederbelebung des Deutschen Reiches orientierte (Grumke/Wagner 2003: 373). Neben der hervorstechenden Tätigkeit von Weißmann schrieben auch die DES-Funktionäre Bruno Bandulet, Hans Hausberger, Lothar Höbelt und Marc Jongen für die JF. Höbelt und Weißmann waren zudem gern gesehene Referenten im Rahmen von Gesprächskreisen (Handbuch Deutscher Rechtsextremismus 1996: 199, 201).

### **Sezession**

Die vormaligen JF-Autoren und IfS-Gründer Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann gründeten im Jahr 2003 die *Sezession*, die sich zu einem wichtigen Sprachrohr der Neuen Rechten entwickelt hat (Speit 2017). Bekannte neurechte Autor\*innen, die regelmäßig für die *Sezession* schreiben, sind unter anderem Felix Menzel, Martin „Lichtmesz“ Semlitsch, Erik Lehnert und Ellen Kositzka. Seit 2009 existiert ein dazugehöriger Blog, über den das Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahresbericht 2020 schreibt: „Reichweite innerhalb der Neuen Rechten entfaltet insbesondere der Weblog

*Sezession im Netz*“ (Verfassungsschutzbericht 2020: 85). Im Vorwort zur ersten Ausgabe der *Sezession* spricht sich Weißmann für eine auf dem „Gesetz der Stärke gründenden Politik des nationalen Interesses“ aus (Kern 2020: 47). Für die *Sezession* schrieben außerdem der ehemalige Beisitzer im DES-Vorstand Jan Moldenhauer sowie die DES-Kuratoriumsmitglieder Lothar Höbelt, Karl Albrecht Schachtschneider und Marc Jongen.

### **Cato – Magazin für neue Sachlichkeit**

Das neurechte Magazin *Cato – Magazin für neue Sachlichkeit* wurde 2017 von Karlheinz Weißmann, Dieter Stein und Andreas Lombard gegründet. Es kann als Produkt einer „neurechten publizistischen Zellteilung“ und in direkter Folge des Abgangs Weißmanns vom IfS und der damit einhergehenden Beendigung seiner Mitarbeit bei der *Sezession* gesehen werden (Laskowski 2020: 157). Der Verlag der *JF* ist hundertprozentiger Alleingesellschafter. Die im Magazin veröffentlichten Beiträge versuchen, ganz klassisch im Sinne der Neuen Rechten, eine Brücke zwischen konservativem und extrem rechtem Gedankengut zu bauen und somit breitere Teile der Gesellschaft zu erreichen. Dazu passt es, dass Andreas Lombard im angeblich von SPD, Linken und Teilen der CDU gemeinsam ausgerufenen „*Kampf gegen rechts*“ einen Angriff auf die „bürgerliche Mitte“ sehen will (Walther 2020; Antifa Infoblatt 2017; Schröder 2017).

### **Zeitschrift Criticón**

Die Zeitschrift *Criticón* wurde 1970 von Caspar von Schrenck-Notzing gegründet. Die Zeitschrift konnte viele Akteur\*innen aus dem ex-

trem rechten Lager zu ihren Mitarbeiter\*innen zählen. Inhaltlich wurde sie vor allem durch Armin Mohler geprägt. Sie zählte zu einer der wichtigsten Publikationen aus dem rechtskonservativen Spektrum und galt als rechtsintellektuelles Strategieorgan. Zu den wichtigsten Autoren der Zeitschrift zählte Karlheinz Weißmann, aber auch die weiteren DES-Kuratoriumsmitglieder Alfred Maurice de Zayas, Lothar Höbelt und Bruno Bandulet veröffentlichten hier Beiträge (Feit 1987: 63; Gessenharter 2003: 190; Maegerle 2013: 71).

#### **Magazin Compact**

Das verschwörungsideologische Spektrum erreicht das *Magazin Compact*. Es wurde 2010 unter anderem von Jürgen Elsässer gegründet. Im Heft erscheinen Texte, die antisemitische und rassistische Stereotype verbreiten. Neben der Zeitschrift verfügt *Compact* auch über einen populären YouTube-Kanal *Compact TV* mit rund 150.000 Abonnenten. Auf der Plattform Telegram ist *Compact* mit derzeit rund 60.000 Abonnenten präsent. Im Rahmen der jährlich stattfindenden Compact-Konferenz treffen sich regelmäßig Vertreter\*innen aus dem rechtskonservativen bis extrem rechten Spektrum. Das publizistische Compact-Gesamtgebilde bezeichneten die Journalisten Christian Fuchs und Paul Middelhoff als „Knotenpunkt im neurechten Netzwerk“. Elsässer sprach in der Vergangenheit von Geflüchteten als einer von globalen Eliten gesteuerten „Migrationswaffe“ und rief zum Widerstand gegen internationale Finanzeliten in Washington, London und Jerusalem auf. Hefttitel wie „Kalifat BRD“

oder „Mutti Multikulti“ oder „Merkel? Verhafteten!“ sind im Compact-Shop als Plakate oder Aufkleber erhältlich und wurden auch schon von Teilnehmer\*innen rechter Veranstaltungen mitgeführt (Fuchs/Middelhoff 2019: 42 ff.; 45). *Compact* begleitete auch die seit dem Frühjahr 2020 stattfindenden Proteste gegen die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Das Bundesamt für Verfassungsschutz zählt die *Compact-Magazin GmbH* zur Neuen Rechten, beobachtet sie als „Verdachtsfall“ und schreibt, *Compact* sei „gut vernetzt mit anderen rechtsextremistischen Verdachtsfällen und gesichert rechtsextremistischen Bestrebungen“. Verbreitet würde unter anderem „das Narrativ des ‚Großen Austauschs‘“, außerdem arbeite man mit „Pauschalvorwürfen gegen Migranten und Muslime“ (Verfassungsschutzbericht 2020: 79 ff.). Im Magazin erschienen in der Vergangenheit unter anderem Beiträge des DES-Kuratoriumsmitglieds Karl Albrecht Schachtschneider. Joachim Starbatty zählte zu den Interviewpartnern.

#### **Weitere Zeitungen und Zeitschriften**

Es gab und gibt noch weitere Zeitungen und Zeitschriften, die sich zwischen Rechtskonservatismus und extremer Rechter bewegten und in denen Akteur\*innen der DES Texte veröffentlicht oder Interviews gegeben haben. Dazu gehören *Nation und Europa*, *MUT*, *Die Aula*, *Die Staatsbriefe* sowie die Zeitschrift *Deutsche Geschichte* und die *Konservative Deutsche Zeitung*. Weißmann gehörte zu den regelmäßigen Autoren der *MUT*. Lothar Höbelt und Karl Al-

brecht Schachtschneider veröffentlichten in *Aula*. Diese galt als wichtigstes Sprachrohr der völkisch-nationalistischen Burschenschaften in Österreich. Nach einem im Februar 1995 erfolgten antiziganistischen Sprengstoffattentat in Oberwart, bei dem vier Menschen starben, beschlagnahmten die Behörden die Abonnentenliste der Zeitschrift, da die Täter unter den regelmäßigen Leser\*innen vermutet wurden (Salzborn/Kurth 2000: 8 ff.). Hans Hausberger war Mitarbeiter der von Hans-Dietrich Sander herausgegebenen, sich am deutschen Reich orientierenden Staatsbriefen (Hundseder 1995: 51). Bruno Bandulet schrieb für die *Konservative Deutsche Zeitung* (Maegerle 2003) und Lothar Höbelt für die vom rechten Druffel & Vorwinkel Verlag herausgegebene Zeitschrift *Deutsche Geschichte*. In jüngerer Zeit fällt vor allem die von André F. Lichtschlag herausgegebene Zeitschrift *eigentümlich frei (ef)* durch Veröffentlichungen neurechter Akteur\*innen auf. Die Zeitschrift dient unter anderem als Plattform für Klimawandelleugner\*innen (Teidelbaum 2019: 23). Zu den regelmäßigen Autor\*innen der Publikation gehören auch der stellvertretende Vorsitzende im DES-Vorstand Klaus Peter Krause sowie Bruno Bandulet.

#### 5.4 Personen

Funktionsträger\*innen der DES haben enge Verbindungen zu den aufgezeigten Organisationen und Publikationen aus dem Spektrum der Neuen Rechten. Akteur\*innen wie Weißmann und Schachtschneider gehören zu den maßgeblichen Ideengebern und haben neu-

rechte Organisationen oder Publikationen mitgegründet und aufgebaut. Andere sind immer wieder als Referent\*innen und Autor\*innen aufgetreten. Im Folgenden werden einige der Personen noch einmal genauer vorgestellt. Der DES-Vorstand besteht derzeit aus neun Personen. Das DES-Kuratorium bestand Ende 2020 aus 30 Personen. Seitdem haben mindestens der damalige Kuratoriumsvorsitzende Max Otte sowie Ulrich Kutschera ihren Rückzug angekündigt, eine genaue Liste ist jedoch nicht bekannt. Die DES hat die Liste der Kuratoriumsmitglieder von der Website gelöscht (DES 2020b), entsprechende Presseanfragen wurden nicht beantwortet. Die Personen, die in unserer Studie als Kuratoriumsmitglieder bezeichnet werden, waren dies mindestens bis Ende 2020.

#### **Erika Steinbach – Das politische Gesicht**

Die Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach kann auf eine lange politische Karriere zurückblicken. Von 1974 bis 2017 gehörte sie der CDU an, für die sie zwischen 1990 und 2017 im Deutschen Bundestag saß. Heute unterstützt sie die AfD und ist Vorsitzende der DES. In den Jahren zwischen 1998 und 2014 war sie Präsidentin des *Bund der Vertriebenen*. Sie gehört zu den Unterzeichner\*innen des von vielen neurechten Akteur\*innen getragenen *Appells zum 8. Mai*. Steinbach pflegt seit Jahrzehnten gute Kontakte zur rechten Organisationen und Personen in Deutschland. In der Vergangenheit schrieb sie für den *Deutschland-Kurier*, dem „Zentralorgan der Wutbürger mit rechtspopulistischen Hits der letzten Jahre“ (Fuchs/Middelhoff 2019:

181). Seit den 1990er-Jahren wettet Steinbach gegen die angeblich bestehende „political correctness“. So verteidigte sie die Frankfurter Junge Union nach getätigten antisemitischen Äußerungen gegenüber dem Sprecher der Jüdischen Gemeinde Michel Friedmann (Junge et al. 1997: 55, 62). Sie trat mehrfach in der *Bibliothek des Konservatismus* auf; hier stellte sie zum Beispiel auch ihr Buch vor.

#### **Klaus Peter Krause –**

##### **Faible für Verschwörungsideologien**

Der stellvertretende Vorsitzende der *Desiderius-Erasmus-Stiftung Schleswig-Holstein*, Klaus Peter Krause, ist zugleich stellvertretender Vorsitzender im Vorstand der DES im Bund. Im Oktober 2009 kommentierte er auf der Frankfurter Buchmesse am Stand der *Jungen Freiheit (JF)* die Finanzkrise. Im Jahr 2010 trat er erneut am Stand der JF auf der Buchmesse auf (Jentsch 2009: 11; Schmid 2010: 29). Krause ist Unterzeichner der Initiative „Linkstrend stoppen!“ Von ihm geschriebene Texte erschienen in der JF, zudem ist er aktiver Autor für *eigentlich frei*. Unter anderem veröffentlichte er hier einige Artikel, die an Inhalte von Verschwörungserzählungen anknüpfen. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie schrieb er, durch die 5G-Technologie würde sich eine „ganz neue Sicht“ auf das Virus ermöglichen. Er warnt vor einer technologischen Tyrannei, mit der „Kräfte“ eine „Neue Weltordnung“ errichten wollten. Zudem zieht er durch Zwischenüberschriften wie „Willkommen im Vier-

ten Reich“ Vergleiche zur NS-Zeit und schrieb: „Es gibt keinen schlüssigen, wissenschaftlich anerkannten Beweis, dass CO<sub>2</sub>-Emissionen die Temperatur der Atmosphäre nennenswert beeinflussen“. (Krause 2020)

#### **Hans Hausberger – Stiftungsexperte**

Der Beisitzer im DES-Vorstand Hans Hausberger war Vorsitzender der Republikaner-nahen *Franz-Schönhuber-Stiftung*<sup>15</sup> sowie Gründungsmitglied der ebenfalls REP-nahen *Johann-Gottlieb-Fichte Stiftung*. Er war zudem Schatzmeister des *Neuen Deutschen Nationalvereins*. Über seine langjährige Tätigkeit in der Hausberger & Partner-Unternehmensberatungsgesellschaft verfügte er über ausgezeichnete Kontakte in die Wirtschaft. In den 1990er-Jahren nahm er an der vom damaligen Geschäftsführer der Interfinanz Gesellschaft für internationale Finanzberatung, Carl Zimmerer, organisierten Düsseldorfer Herrenrunde teil. Die Runde galt als Ort der Vernetzung zwischen wirtschaftlichem Mittelstand und der politischen Rechten. Bei den Zusammenreffen in einem Düsseldorfer Nobelhotel referierten unter anderem der Vorsitzende der *Republikaner (REP)*, Franz Schönhuber, der Vorsitzende der *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)*, Jörg Haider, oder auch NPD-Gründer Adolf von Thadden (Clay/Kremers 2010; Hundseder 1995: 53, 174). Er war Mitgründer vom *Ring Freiheitlicher Studenten (RFS)* in Köln sowie später deren Vorsitzender auf Bundesebene. Als Autor schrieb er unter anderem Texte für die JF, aber auch die von Hans-Dietrich

---

15 Zuvor war er dies bereits bei der ebenfalls Republikaner-nahen *Carl-Schurz-Stiftung*.

Sander herausgegebenen *Staatsbriefe*, zu deren engsten Mitarbeitern er zeitweise gezählt wurde. Anfang der 1990er-Jahre galt Hausberger, auch über seine Tätigkeit in der Stiftung hinaus, als enge Kontaktperson des Republikaner-Vorsitzenden Franz-Schönhuber (Handbuch Deutscher Rechtsextremismus: 414; Hundseder 1995: 50, 257).

#### **Jan Moldenhauer – „Zuwanderungsexperte“**

Der ehemalige Beisitzer im Vorstand Jan Moldenhauer ist ehemaliges Vorstandsmitglied der inzwischen aufgelösten AfD-internen Patriotischen Plattform. Er ist zudem Vorsitzender der AfD-nahen sachsen-anhaltinischen Friedrich-Friesen-Stiftung. Im Zusammenhang mit der Abwahl Erik Lehnerts aus dem DES-Bundesvorstand kritisierte er Erika Steinbach und forderte, dass auch im Stiftungsvorstand alle in der Partei vertretenen Strömungen repräsentiert sein müssten (Budler 2020b: 24; Wiegel 2019b: 10). Moldenhauer schrieb mehrfach Texte für die Sezession, so unter anderem im Jahr 2018 einen Beitrag mit dem Titel „Zuwanderungslegitimation und Flüchtlingsindustrie“. Hinzu kommen eine Vielzahl an Veröffentlichungen zum Thema Migration in den Konservativen Arbeitsblättern. Er ist mehrfacher Autor in der Wissenschaftlichen Reihe des Instituts für Staatspolitik und regelmäßiger Referent bei dessen Veranstaltungen (Budler 2020b: 24). So referierte er in den Jahren 2017 und 2018 im Rahmen des Staatspolitischen Salons und bei der Winterakademie 2019, hier unter dem Titel „Fachkräftemangel und Volksauflösung“.

#### **Thore Stein – Gemäßigter Ersatz?**

Der neue Schriftführer im DES-Vorstand Thore Stein, der Erik Lehnert ersetzte, gilt im Gegensatz zu diesem als gemäßigt. Er trat 2013 der AfD bei und arbeitete als Referent für Agrarpolitik in der mecklenburgischen AfD-Landtagsfraktion. Schon während seiner Schulzeit soll er Kontakte zu Personen aus dem Umfeld der neonazistischen *Kameradschaft Rhein-Ahr* gepflegt haben (Onner 2008: 21). Wegen einer im Nachhinein bekannt gewordenen Nähe zur extrem rechten *Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks* zu Bonn wurde er vom *Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS)* ausgeschlossen. Während der RCDS Stein aus allen Wahlkampfbroschüren für die Hochschulwahlen Ende Januar 2008 entfernte, schaltete sich die *Junge Freiheit* ein, verteidigte Stein und witterte „linksextreme Bestrebungen“ im RCDS. Auch Norbert Weidner, damals amtierender Pressesprecher der *Deutschen Burschenschaft (DB)*, Bundesbruder von Stein und ehemaliger Kader der 1995 verbotenen extrem rechten *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*, sprang ihm zur Seite (Onner 2008: 21). Später hielt er sich im Umfeld der Hamburger sowie der *Halle-Leobener Burschenschaft Germania* auf. Laut des Informationsdienstes zur AfD in Sachsen und der Rechercheseite Sachsen-Anhalt Rechtsaußen soll er für die Junge Landsmannschaft Ostpreußen an der Organisation einer Veranstaltung zur Wintersonnenwende beteiligt gewesen sein. Zudem soll er 2014 zu den Unterzeichnern einer Petition zum Erhalt des Fallschirmjägerdenkmals auf Kreta gehört haben. Dieses sticht immer wieder als Anzie-

hungspunkt verschiedener extrem rechter Akteur\*innen hervor. Er soll zu mehreren extrem rechten Burschenschaf tern engen Kontakt haben (Informationsdienst zur AfD in Sachsen 2020; Sachsen-Anhalt Rechtsaußen 2017).

#### **Sebastian Wippel – Der Polizist**

Sebastian Wippel ist Beisitzer im Vorstand der DES und seit 2013 Mitglied der AfD, für die er seit 2014 im sächsischen Landtag sitzt. Er war Mitbegründer der inzwischen aufgelösten AfD-internen *Patriotischen Plattform*. Während des Zuckerfests<sup>16</sup> im Juni 2018 verteilte er in Görlitz Flyer mit der Aufschrift „Syrien vermisst euch“ (Antifaschistisches Infoblatt 2015; Bellinghausen 2019; Teidelbaum 2017a: 13). Nach den islamistischen Terroranschlägen von Würzburg und Ansbach griff er Bundeskanzlerin Angela Merkel verbal an und sagte unter anderem, dass es leider nicht die Verantwortlichen dieser Politik getroffen habe (Neuerer 2016). In einer von der AfD-Fraktion im März 2020 initiierten Debatte zum Thema „Grenzen sichern“ warnte Wippel vor einer angeblich drohenden Masseneinwanderung aus Griechenland. Mit Blick auf die Corona-Lage rückte er Geflüchtete in den Zusammenhang mit eingeschleppten Krankheiten (Wiedemann 2021: 242 f.). Gemeinsam mit dem AfD-Landtagsmitglied Carsten Hütter, Felix Menzel und dem ehemaligen Pegida-Mitorganisator Achim Exner gründete er den Verein *Extremismus-freies Sachsen (Exfreisa)*. Für diesen Verein

trat er als Kontaktperson für das vom Verein getragene Projekt der Schülerzeitung *Jugend spricht* auf (Antifaschistisches Infoblatt 2019; Reinhard 2019). Vor 10 Jahren gehörte er zu den Gratulanten aus der Leser\*innenschaft zum 25-jährigen Jubiläum der *Jungen Freiheit (JF)*. 2011 schrieb er: „Durch die JF bin ich dazu gekommen, mich aktiv politisch zu bilden und betätigen, Dinge tiefer zu hinterfragen [...]“.

#### **Karlheinz Weißmann – Der intellektuelle Stratege**

Der 1989 über „Die politische Symbolik der deutschen Rechten 1890 – 1945“ promovierte ehemalige Gymnasiallehrer für Geschichte und evangelische Religion ist Kuratoriumsmitglied der DES. Er hat eine Vergangenheit in der deutschen Gildenschaft und war Mitgründer des IfS. Von ihm erschien eine Vielzahl von Beiträgen in neurechten Publikationen; auch Bücher wurden von ihm veröffentlicht. Zudem trat er als Referent auf. Weißmann, der zu den Vertrauten Armin Mohlers zählte, gilt als einer der wichtigsten Vordenker und führenden Köpfe innerhalb der Neuen Rechten (Breuer et al. 2020: 118; Junge et al. 1997: 172). Der bestens vernetzte Weißmann dürfte wie kaum eine andere Person organisatorische Strukturen innerhalb der Neuen Rechten in den letzten Jahrzehnten mitgeprägt haben. Im Zusammenhang mit der Gründung des IfS entwickelte Weißmann die Idee eines „Reemtsma Instituts von rechts“<sup>17</sup>, das nach seiner Vorstellung ein die Stiftungen

---

<sup>16</sup> Muslimisches Fest des Fastenbrechens nach dem Fastenmonat Ramadan.

<sup>17</sup> Diese Aussage bezog sich auf das *Hamburger Institut für Sozialforschung*.

der unionsnahen Parteien ersetzender Studienort der intellektuellen Rechten werden sollte (Speit 2018a: 35 ff.; Zoscht/Haupt 2020: 83 ff.; Ostpreußenblatt 2000). Bis zu seinem Abschied im Jahr 2014 prägte Weißmann Entwicklung, Veröffentlichungen und Ausrichtung des Instituts. Gemeinsam mit Erik Lehnert verantwortete er das *Staatspolitische Handbuch* (Breuer et al. 2020: 118; Laskowski/Schwarz 2020: 110). Sein 1992 veröffentlichtes Buch „Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung: Alte Gefahren – neue Chancen“ wurde in der Zeitschrift *MUT* als „fulminant-intellektuelle Kampfansage an die tonangebenden Eliten und Meinungslager der Republik“ bezeichnet (Junge et al. 1997: 118). 1995 erschien der von ihm verantwortete Band 9 der Propyläen Reihe „Geschichte Deutschlands“ mit dem Titel „Der Weg in den Abgrund – Deutschland unter Hitler 1933 – 1945“. Dieser wurde in der FAZ mit den Worten rezensiert: „Am Schicksal durch die NS-Gewaltherrschaft unterdrückten und terrorisierten Völker ist der Autor kaum interessiert. Dabei hätte er sich Dutzende von Seiten einsparen können, wenn er auf die Beschreibung der historisch doch wohl weniger relevanten Positionskämpfe von Hitlers Paladinen oder die ausführliche Darstellung der konkurrierenden Neuordnungskonzepte für Europa (von denen ohnehin keines realisiert wurde) verzichtet hätte. Geradezu gespenstisch wird es, wenn er Ley mitten im Krieg über die paradiesische Zukunft Deutschlands schwadronieren lässt“ (Hofer 1996). Im Jahr 1998 veröffentlichte Weißmann „Der Nationale Sozialismus“. Das Buch wurde als eine Apotheose Hitlers bezeichnet,

in der er „heutigen jungen Hitlerfans Hinweise für das richtige politische Handeln“ liefert (Hethey 1999: 20 f.). Es folgten weitere Veröffentlichungen, die u. a. in der *Deutschen Stimme* vom damaligen Pressesprecher der sächsischen NPD wohlwollend rezensiert wurden (Weiß 2020: 99).

Weißmanns Ziel ist eine starke Repräsentation von Volk und Nation innerhalb des politischen und gesellschaftlichen Raums, wie er auch im Rahmen eines vom IfS ausgerichteten Kollegs in Frankfurt am Main im Jahr 2008 betonte. Eine Demokratie würde nur funktionieren, wenn die Homogenität des Staatsvolkes und eine Elitenauswahl gewährleistet sei. Er würde zudem nur eine Demokratie verteidigen, die illiberal ist (Glaser/Schumann 2020: 72 f.). In der Dekadenz des Westens sieht Weißmann ein Grundübel der deutschen Staatlichkeit. Kriege hingegen sieht er als Antriebskräfte altruistischer Tugenden, wie der notwendigen Selbstlosigkeit und Kameradschaft (Dornbusch 2020: 59). Dementsprechend tritt er schon im Vorwort der ersten Ausgabe der *Sezession* für eine Politik ein, die im Ernstfall auf dem Gesetz der Stärke basieren müsse (Kern 2020: 47). Bei seinem Auftritt im Rahmen der von Götz Kubitschek organisierten zwischentag-Messe 2012 in Hamburg sprach er sich in einer Diskussionsveranstaltung explizit gegen die Zuwanderung von Menschen mit muslimischem Glauben aus. Das Problem sei aber viel weniger der Islam als Religion als vielmehr die Schwäche der Deutschen mit ihrer eigenen Identität und die individualistische hedonistische Form des Liberalismus. In diesem Zusammenhang betonte er

auch, dass für ihn an erster Stelle der Staat und nicht die Demokratie stehen würde (Reutling 2020: 90 f.; Weiß 2017: 15 ff.).

#### **Alfred Maurice de Zayas – Der Geschichtsrevisionist**

Das Kuratoriumsmitglied Alfred de Zayas arbeitete in der Vergangenheit für die Vereinten Nationen. Seit 2002 ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des *Zentrums gegen Vertreibung* (der rechte rand 1996: 21; Kronauer 2005). Als Autor schrieb er für mehrere Publikationen aus dem neurechten Spektrum. Seine veröffentlichten Bücher mit Titeln wie „Kriegsverbrechen oder Propaganda – Verbrechen der Siegermächte“ wurden als geschichtsrevisionistisch bezeichnet (Detjen/Jürgens 1997: 15). 1996 nahm er an einer revisionistischen Historiker-Konferenz teil, die unter dem Titel „Die Besetzung Deutschlands und Österreichs zwischen 1945 und 1950 (Recht oder Rache?)“ stand (der rechte rand 1996: 21). In einem Beitrag für die geschichtsrevisionistische Zeitung *Soldat im Volk*<sup>18</sup> bezeichnete er die Wehrmachtsausstellung, die die Verbrechen der deutschen Wehrmacht zwischen 1941 und 1944 thematisierte, als eine „pauschale Verurteilung der Wehrmacht“, die „Millionen von Menschen diffamiert, die ihre Pflicht“ getan hätten. Als der Deutsche Bundestag 1995 über eine Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure diskutierte, kam es zu einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen

im Rechtsausschuss, in der sowohl Sachverständige, darunter De Zayas, als auch einige Vertreter\*innen von CDU/CSU versuchten, die Verbrechen der Wehrmacht zu relativieren. Sie wollten feststellen, dass die Militärjustiz kein Unrecht gewesen sei (Detjen/Jürgens 1997: 15). Revisionistische Positionen finden sich auch in seinem Beitrag für das staatspolitische Handbuch des IfS (Kellersohn 2020: 23). De Zayas referierte auch bei der *Burschenschaft Danubia*, etwa im Rahmen der 20. Bogenhausener Gespräche zum Thema „Schutz der Zivilbevölkerung im Luftkrieg“, wobei sein Schwerpunkt auf der Feststellung der Völkerrechtswidrigkeit alliierter Bombardierungen deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg lag (Maegerle 2013: 175 f.). De Zayas besitzt eine große Nähe zu den Landsmannschaften, bei deren Veranstaltungen er regelmäßig auch als Referent auftrat. Er erhielt mehrere Auszeichnungen. So wurde ihm von der *Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt* im Jahr 2001 die Dr.-Walter-Eckhardt-Ehrengabe verliehen. Darüber hinaus wurde er mit Preisen mehrerer Landsmannschaften ausgezeichnet.

#### **Lothar Höbelt – Der Historiker**

Der Professor für Neuere Geschichte an der Universität Wien, Lothar Höbelt, gilt als Vordenker und Hofhistoriker der *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)*. Er sitzt im Kuratorium der DES. In der Vergangenheit ist er durch eine Vielzahl geschichtsrevisionistischer Ver-

<sup>18</sup> Die Zeitung wurde vom Verband deutscher Soldaten herausgegeben. Dieser forderte unter anderem Amnestie für verurteilte Kriegsverbrecher der Wehrmacht und setzte sich für deren Rehabilitierung ein. Die Bundeswehr untersagte 2004 jede Zusammenarbeit und verhängte ein Kontaktverbot.

öffentlichungen und Aussagen aufgefallen. Höbelt schrieb Texte für mehrere neurechte Publikationen. Zudem trat er im Rahmen der *JF-Lesekreise* auf und war Referent bei Veranstaltungen des IfS (Antifaschistisches Infoblatt 2001; Bruns/Glösel/Strobl 2018: 206; Rauch 1998: 12). In einem Beitrag für die rechte österreichische Publikation *Zur Zeit* aus dem Jahr 2005 vertrat er die These, Österreich habe seine wahre Freiheit erst wiederhergestellt, als die ehemaligen NSDAP-Mitglieder 1957 wieder wählen durften (Tesak 2005). Schon 2004 machte sich Höbelt in einem Beitrag für die *Sezession* über „Österreichs Identitäten“ Gedanken und schrieb: „Identität ist ja meist recht leicht festzustellen – von Asylanten abgesehen, die beim Grenzübertritt ihre Papiere wegwerfen, um der Polizei keinen Hinweis zu liefern, wohin man sie abschieben könnte“. Und weiter: „Nicht mehr deutsch sein zu wollen, mochte perfid sein, aber es immunisierte bis zu einem gewissen Grad auch gegen die Exzesse der ‚Vergangenheitsbewältigung‘“ (Höbelt 2004). 2019 schrieb er für dieselbe Zeitschrift: „Zweifelsohne, es wäre für Europa mit ziemlicher Sicherheit besser gewesen, wenn ‚wir‘ diesen Krieg gewonnen hätten. [...] Doch wir haben leider nicht gewonnen, oder eben: leider nur zum Teil [...]“ (Höbelt 2019).

Er war Mitverfasser einer Festschrift für den Holocaustleugner David Irving und mitverantwortlich für eine Festschrift für den ehemaligen SA-Sturmführer und FPÖ-Politiker Otto Scrinzi. Anfang der 1990er-Jahre referierte er bei einer

Veranstaltung des 1999 wegen NS-Wiederbetätigung in Österreich aufgelösten Vereins *Dichterstein Offenhausen* (Antifaschistisches Infoblatt 2000; Bailer/Neugebauer 1994a: 222, 1994b: 363; Tesak 2005). In der von ihm mitverfassten FPÖ-Broschüre „Weil das Land sich ändern muss! Auf dem Weg in die Dritte Republik“ tritt er für eine Reform des Verfassungsrechts ein. Diese würde unter anderem eine Reduzierung der repräsentativen Demokratie bedeuten. Zudem sollten das Recht auf Heimat und das Recht auf kulturelle Identität des Einzelnen und der ethnischen Gruppe als Grundrechte eingeführt werden (Bailer/Neugebauer 1994b: 410). Zuletzt stand Höbelt im Zusammenhang mit Protesten gegen seine Vorlesungsveranstaltungen an der Universität Wien im Mittelpunkt. In diesem Zusammenhang hatte die nunmehr unter der Bezeichnung *Die Österreicher* firmierende Gruppe ehemals Identitärer Protagonisten rund um Martin Sellner zur Verteidigung des Hörsaals aufgerufen (Kämpf/Winkler 2020: 15).<sup>19</sup>

#### **Bruno Bandulet – Der Goldexperte**

Bruno Bandulet ist Mitglied im Kuratorium der DES. Er gehörte zum Gründungsteam des *Bund freier Bürger (BfB)* und war Chefredakteur des von Manfred Brunner herausgegebenen *Deutschland Brief* sowie Herausgeber von *Demokratie und Marktwirtschaft*, dem Informationsdienst des BfB (Bauerschmidt et al. 1996; Korsch/Wölk, 2014: 21; Speit 1994: 5 f.). Er war langjähriger Autor bei *Criticón* und schrieb für

<sup>19</sup> Hier wurde von Aktivisten der IB das „White Power“-Symbol gezeigt (Bonvalot 2020).

weitere Zeitungen und Zeitschriften aus dem neurechten Spektrum, wie zum Beispiel der *JF* (Maegerle 2003). In den 1990er-Jahren beteiligte er sich an Kampagnen gegen die Einführung des Euro. In einem Beitrag für den *Deutschland Briefsprach* er davon, dass Deutschland von den Franzosen über den Tisch gezogen werde (Webb 1998: 13). An diese Zeit knüpft seine derzeit wieder populäre Veröffentlichung „Dexit – Warum der Ausstieg Deutschlands aus dem Euro zwar schwierig, aber dennoch machbar und notwendig ist“ aus dem Jahr 2018 nahtlos an. Bandulet tritt als „Gold-Experte“ auf. Er gehörte zum Kreis der Herausgeber des Anlegerinformationsdienstes *Der freie Berater* und war Herausgeber des 2013 eingestellten Börsenbriefs *Gold & Money Intelligence*. Seinen „Experten- und Vordenkerstatus“ gewann er vor allem auch durch seine Buchveröffentlichungen „Vom Goldstandard zum Euro – Eine deutsche Erfolgsgeschichte“ und „Das geheime Wissen der Goldanleger“. Seine Bücher „Als Deutschland noch Großmacht war“ sowie das 2016 erschienene Buch „Beuteland – Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945“ haben geschichtsrevisionistische Züge. Bruno Bandulet steht exemplarisch für weitere Akteur\*innen der Gold-, Edelmetall- und Finanzinvestorenszene, die Verbindungen zwischen rechtskonservativ und extrem rechts knüpfen. Zum Markenkern dieser Akteur\*innen gehört es mittlerweile, rechte Propaganda mit Finanzratschlägen zu verbinden, die häufig von Untergangsszenarien geprägt sind.

#### **Karl Albrecht Schachtschneider – Der Staatsrechtler**

Über Karl Albrecht Schachtschneider, DES-Kuratoriumsmitglied und emeritierter Professor, soll Jürgen Elsässer gesagt haben, dass er einer der wichtigsten Staatsrechtler Deutschlands sei. Er ist langjähriges Präsidiumsmitglied und Präsident des *Studienzentrums Weikersheim (SZW)*, an dessen weiterer Verschiebung hin zur AfD er maßgeblichen Anteil hatte (Büchner 2016: 4 f.; Büchner 2018). Schachtschneider schrieb für diverse neurechte Publikationen, referierte vor rechten Burschenschaften sowie rechten Parteien wie *Pro Köln* und bei Veranstaltungen der *Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft*. Zudem ist er Autor mehrerer im Kopp-Verlag erschienenen Bücher. Diese tragen unter anderem die Titel „Die Souveränität Deutschlands. Souverän ist, wer frei ist“ und „Gebt uns unsere D-Mark zurück. Fünf Experten beantworten die wichtigsten Fragen zum kommenden Staatsbankrott“<sup>20</sup> (Freires 1995: 5; Fuchs/Middelhoff 2019: 183; Maegerle 2013: 269; Nieburg 2013: 24; Schützler 2009: 29; Speit 1994: 5 f.). Im November 2015 initiierte er gemeinsam mit Götz Kubitschek und Jürgen Elsässer die bereits weiter oben beschriebene Initiative *Ein Prozent für unser Land*. Er ist zudem gern gesehener Referent der Akademien des IfS, so zum Beispiel mit einem Vortrag „Der gesellschaftliche Umbau Deutschlands und das Grundgesetz“ bei der

20 Gemeinsam u. a. mit Bruno Bandulet und Udo Ulfkotte.

16. Sommerakademie 2015. Für die NPD trat er 2005 als Experte im sächsischen Landtag auf (Büchner 2016: 4 f.; Fuchs/Middelhoff 2019: 119; Kovahl 2007: 27). In den 1990er-Jahren war er Gründungsmitglied und zeitweise sogar stellvertretender Vorsitzender des *Bund freier Bürger* und trat zur Europawahl 1994 auf deren Listenplatz 2 an. In der Vergangenheit vertrat er mehrfach Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, so für den CSU-Politiker Peter Gauweiler bei seiner Beschwerde gegen die EU-Verfassung und Manfred Brunner bei dessen Beschwerde gegen den Vertrag von Maastricht. Im Februar 2016 war er gemeinsam mit Elsässer und Kubitschek Initiator einer Verfassungsbeschwerde, mit der die Bundesregierung dazu gezwungen werden sollte, die deutschen Grenzen „gegen die illegale Einreise von Ausländern zu sichern“. In einem 2015 gemeinsam mit Jost Bauch veröffentlichten Buch mit dem Titel „Einwanderung oder Souveränität: Deutschland am Scheideweg. Die Illegalität der Zuwanderung und der Verfall des Staates“ behauptete Schachtschneider, die Bundesregierung verfolge den Plan, mit denen in großer Zahl einwandernden Menschen auf lange Sicht das deutsche Volk auszutauschen. Bauch nannte dies „gezielten Ethnosuizid (sic) der Deutschen“. In der *Compact-Spezialausgabe* zum Thema „Islam-Gefahr für Europa“ griff Schachtschneider das Bundesverfassungsgericht mit der Behauptung an, es verteidige eine Religionsfreiheit, die der Islamisierung Deutschlands weit die Tore öffne. Während eines Symposiums mit der FPÖ im Januar 2016 in Wien sprach er zum Thema „Orban vs. Merkel –

Masseneinwanderung aus verfassungsrechtlicher Sicht“ und lobte dabei die Politik des ungarischen Premierministers Viktor Orbán (Büchner 2016: 4 f.; Fuchs/Middelhoff 2019: 104). Im Rahmen einer AfD-Veranstaltung im Münchner Hofbräu-Keller warnte er vor einer drohenden Islamisierung durch die „Macht der Bäume“ (Andreasch 2014: 23; Rilling/Schwarzenberg 2010: 16).

#### **Joachim Starbatty – Der Wirtschaftsliberale**

Joachim Starbatty gehörte wie Bruno Bandulet und Karl Albrecht Schachtschneider zum engeren Kreis des *Bund freier Bürger* und galt als dessen führender Theoretiker. Zwischen 2014 und 2019 saß er unter anderem für die AfD, aus der er 2015 austrat, im Europäischen Parlament (der rechte rand 1995: 24; Freires 1995: 5; Korsch/Wölk, 2014: 21 Speit 1994: 5 f.). Starbatty gilt als Strippenzieher in nationalliberalen Netzwerken und war in der Vergangenheit in mehreren wirtschaftsliberalen Gesellschaften und Initiativen aktiv. Er steht für einen marktradikalen politischen Kurs (Friedrich: 2015; Kovahl 2015: 25). Vor dem Bundesverfassungsgericht klagte er gegen die Einführung des Euro, den Vertrag von Lissabon, aber auch gegen den Vertrag zum Europäischen Stabilitätsmechanismus und die Staatsanleihekäufe durch EZB und EU. Während seiner Zeit in der AfD stand er gemeinsam mit Hans-Olaf Henkel, Bernd Lucke für den rechtskonservativen, vor allem wirtschaftsliberalen Flügel der Partei und war von 2013 bis 2015 Vorsitzender deren Wissenschaftlichen Beirats (Hübner 2015: 24).

### **Angelika Barbe – Die Ex-Bürgerrechtlerin**

Die ehemalige Bundestagsabgeordnete Angelika Barbe gehört zum Kuratorium der DES. Sie sympathisierte mit der rassistischen Pegida-Bewegung und schrieb einen offenen Brief an die CDU, in dem sie den Islam als rassistische Ideologie bezeichnete und sich darüber beschwerte, dass Migranten gegenüber der einheimischen Bevölkerung bessergestellt werden würden (Wolf 2018). Zudem ist sie eine der wenigen Frauen, die bis heute im Rahmen einer IFS-Sommerakademie einen Vortrag gehalten hat (Heide 2020b: 170). Mittlerweile ist die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin tief im verschwörungsideologischen Spektrum angekommen. So beteiligt sie sich seit Beginn der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung im April 2020 aktiv an verschiedenen Protestformen. Am 16. Mai 2020 wurde sie kurzzeitig festgenommen (antifa-berlin.info 2020; Recherche Netzwerk Berlin 2020). Im Anschluss sagte sie, sie sähe keinen Unterschied mehr zwischen den heutigen Regierenden und der Regierung der DDR (Halasz 2020). Im Jahr 2020 behauptete sie in einem Schreiben, das Corona-Virus werde dazu genutzt, Grundrechte einzuschränken, und am 18. November 2020 nutzte sie ihren Hausausweis, um während der Abstimmung über das Infektionsschutzgesetz in den Deutschen Bundestag zu gelangen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Patzelt gab später an, Barbe habe gedroht, seinen Namen und sein Abstimmungsverhalten zu veröffentlichen (Decker 2020). Barbe bezeichnete eine Novelle des Infektionsschutzgesetzes als Ermächti-

gungsgesetz und verglich die Maskenpflicht mit dem Judenstern (Warda 2021: 153).

### **Roland Hartwig – Der Verfassungsschutz-Experte**

Der ehemalige Chefjustiziar des Bayer-Konzerns und AfD-Bundestagsabgeordnete ist Mitglied im Kuratorium der DES. Hartwig galt zunächst als Gegenspieler des extrem rechten Parteiflügels (Budler 2020a). Ab Herbst 2018 leitete er die interne Arbeitsgruppe zur drohenden Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Er sollte dafür Sorge tragen, dass sich besonders rechte Vertreter der Partei in Zukunft in ihrer Wortwahl mäßigen und damit der Partei eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz ersparen (Wiegel 2019a). Im Dezember 2020 wurde er von dieser Position allerdings abberufen, da er zuvor Aussagen des Brandenburger AfD-Politikers Andreas Kalbitz verteidigt hatte und sich auf dessen Seite stellte (Balsler/Schneider 2021; RND 2020). Den von Höcke angeführten und inzwischen formal aufgelösten Flügel der Partei nannte er eine politische nationalkonservative Strömung, die natürlich auch demokratisch sei. Der Flügel gehöre laut Hartwig zur Partei wie viele andere Strömungen auch (Roeser 2020). Nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz die Partei-Jugendorganisation *Junge Alternative (JA)* im Januar 2019 als „Verdachtsfall“ eingestuft hatte, sagte er im Februar auf dem JA-Bundeskongress in Magdeburg, er sei sicher, dass die JA dauerhaft die Jugendorganisation der AfD bleiben werde. Hartwig referierte mittlerweile auch beim IFS (Mitteldeutsche Zeitung 2019; Roeser 2019a; 2019b).

## 6 Bewertung

Seit Bestehen der AfD sind Mitglieder immer wieder mit rassistischen, antisemitischen und anderen extrem rechten Aussagen in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten. Nach der Bundestagswahl 2017 ist mit den Abgeordneten der AfD diese Rhetorik auch in den Bundestag eingezogen. Es verwundert nicht, dass wir solche Positionen auch bei Mitgliedern der AfD-nahen DES finden konnten.

Völkisch-nationalistische, geschichtsrevisionistische, rassistische und antisemitische Einstellungen treten jedoch nicht nur partiell auf. Sie sind Teil einer ideologischen Verankerung in lang etablierten neurechten Strukturen. Wir stellen fest, dass von diesen Strukturen und Netzwerken eine größere Gefahr für Gesellschaft und die Demokratie ausgeht als von einzelnen menschenfeindlichen Aussagen. Die teilweise langjährige Verbindung einzelner Akteur\*innen der DES in diese Strukturen kann die Ausrichtung der gesamten Tätigkeiten der Stiftung beeinflussen. Die DES ist nicht automatisch als Ganzes Teil der Neuen Rechten, zentrale Akteur\*innen allerdings schon. Einige waren maßgeblich am Aufbau von neurechten Strukturen beteiligt oder gelten sogar als neurechte Strateg\*innen und Vordenker\*innen. Viele veröffentlichten in neurechten Publikationen, referierten vor neurechten Organisationen und legten ihre neurechten Gedanken in Büchern dar. Mitglieder der DES haben zur Ideologiebildung und Vernetzung der neurechten Szene beigetragen. Dabei hatten sie keine Berührungspunkte mit extrem rechten Positionen, Personen und deren Organisationen. Wir gehen daher davon aus, dass die DES, wenn

sie ausreichend Ressourcen hat, zum zentralen Anlaufpunkt für neurechte Tätigkeiten werden wird. Die DES kann neurechten Akteur\*innen dabei behilflich sein, die Strategie einer Metapolitik weiter zu verfolgen. Eine weitere Verknüpfung des rechtskonservativen mit dem rechtsextremen Lager kann durch die Stiftung befördert werden. Die Stiftung kann zum wichtigen Bestandteil einer neurechten Elitenbildung und deren Förderung werden. Das bisherige Programm der politischen Bildung sowie die Publikationen der DES deuten darauf hin, dass die von zentralen Akteur\*innen der Stiftung seit Jahrzehnten praktizierte systematische Verankerung neurechter Positionen in der Gesellschaft auch durch die Stiftung vorangetrieben werden wird.

Das Netzwerk der Neuen Rechten kann durch die DES ihre Ziele möglicherweise bald nicht nur mit einem Millionen-Budget verwirklichen, sondern gezielt in verschiedene gesellschaftliche Bereiche hineinwirken: Im Sinne der Metapolitik kann die DES über Seminare, Kaderschulungen und Tagungen im vorpolitischen Raum wirken, Nachwuchs für die AfD und ihre Ideen gewinnen und ihre politischen Vorstellungen über die etablierte Form einer parteinahen Stiftungen vermeintlich seriös in gesellschaftliche Diskurse einpflegen. Sie kann möglicherweise mit staatlicher Unterstützung versuchen, eine Kulturrevolution von rechts voranzutreiben. Als „Ideen-, Kader- und Konzeptschmiede“ der AfD kann die DES auch unabhängig von Grabenkämpfen in der Partei langfristig planen, um politische Geländegewinne abseits der Parteienpolitik zu machen.

Sie kann im politischen Vorfeld Strukturen errichten und finanzieren. Dazu zählen nicht zuletzt auch die DES-Stipendienprogramme, mithilfe derer es der Neuen Rechten zum ersten Mal in den kommenden Jahren schaffen könnte, an deutschen Hochschulen flächendeckend Fuß zu fassen.

Dies hätte zur Folge, dass von der Stiftung in Zukunft Positionen gefördert werden könnten, die das gesellschaftliche Zusammenleben und die hier bestehenden demokratischen Strukturen massiv bedrohen. Abzuwarten

bleibt, welchen Einfluss Organisationen wie das IfS, das *Studienzentrum Weikersheim* oder die *Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung* auf die Arbeit der Stiftung nehmen werden. Die Abberufung Erik Lehnerts aus dem Vorstand der DES sollte jedenfalls nicht darüber hinwegtäuschen, dass Akteur\*innen mit langjährigen und guten Verbindungen in das neurechte Spektrum weiterhin in der Stiftung aktiv sind. So war die Abberufung auch nicht mit einer inhaltlichen Distanzierung gegenüber Lehnert und dem IfS verbunden.

## 7 Forderungen

Angesichts der politischen Ziele der *Desiderius-Erasmus-Stiftung* und der Vergangenheit exponierter Persönlichkeiten ist es geboten, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Stiftung keine finanziellen Mittel vom Staat erhält und so daran gehindert wird, ihre demokratiefeindlichen Ziele effektiv zu verfolgen. Es wurden drei Handlungsbereiche identifiziert, in denen vor allem die Bundespolitik, aber auch die Landespolitik tätig werden muss. *Erstens* durch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Vergabe von finanziellen Zuwendungen an parteinahe Stiftungen; *zweitens* durch die Prüfung der Gemeinnützigkeit der DES; und *drittens* durch einen grundsätzlichen Ausschluss der DES.

In jedem Fall müssen Politiker\*innen auf allen Politikebenen sicherstellen, dass die Finanzierung der DES durch Mittel aus dem Bundes- und den Landeshaushalten verhindert wird. Zunächst steht es den Haushaltsausschüssen von Bundestag und Landtagen frei, der DES staatliche Zuschüsse zu versagen. Es ist allerdings wahrscheinlich, dass die DES in diesem Fall eine staatliche Finanzierung durch Klagen vor den Verwaltungsgerichten erzwingt. Bereits 2019 verklagte die DES die Bundesrepublik Deutschland, nachdem das Bundesverwaltungsamt den Antrag der DES auf Finanzierung aus dem Bundeshaushalt ablehnte.

### 7.1 Stiftungsfinanzierungsgesetz schaffen

Es reicht nicht, auf die Klärung durch Gerichte zu warten. Um tatsächlich sicherzustellen,

dass eine Finanzierung der DES aus Haushaltsmitteln verhindert wird, muss diese auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Eine solche Forderung ist grundsätzlich nicht neu: Schon 1993 empfahl die „Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Parteienfinanzierung“, die Finanzierung parteinaher Stiftungen gesetzlich zu regeln (Bundestag 1993). Die FDP erarbeitete 1995 einen (nicht veröffentlichten) Gesetzentwurf, die Grünen-nahe Stiftung *Regenbogen* 1996 ebenfalls (Meertens 2010: 26). Auch unter dem Eindruck, eine mögliche NPD-Stiftung könnte unter Umständen vom Staat gefördert werden, wurde ein Stiftungsgesetz diskutiert. In der Folge legte der Bundestag allerdings – obschon verfassungsrechtlich geboten (Born 2007) – kein entsprechendes Gesetz vor. Dies lag auch an der umstrittenen Frage, ob der Bund überhaupt die Gesetzgebungskompetenz für ein solches Gesetz hat oder die Länder als Gesetzgeber im Bildungsbereich tätig werden müssten. Da der Bund aber an die Stiftungen Bundesmittel vergibt und auch Demokratieförderung im Ausland unterstützt, dürfte er auch die Gesetzgebungskompetenz haben. Eine Bundeskompetenz lässt sich auch über Art. 21 III GG begründen (Meertens 2010: 25). Notfalls müsste über eine Veränderung von Art. 74 GG eine klare Bundeskompetenz geschaffen werden (Langguth 1993).

Ein Stiftungsfinanzierungsgesetz müsste die Vergabe staatlicher Mittel im Bereich der parteinahen Stiftungen an die Voraussetzung knüpfen, dass die Stiftungen und ihre zentralen Akteur\*innen gemeinnützig und im Sinne der allgemeinen Menschenrechte handeln müssen.

Es dürfen keine menschenfeindlichen Positionen vertreten und keine Ziele verfolgt werden, die darauf angelegt sind, Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer religiösen Ansichten, ihrer Weltanschauung oder auf eine rassistische Weise zu diskriminieren. Es dürfen keine Ziele verfolgt werden, die geeignet sind, die offene Gesellschaft, die parlamentarische Demokratie oder die gelebte Rechtsstaatlichkeit zu gefährden.

Die bloße Bezugnahme eines entsprechenden Gesetzes auf die Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO), wie sie etwa die Bewirtschaftungsgrundsätze des Bundesinnenministeriums vorsehen (BMI 2019), reicht nicht aus. Die Frage, ob die Ziele der Stiftung der FDGO entsprechen, hatte auch der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck 2021 in den Mittelpunkt seines im Auftrag der *Bildungsstätte Anne Frank* entworfenen „Wehrhafte Demokratie“-Gesetzes gestellt.<sup>21</sup> Dieses würde gleichfalls die Vergabe finanzieller Mittel an parteinahe Stiftungen gesetzlich regeln (Beck 2021). Der Forderung nach einem Gesetz, das die Finanzierung parteinaher Stiftungen regelt, ist grundsätzlich zuzustimmen. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Beck in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter selbst noch als Kampfbegriff zur Ausgrenzung missliebiger Kritiker\*innen (Bundestag 1999) beschrieben hatte, ist

jedoch kein geeignetes Entscheidungskriterium. Wie zu erwarten war, begrüßte die DES in einer Pressemitteilung den Vorschlag von Beck: Die Stiftung könne einem Gesetz in aller Gelassenheit entgegensehen. Steinbach verwies auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, laut der die DES kein Beobachtungsobjekt des Bundesamtes für Verfassungsschutz sei und rechtlich, personell, organisatorisch und finanziell unabhängig. Laut Steinbach könne ein solches Gesetz außerdem zu einem Bumerang für die grüne *Heinrich-Böll-Stiftung* und die linke *Rosa-Luxemburg-Stiftung* werden, die sich „möglicherweise Sorgen machen“ müssten (DES 2021d).

Der Begriff der FDGO ist theoretisch vage, im Grundgesetz nicht definiert und wird praktisch vor allem von deutschen Sicherheitsbehörden in seiner Bedeutung ausgefüllt und genutzt. Diese sollen aber besonders im Bereich der politischen Bildung keine Kompetenz erhalten. Dass die Verwendung des Begriffs der FDGO offensichtlich zu Missverständnissen in der Aufgabenwahrnehmung der Verfassungsschutzbehörden führt, zeigt schon, dass immer wieder politische Gruppierungen in den Fokus geraten, die wirtschafts- oder sozialpolitische Entscheidungen innerhalb des Kontextes eines demokratischen Willensbildungsprozesses kritisieren, die gerade nicht unter die in §4 Bundesverfassungsschutzgesetz aufgeführte

<sup>21</sup> Als Reaktion auf die Arbeit der Bildungsstätte stellte die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag zwei kleine Anfragen an die Landesregierung, in der sie u. a. fragt, wann „die Landesregierung entsprechende Maßnahmen ergreifen“ wird, „um eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Bildungsstätte Anne Frank zu erwirken“. Die AfD-Fraktion im Bundestag legte sogleich mit einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung nach, in der sie nach finanzieller Förderung der Bildungsstätte durch die Bundesregierung fragte und ihre Auffassung kundtat, die Bildungsstätte verharmlose „Linksextremismus“.

Definition fallen. Würde die FDGO zum Maßstab der Mittelvergabe, würde mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz eine politische Behörde entscheidend, die in der Vergangenheit vor allem damit aufgefallen ist, äußerst vage, nicht immer zutreffende und in einigen Fällen die Realität nicht berücksichtigende Einschätzungen zu liefern. Erschwerend käme hinzu, dass sich die Geheimdienste in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere bei der Bewertung neurechter Netzwerke und Strukturen, auf die es durch ihr Wirken hier aber gerade ankommt, offensichtlich sehr schwer getan haben. Die Einstufung des IfS als Verdachtsfall und die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht 20 Jahre nach Gründung hat dies noch einmal eindrucksvoll vor Augen geführt. Besonders im Bereich der Neuen Rechten, die das Bundesamt für Verfassungsschutz mittlerweile zwar als Problem ausgemacht, aber noch lange nicht in ihrer Gänze begriffen hat, dürfte dies zu vorhersehbaren Fehleinschätzungen führen.

Ein weiterer Beleg hierfür ist, dass wesentliche Akteur\*innen der Neuen Rechten, wie etwa das Kuratoriumsmitglied Karlheinz Weißmann und die mit ihm immer noch verbundenen organisatorischen Zusammenschlüsse, für den Geheimdienst aktuell mutmaßlich weiter-

hin keine Bedeutung haben. Dabei nahm selbst der Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 1994 unter der Überschrift „Strategie der Neuen Rechten“ schon eine Zusammenfassung der angestrebten Kulturrevolution von rechts und der Metapolitik als Instrument der Erlangung kultureller Hegemonie als Vorstufe zum erstrebten realpolitischen Machterwerb vor.<sup>22</sup>

Der Begriff der FDGO ist für ein Stiftungsfinanzierungsgesetz daher ungeeignet. Der Grundfehler, auf diesen Begriff zurückzugreifen, sollte bei der Ausgestaltung eines Stiftungsgesetzes demnach vermieden werden. Er wird grundsätzlich ins Leere laufen, aber insbesondere dort keine Wirkung entfalten, wo es darum geht, Stiftungen aus dem neurechten Spektrum und das Wirken der dort handelnden Akteur\*innen zu erfassen. Im Ergebnis sollte die Bewertung einem unabhängigen Gremium aus Wissenschaftler\*innen überlassen werden.

Neben der Klärung eines geeigneten Kriteriums zur Mittelvergabe an parteinahe Stiftungen überhaupt sollte das Stiftungsfinanzierungsgesetz auch

- den eigentlichen Prozess zur Mittelvergabe, den Verteilungsschlüssel und die Ver-

<sup>22</sup> Als Beispiel für diese Strategie wurde aus einem Beitrag Weißmanns in der Zeitschrift *Criticón* aus dem Jahr 1986 zitiert. Dort schrieb Weißmann: „Die Fähigkeit, in die Offensive zu gehen, muss entwickelt werden und dazu die Fähigkeit, die Situation zu beurteilen: ob hier der offene Angriff oder die politische Mimikry gefordert ist.“ Dies hinderte den Verfassungsschutz Thüringen nicht daran, Weißmanns oben schon beschriebenes Buch „Der Nationale Sozialismus“ als veritable Quelle über Adolf Hitler in seinem Bericht für das Jahr 1998 zu zitieren. Im Verfassungsschutzbericht Niedersachsens von 2001 erscheint ein Zitat Weißmanns aus der *Jungen Freiheit* dann wiederum unter der Überschrift „Neue Rechte“: „Uns geht es um geistigen Einfluss, nicht um die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen ..., es geht um Einfluss auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, umso besser.“ (Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1994: 90; Verfassungsschutzbericht Thüringen 1998: 35; Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2001: 68).

teilungskriterien von Mitteln transparent machen und festschreiben,

- eine Obergrenze für die Finanzierung von Stiftungen einführen,
- die Parteiferne der Gremien zur Bedingung für eine Förderung bestimmen,
- besondere Transparenz- und Rechenschaftspflichten, u. a. auch für die Veröffentlichung von Zuwendungen an die Stiftungen ab einem bestimmten Schwellenwert, normieren,
- und die Anwendbarkeit des Bundesarchivgesetzes auf die bei den Stiftungen ansässigen Archive festlegen.

Während die grüne Bundestagsfraktion sowie der FDP-Haushaltspolitiker Stefan Ruppert im Jahr 2018 bereits offen ein Stiftungsgesetz begrüßt haben, sehen die anderen Parteien bisher offenbar keinen Handlungsbedarf. Die CDU zweifelte bereits an, ob der Bund überhaupt die Gesetzgebungskompetenz für ein solches Gesetz hätte (Bundestag 2018). Gegenüber der FAZ sagte ihr haushaltspolitischer Sprecher Eckhardt Rehberg, er halte ein Gesetz nicht für erforderlich, da die Stiftungsfinanzierung eine Entscheidung des Parlaments sei. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Carsten Schneider, argumentierte, das bisherige System der Stiftungsfinanzierung habe sich bewährt. Auch Gesine Löttsch von der Linksfraktion argumentierte gegen ein solches Gesetz (Bender 2018). Besonders zögern lässt die Parteien offenbar, dass eine gesetzliche Regelung für „ihre“ Stiftungen unter anderem bedeuten würde, dass sie künftig möglicherweise weni-

ger Geld bekommen würden, einen aufwändigen Prozess zum Erhalt von Zuwendungen durchlaufen müssten und strengeren Rechenschafts- sowie Transparenzregeln unterworfen werden würden.

## 7.2 Gemeinnützigkeit prüfen, Transparenz schaffen

Einer Finanzierung aus Bundesmitteln steht *zweitens* auch unabhängig von einer gesetzlichen Regelung entgegen, dass die Gemeinnützigkeit der DES, die Voraussetzung für eine Förderung ist, aus verschiedenen Gründen nicht sichergestellt ist. So können Finanzbehörden und Gerichte zu dem Schluss kommen, dass die Ziele und die Praxis der DES gegen die Gemeinnützigkeit verstoßen.

Das wäre nicht das erste Mal: Im Jahr 1998 entschied das Bundesverwaltungsgericht, dass die *Franz-Schönhuber-Stiftung*, die damals geplante parteinahe Stiftung der *Republikaner*, nicht als Stiftung anerkannt werden würde, da ihre Ziele das Gemeinwohl gefährden würden (Urteil vom 12. Februar 1998, BVerwG 3 C 55.96). Das Urteil machte deutlich, dass die Gründung einer parteinahen Stiftung durch eine politische Partei nicht in den Schutzbereich des Parteienprivilegs fällt. Daher ist es grundsätzlich möglich, auch der DES – die im Gegensatz zu ihrem Namen formal keine Stiftung, sondern wie die meisten anderen parteinahen Stiftungen ein eingetragener Verein (e.V.) ist – die Gemeinnützigkeit zu entziehen, wenn sie ihrer besonderen Verpflichtung dem Gemeinwohl gegenüber nicht nachkommt. Dies

ist etwa der Fall, wenn die Mittel der DES nicht im Sinne der Zwecke des gemeinnützigen *Vereins Desiderius-Erasmus-Stiftung e. V.* verwendet werden: Etwa, weil damit menschenfeindliche Positionen gefördert werden oder weil Parteiarbeit der AfD querfinanziert wird. Auch eine unzulässige Parteinähe sowie eine Nähe zu Organisationen, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden, würden gegen eine Gemeinnützigkeit sprechen, auch wenn dies nicht Haupt-Ansatzpunkt sein sollte. Laut derzeitiger Auskunft der Bundesregierung ist die DES allerdings „rechtlich, personell, organisatorisch und finanziell unabhängig von der AfD“, die Stiftung selbst ist kein Beobachtungsobjekt des Bundesamts für Verfassungsschutz (Deutscher Bundestag 2021b). Vereine wie *attac* haben in den vergangenen Jahren mit Verweis auf „allgemeinpolitische Ziele“ ihre Gemeinnützigkeit verloren. Dem *Verein c-netz – Verein für Netzpolitik e. V.* wurde 2019 vom Berliner Finanzamt die Gemeinnützigkeit aberkannt, da der Verein politisch tätig war. Ob der Verein gegen den Bescheid rechtlich vorgegangen ist, ist nicht bekannt. Weder das Finanzamt noch *c-netz* wollten sich dazu äußern.

Die anderen parteinahen Stiftungen sollten neben der Unterstützung eines Stiftungsfinanzierungsgesetzes selbst für mehr Transparenz im Finanzierungsprozess sorgen und dazu verpflichtet werden, künftig in einheitlicher Weise Haushalts- und Wirtschaftspläne zu veröffentlichen sowie detaillierte Gewinn- und Verlustrechnungen, aus der alle Zuwendungen der einzelnen Ministerien und auch die Ausgaben hervorgehen. Nur wenn eine gesetzliche Ver-

pflichtung zur Transparenz besteht, kann auch die DES zu Transparenz gezwungen werden.

### 7.3 DES ausschließen

Auch außerhalb der Politik werden in den kommenden Jahren verschiedene gesellschaftliche Akteur\*innen von der Arbeit der DES betroffen sein. Es empfiehlt sich, *drittens* bereits jetzt – ähnlich wie im Umgang mit der AfD – interne Richtlinien von Organisationen zu besprechen, Verhaltensempfehlungen zu diskutieren und Maßnahmen zu vereinbaren, die ihren Umgang mit der DES regeln.

#### Andere parteinahe Stiftungen

Die DES unterscheidet sich in ihrer Zielsetzung und Arbeitsweise grundlegend von den parteinahen Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien. Die Stiftungen des demokratischen Spektrums – von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* bis zur *Hanns-Seidel-Stiftung* – sollten sicherstellen, dass sie die DES auch nicht mittelbar in ihre formellen und informellen Absprachen einbeziehen. Von Stiftungsgesprächen und ähnlichen Formaten zwischen den Stiftungen muss die DES weiterhin ausgeschlossen sein. Um die DES allerdings dauerhaft von staatlicher Finanzierung auszuschließen, müssen die parteinahen Stiftungen ihre Blockade gegen ein Stiftungsgesetz aufgeben.

#### Parteien im Bundestag

Die Fraktionen im Bundestag müssen einen Entwurf für ein Stiftungsgesetz erarbeiten. Wie bisher muss neben der AfD auch die DES

konsequent von der Arbeit der demokratischen Parteien ausgegrenzt werden.

#### **Hochschulen**

Wo Hochschulen Ermessensspielraum haben, sollten sie ihre Räume und Ressourcen nicht der DES überlassen. Wenn nötig, müssen Hochschulen dafür Richtlinien erlassen, die das Verbot von Veranstaltungen menschenfeindlicher Gruppierungen ermöglicht.

#### **Private Tagungsorte**

Privatrechtlich organisierte Tagungsorte haben Spielraum, Veranstaltungsanfragen nicht anzunehmen. Wenn die DES oder ihre Landesstiftungen für Treffen, Tagungen oder Konferenzen anfragen, sollte ihnen abgesagt werden.

#### **Kommunen**

Zwar haben kommunale Träger weniger Möglichkeiten als private Anbieter, Veranstaltungen der DES in ihren Räumlichkeiten zu untersagen. Mit Bezug auf transparente Richtlinien, die etwa rassistische und andere menschenfeindliche Veranstaltungen verbieten, könnte dies aber auch in Kommunen möglich sein.

#### **Zivilgesellschaft**

Sowohl Akteur\*innen der politischen Bildung als auch andere Teile der Zivilgesellschaft müssen klar gegen die DES Position beziehen, über Inhalte und Ziele der Neuen Rechten aufklären, Druck aufbauen, damit ein Stiftungsfinanzierungsgesetz umgesetzt wird, und jegliche Kooperationen mit der DES ausschließen.

## Literaturverzeichnis

Alternative für Deutschland (2016): Grundsatzprogramm, [https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm\\_AfD\\_Online-PDF\\_150616.pdf](https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf)

am Orde, Sabine (2018): Millionen für einen Thinktank, taz, 19.01.2018, <https://taz.de/Stiftungsfoerderung-der-AfD/!5478374/>

Amtsblatt der Europäischen Union (2018): Entscheidung der Behörde für Europäische Politische Parteien und Europäische Politische Stiftungen vom 13. September 2018, C 418/4, [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32018D1119\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32018D1119(01)&from=EN)

Andreasch, Robert (2014): Mit rechten Tönen zum Erfolg, in: der rechte rand (148) Mai/Juni 2014, S. 23.

Andreasch, Robert (2016): Der Millionendeal am rechten Rand, <https://www.aida-archiv.de/2016/05/13/der-millionendeal-am-rechten-rand/>

Anne-Frank-Bildungsstätte (2021): Stiftungstrick der AfD, [https://www.stiftungstrick-der-afd.com/?page\\_id=4016](https://www.stiftungstrick-der-afd.com/?page_id=4016)

antifa-berlin.info – Portal antifaschistischer Initiativen (2013): (neu)rechte Strukturen in Charlottenburg-Wilmersdorf – Ein Überblick über die AfD, die anderen rechts(radikalen) Parteien und die Bibliothek für Konservatismus, online unter: <https://antifa-berlin.info/news/409-neurechte-strukturen-in-charlottenburg-wilmersdorf---ein-berblick-ber-afd-die-anderen-rechtsradikale>

antifa-berlin.info - Portal antifaschistischer Initiativen (2020): Zur „Hygiene Demo“ am Rosa Luxemburg Platz, <https://antifa-berlin.info/news/1687-zur-hygiene-demo-am-rosa-luxenburg-platz>

Antifaschistisches Infoblatt (2000): AIB 51 / 2.2000 / 15.05.2000, Zwischen Neonazismus und Karriere. Die Deutsche Burschenschaft, <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/zwischen-neonazismus-und-karriere-die-%C2%BBdeutsche-burschenschaft%C2%AB>

Antifaschistisches Infoblatt (2001): AIB 54 / 3.2001 / 08.12.2001, Europas extreme Rechte macht mobil Pilgerfahrt nach Österreich, <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/europas-extreme-rechte-macht-mobil>

Antifaschistisches Infoblatt (2012): AIB 94 / 1.2012 / 08.03.2012, »Gegen den Zeitgeist«? Gerhard Löwenthal – Vorbild für rechten Journalismus, <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/%C2%BBgegen-den-zeitgeist%C2%AB-gerhard-l%C3%B6wenthal-%E2%80%93-vorbild-f%C3%BCr-rechten-journalismus>

Antifaschistisches Infoblatt (2013): AIB 98 / 1.2013 / 07.04.2013, Neue zentrale Punkte des Rechtskonservatismus, <https://antifainfoblatt.de/artikel/neue-zentrale-punkte-des-rechtskonservatismus>

Antifaschistisches Infoblatt (2015): AIB 108 / 3.2015 / 25.10.2015, Das LfV Sachsen und die AfD – Eine Liebesbeziehung?, <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/das-lfv-sachsen-und-die-afd-%E2%80%93-eine-liebesbeziehung>

Antifaschistisches Infoblatt (2019b): AIB 122 / 1.2019 / 08.06.2019, Rechte Akteure in deutschen Sicherheitsbehörden, <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/rechte-akteure-deutschen-sicherheitsbeh%C3%B6rden>

AStA der Universität Köln [Hrsg.] (2017): Ein Bund fürs Leben? Reader zum Thema Burschenschaften des AStA der Universität Köln, [https://www.asta.uni-koeln.de/wp-content/uploads/2017/03/2015-09\\_Burschi-Reader\\_low.pdf](https://www.asta.uni-koeln.de/wp-content/uploads/2017/03/2015-09_Burschi-Reader_low.pdf)

Ayyadi, Kira (2020): AfD-Flügel-Treffen in Schnellroda – Flügel Gegner\*innen gehören „Ausgeschwitzt“ droht Höcke, <https://www.belltower.news/afd-fluegel-treffen-in-schnellroda-fluegel-gegnerinnen-gehoren-ausgeschwitzt-droht-hoecke-97033/>

- Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang (1994a): Rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften, informelle/ illegale Gruppen, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1994, S. 103-253.
- Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang (1994b): Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1994, S. 357-494.
- Balsler, Markus/Schneider, Jens (2021): Umgang mit Extremisten – Die AfD wird nervös, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-rechtsextreme-verfassungsschutz-1.5171304>
- Bauerschmidt, Michael/Brandt, Susanne/Jentsch, Ulli/Ohrowski, Kurt, (1996): Profil: Bund freier Bürger – Die Freiheitlichen (BfB), online unter: <https://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/BfB.htm>
- Bayerisches Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (2018): Förderrichtlinien für die Gewährung von Zuwendungen für parteinahe politische Stiftungen und Vereine, 25.09.2018, Az. VI.9-BS1770.1/2, KWMBL. S. 365.
- Beck, Volker (2021): Eckpunkte-Papier für ein Wehrhafte-Demokratie-Gesetz, April 2021; Online unter: [https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Downloads/Wehrhafte\\_Demokratie\\_Vollversion.pdf](https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Downloads/Wehrhafte_Demokratie_Vollversion.pdf)
- Bellinghausen, Yves (2019) AfD-Niederlage in Görlitz – „Wenigstens bist du noch ein echter deutscher Polizist“, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-niederlage-in-goerlitz-sebastian-wippel-verliert-gegen-cdu-16240030.html>
- Bender, Justus (2018): Bund der Verschwiegenen, in: FAZ 153, 05.07.2018.
- Berger, Svenna (2015): Die Gauland-Show, in: der rechte rand (153) März/April 2015, S. 20.
- Bernhard, Henry (2014): Parteitag verweigert Leitlinien-Beschluss, Deutschlandfunk, 23.03.2014; [https://www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-verweigert-leitlinien-beschluss.1783.de.html?dram:article\\_id=280910](https://www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-verweigert-leitlinien-beschluss.1783.de.html?dram:article_id=280910)
- Biermann, Kai/Geisler, Astrid/Radke, Johannes/Steffen, Tilman (2018): Bundestag – AfD-Abgeordnete beschäftigen Rechtsextreme und Verfassungsfeinde, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/afd-bundestag-mitarbeiter-rechtsextreme-identitaere-bewegung/komplettansicht>
- Bonvalot, Michael (2020): Extreme Rechte zeigen immer öfter ein neues White-Power-Zeichen, <https://www.bonvalot.net/extreme-rechte-zeigen-immer-oeffter-ein-neues-white-power-zeichen-292/>
- Born, Manfred (2007): Parteinahe Stiftungen: Stiftung oder Partei?, Dissertationsschrift, Universität Mannheim, S. 158.
- Breuer, Jens/Kovahl, Ernst/Reuß, Maria/Schwarz, Patrick (2020): Who-is-Who – Eine unvollständige Vorstellung von Aktivist\*innen der „Neuen Rechten“, in: der rechte rand (Hrsg.) Das IfS – Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2020 S.113-118.
- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2018): Die Identitären – Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, 4. Aufl. Münster 2018.
- Budler, Kai (2020a): #AfD – Konsolidierter Rechtsaußen-Block, in: der rechte rand (182) Januar/Februar 2010, S. 12-13.
- Budler, Kai (2020b): #Stiftung – Tödliche Tretminen auf dem Weg zu den Fleischtrögen, in: der rechte rand (185) Juli/August 2020, S. 24-25.

- Büchner, Timo (2016): Frühling in Weikersheim, in: der rechte rand (162), September/Oktober 2016, S. 4-5.
- Büchner, Timo (2018): Antifaschistisches Infoblatt, AIB 121 / 4.2018 / 10.04.2019, Das „Studienzentrum Weikersheim“: Ein Instrument der AfD?; <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/das-%E2%80%9Estudienzentrum-weikersheim%E2%80%9C-ein-instrument-der-afd>
- Bundesministerium des Innern (2013-2016): Dokumente zu den Stiftungsgesprächen, <https://fragdenstaat.de/dokumente/sammlung/75-stiftungsgesprache/>
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020): Antwort auf IFG-Anfrage von Arne Semsrott, 11.11.2020, Z14-13002/4#2694, [https://fragdenstaat.de/anfrage/unterlagen-zu-stiftungsforderung-stiftungsgesprache-zum-bundshaushalt/538542/anhang/OCR\\_20201111Scan132559\\_geschwaerzt.pdf](https://fragdenstaat.de/anfrage/unterlagen-zu-stiftungsforderung-stiftungsgesprache-zum-bundshaushalt/538542/anhang/OCR_20201111Scan132559_geschwaerzt.pdf)
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019): Besondere Bewirtschaftungsgrundsätze für Zuschüsse des Bundes aus Kap. 0601 Tit. 685 12 zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit i. d. F. vom 5.9.2019 (Besondere Bewirtschaftungsgrundsätze – BBewGr) – Bek. d. BMI v. 17.9.2019 Gll4-43101/11#4, GMBL Nr. 41/2019, S. 810, <https://fragdenstaat.de/dokumente/118314-besondere-bewirtschaftungsgrundsaeetze-BBewGr/>; vorige Version unter <https://fragdenstaat.de/dokumente/118370-d1284-km364-20210730085841/>
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Politische Stiftungen, <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/politische-stiftungen/politische-stiftungen-node.html>
- Bundesrechnungshof (2009): Bemerkungen – Weitere Prüfungsergebnisse Nr. 03 „Unwirtschaftliches Bauvorhaben einer parteinahen Stiftung gefördert“, <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/bemerkungen-jahresberichte/jahresberichte/1-archiv/2009-weitere-pruefungsergebnisse/bundesministerium-des-innern/2009-bemerkungen-weitere-pruefungsergebnisse-nr-03-unwirtschaftliches-bauvorhaben-einer-parteinahen-stiftung-gefoerdert>
- Bundesverwaltungsamt (2018): Zuwendungen zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit an die vom Deutschen Bundestag bestimmten politischen Stiftungen, ZMV 13-DES, 07.12.2018, <https://fragdenstaat.de/dokumente/7961-sndbao816-020110214390/>
- Burchard, Amory (2015): EU-Kommissar könnte gegen „Erasmus“-Stipendien vorgehen, Tagesspiegel, 17.08.2015, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/streit-um-afd-stiftung-eu-kommissar-koennte-gegen-erasmus-stipendien-vorgehen/12194964.html>
- Clay, Felix/Kremers, Britta (2010): Antifaschistisches Infoblatt, AIB 86 / 1.2010 / 16.04.2010, Die »Dienstagsgespräche« – Scharnier zwischen konservativer und extremer Rechter, <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/die-%C2%BBdienstagsgespr%C3%A4che%C2%AB>
- Danubia (2021): Referentenliste, <http://danubia.de/referentenliste/>
- Decker, Markus (2020): Bundestag: CDU-Politiker Patzelt beklagt „massive Belästigung“ durch Ex-Abgeordnete Barbe, <https://www.rnd.de/politik/belastigung-im-bundestag-ex-spd-abgeordnete-barbe-bedrangt-cdu-parlamentarier-patzelt-6UUP5LT7QVBX7LKTQISYCFWBBA.html>
- der rechte rand (1995): (34), Bund freier Bürger, April/Mai 1995, S.24.
- der rechte rand (1996): (42), Revisionisten II, September/Oktober 1996, S.21.
- Desiderius-Erasmus-Stiftung (2018a): Rundbrief Nr. 04, 30.05.2018, <http://eepurl.com/dwDeeT>

- Desiderius-Erasmus-Stiftung (2018b): Protokoll der Mitgliederversammlung vom 15.09.2018 der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V., [https://fragdenstaat.de/dokumente/118353-2491598-protokoll\\_beschluss\\_niederschrift\\_vom\\_15092018/](https://fragdenstaat.de/dokumente/118353-2491598-protokoll_beschluss_niederschrift_vom_15092018/)
- Desiderius-Erasmus-Stiftung (2018c): Rundbrief Nr. 01, 05.03.2018, <http://eepurl.com/dtpAm9>
- Desiderius-Erasmus-Stiftung (2018d): Rundbrief Nr. 02, 05.11.2018, <http://eepurl.com/duqvgf>
- Desiderius-Erasmus-Stiftung (2019): Protokoll der 17. Sitzung als Telefonkonferenz, 20.08.2019, [https://fragdenstaat.de/dokumente/118354-2569455-protokoll\\_beschluss\\_niederschrift\\_vom\\_20082019/](https://fragdenstaat.de/dokumente/118354-2569455-protokoll_beschluss_niederschrift_vom_20082019/)
- Desiderius-Erasmus-Stiftung (2020a): Die Zukunft der Stiftung – Erika Steinbach im Gespräch – Themen der Zeit, YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=tco6m6r-f-E>
- Desiderius-Erasmus-Stiftung (2020b): Das Kuratorium der Stiftung, 25.11.2020, archiviert unter <https://web.archive.org/web/20201125222003/https://erasmus-stiftung.de/kuratorium/>
- Desiderius-Erasmus-Stiftung (2021a): DES-Pressemitteilung 26.07.2021, <https://erasmus-stiftung.de/des-pressemitteilung-26-07-2021/>
- Desiderius-Erasmus-Stiftung (2021b): Publikationen der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V., <https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/>
- Desiderius-Erasmus-Stiftung (2021c): Pressemitteilung 4.5.2021, <https://erasmus-stiftung.de/pressemitteilung-4-5-2021/>
- Desiderius-Erasmus-Stiftung (2021d): Pressemitteilung 22.4.2021, <https://erasmus-stiftung.de/pressemitteilung-22-4-2021/>
- Detjen, Jörg/Jürgens, Ralf (1997): Der Ostritt des „Deutschen Ostdienstes“, in: der rechte rand (Sonderheft Nr. 2) September 1997, S. 15
- Deutscher Bundestag (1993): Empfehlungen der Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Parteienfinanzierung, 19.02.1993, Drucksache 12/4425, <https://dserver.bundestag.de/btd/12/044/1204425.pdf>
- Deutscher Bundestag (1999): BT-Plenarprotokoll 14/50, 01.07.1999, S. 4343, <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14050.pdf>
- Deutscher Bundestag (2018): AfD will „Recht der parteinahen Stiftungen“ ändern, 15.06.2018, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw24-de-stiftungen-558878>
- Deutscher Bundestag (2021a): Bericht des Statistischen Bundesamtes gemäß § 18 Absatz 2 Satz 4 des Parteiengesetzes über die Entwicklung des Preisindex der für eine Partei typischen Ausgaben (Parteien-Index) für das Jahr 2020, Drucksache 19/30123, 27.05.2021, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/301/1930123.pdf>
- Deutscher Bundestag (2021b): Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage, Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung, Drucksache 19/28130, 30.03.2021, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/281/1928130.pdf>
- Deutsche Gildenschaft (2021): Unser Selbstverständnis, 2021, <http://deutsche-gildenschaft.de/unser-selbstverstandnis/>
- Dierks, Benjamin (2020): Unter Druck: Politische Stiftungen im Dilemma, Deutschlandfunk, 30.11.2020, [https://www.deutschlandfunk.de/unter-druck-politische-stiftungen-im-dilemma.724.de.html?dram:article\\_id=488417](https://www.deutschlandfunk.de/unter-druck-politische-stiftungen-im-dilemma.724.de.html?dram:article_id=488417)

Dornbusch, Christian (2020): Schmiede der Nation – Krieg und Militär bei der »Neuen Rechten«, in: der rechte rand (Hrsg.) Das IfS – Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2020, S. 59-61.

European Union Intellectual Property Office (2021): EUTM file information ERASMUS 1004846, <https://euipo.europa.eu/eSearch/#details/trademarks/Wo1004846>

Feit, Margret (1987): Die Neue Rechte in der Bundesrepublik: Organisation – Ideologie – Strategie, Frankfurt am Main 1987.

Fiedler, Maria (2018): Erika Steinbach, die Stiftung und die Millionen, Tagesspiegel, 03.12.2018, <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/afd-nahe-stiftung-erika-steinbach-die-stiftung-und-die-millionen/23708620.html>

Fielitz, Maik/Marcks, Holger (2020): Digitaler Faschismus: Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus, Berlin 2020.

Freires, Horst (1995): Zersetzungserscheinungen beim BfB, in: der rechte rand (32) Dezember/Januar 1995, S. 5.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2021): Jahresbericht 2020, <http://library.fes.de/pdf-files/fes/17940/jb-2020.pdf>

Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul (2019): Das Netzwerk der Neuen Rechten – Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern, Hamburg 2019.

Fuchs, Georg (2013): »Wider die Multikulti-Apologie« – Thüringens Regierungssprecher Karl-Eckard Hahn und die »Deutsche Gildenschaft« stehen unter Druck, in: der rechte rand (144) September/Okttober 2013, S. 28.

Glaser, Jens/Schumann, Uli (2020): Von der Analyse zum Angriff – Das Institut für Staatspolitik auf dem Weg zur Aktion, in: der rechte rand (Hrsg.) Das IfS – Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2020, S. 71-73.

Gessenharter, Wolfgang, Intellektuelle Strömungen und Vordenker in der deutschen Neuen radikalen Rechten, in: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd [Hrsg.] (2003): Handbuch Rechtsradikalismus – Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Wiesbaden 2003, S.189-201.

Göres, Joachim (2019): Geben und Nehmen, Süddeutsche Zeitung, 16.05.2019, <https://www.sueddeutsche.de/karriere/stipendien-von-stiftungen-geben-und-nehmen-1.4446503>

Grumke, Thomas/Wagner, Bernd [Hrsg.] (2003): Handbuch Rechtsradikalismus – Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Wiesbaden 2003.

Halasz, Gabor (2020): DDR-Bürgerrechtler: Vom SED-Gegner zum Corona-Leugner, <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2020/DDR-Buergerrechtler-Vom-SED-Gegner-zum-Corona-Leugner,buergerrechtler102.html>

Hanns-Seidel-Stiftung (2019): Förderung gesellschaftspolitischer Vorhaben der politischen Stiftungen Kap. 0502, Titel 687 27, 04.11.2019, <https://fragdenstaat.de/dokumente/7692-auskunt-1/>

Heide, Stephanie (2020a): Die Akademien vom Ziegenhof, in: der rechte rand (Hrsg.) Das IfS – Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2020, S. 165-168.

Heide, Stephanie (2020b): Keine Störung im Männerbetrieb, in: der rechte rand (Hrsg.) Das IfS – Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2020, S. 169-173.

Hessischer Landtag (2004): Drucksache 16/1838, 28.04.2004.

Hethey, Raimund (1997): Militanter Revanchismus und neofaschistische Aktivitäten im Gebiet Kaliningrad, in: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Kreisvereinigung Stade (Hrsg.), Revanchistische Patenschaften kündigen, Die Kreisgemeinschaft Goldap, die Landsmannschaft Ostpreußen und der deutsche Revanchismus, Stade 1997, S. 21ff.

Hethey, Raimund (1999): Ein waschechter nationaler Sozialist: Der Staatsdiener Karlheinz Weißmann, in: der rechte rand (99) Mai/Juni 1999, S. 20-21.

Hobusch, Alexander (2019): Finanzierung von parteinahen Stiftungen: Millionen für die Parteiarbeit? Legal Tribune Online, 03.06.2019, <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/finanzierung-parteinah-stiftungen-organstreit-bverfg/>

Hobusch, Alexander (2020): Parteinaher Stiftungen sind Partei-Stiftungen: Anmerkungen zur Parteienfinanzierung aus Anlass des BVerfG-Beschlusses zur AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, VerBlog, 21.08.2020, <https://verfassungsblog.de/parteinaher-stiftungen-sind-partei-stiftungen/> DOI: 10.17176/20200821-155253-0

Hofer, Walther (1996): Rezension: Sachbuch – Der deutsche Arbeiter, der englische Lord – Karlheinz Weißmann beschreibt die NS-Zeit aus der Perspektive der Täter, [https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/politik/rezension-sachbuch-der-deutsche-arbeiter-der-englische-lord-11314966.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/politik/rezension-sachbuch-der-deutsche-arbeiter-der-englische-lord-11314966.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)

Höbelt, Lothar (2004): Österreichs Identitäten, in: Sezession 07/Oktober 2004, S. 54-55.

Höbelt, Lothar (2019): Grenzen der Macht: Die Entente und die „Nachfolgestaaten“, in Sezession 89/2019, S. 20-23.

Hundseder, Franziska (1995): Rechte machen Kasse: Gelder und Finanziere der braunen Szene, München 1995.

Hurtz, Simon (2015): AfD Thüringen – „Blanker Rassismus“: Höcke und die Fortpflanzung der Afrikaner, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-thueringen-blanker-rassismus-hoecke-und-die-fortpflanzung-der-afrikaner-1.2780159>

Hübner, Carsten (2015): Dabei statt dagegen, in: der rechte rand (153) März/April 2015, S. 24.

Hürtgen, Olaf (1986): Weil es keine Frageverbote gibt – Alfred M. de Zayas' „Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten“, Das Ostpreußenblatt, 22. November 1986 – Folge 47 – S. 24.

Hürtgen, Olaf (1996): Der Skandal im Skandal – Wie ein Wissenschaftler durch Gesinnungshüter vorverurteilt wird, Das Ostpreußenblatt, 9. März 1996 – Folge 10 – S. 24.

Informationsdienst zur AfD in Sachsen (2020): Der unauffällige Herr Stein, <https://idas.noblogs.org/?p=3320>

Jannasch, Sebastian/Schneider, Jens (2017): Zwei AfD-Stiftungen konkurrieren um Millionen vom Staat, Süddeutsche Zeitung, 20.10.2017, <https://www.sueddeutsche.de/politik/rechter-fluegelkampf-zwei-afd-stiftungen-konkurrieren-um-millionen-vom-staat-1.3716127-0#seite-2>

Jelpke, Ulla (1997a), Stimme des Revanchismus – Das Ostpreußenblatt, in: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Kreisvereinigung Stade (Hrsg.), Revanchistische Patenschaften kündigen – Die Kreisgemeinschaft Goldap, die Landsmannschaft Ostpreußen und der deutsche Revanchismus, Stade 1997, S. 31-38.

Jelpke, Ulla (1997b), Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen – Knallhart rassistisch, revanchistisch und rechtsextrem, in: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Kreisvereinigung Stade (Hrsg.), Revanchistische Patenschaften kündigen – Die Kreisgemeinschaft Goldap, die Landsmannschaft Ostpreußen und der deutsche Revanchismus, Stade 1997, S. 39-42.

Jentsch, Ulli (2009): Fast normal – Auf der Frankfurter Buchmesse vom 14. Bis 18. Oktober 2009 war die „Junge Freiheit“ ein Stück Normalität, in: der rechte rand (121) November/Dezember 2009, S. 11.

Joswig, Gareth (2021): Desiderius-Erasmus-Stiftung – Steinbach auf Mission Feigenblatt, <https://taz.de/Desiderius-Erasmus-Stiftung/!5780728/>

Junge Freiheit (2013): Kritik an Burschenschaft – „Die Vorwürfe sind Unsinn“, <https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2013/die-vorwuerfe-sind-unsinn/>

Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg (2019): Förderrichtlinie für die politische Bildung, Amtlicher Anzeiger C 1160 B, 22.02.2019, S. 173.

Kamann, Matthias (2017): Das AfD-Gezerre um die staatlichen Stiftungsgelder, Welt, 21.10.2017, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article169893700/Das-AfD-Gezerre-um-die-staatlichen-Stiftungsgelder.html>

Kamann, Matthias (2018): Mit der AfD-nahen Stiftung will Sarrazin nichts zu tun haben, Welt, 17.01.2018, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article172583316/AfD-Thilo-Sarrazin-will-mit-parteinaher-Stiftung-nichts-zu-tun-haben.html>

Kamann, Matthias (2019): AfD-nahe Stiftung öffnet sich für Rechtsaußen, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article200863486/Desiderius-Erasmus-Stiftung-waehlt-Erik-Lehnert-in-Vorstand.html>

Kamann, Matthias (2021): Und dann wirft die AfD-Jugend ihrer Partei „linke Cancel Culture“ vor, Welt, 03.05.2021, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article230844981/AfD-Jugend-Und-dann-wirft-die-AfD-Jugend-ihrer-Partei-linke-Cancel-Culture-vor.html>

Kampf, Lena (2015): Höckes AfD: Resonanzraum für die „Neue Rechte?“, <https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Hoeckes-AfD-Resonanzraum-fuer-die-Neue-Rechte,hoeckeslehre104.html>

Kellershohn, Helmut (2020) Dem Leben dienen? – Anmerkungen zum »Staatspolitischen Handbuch« des „Instituts für Staatspolitik“, in: der rechte rand (130) Mai/Juni 2011, S. 22-23.

Kern, Mario B. (2020), Mit Sezession in den Krieg– Eine neue rechte Zeitschrift, in: der rechte rand (Hrsg.) Das IfS – Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2020, S. 47-48.

Kleie, Stefan (2020): Der AfD das Konservative klauen, taz, 26.01.2020, <https://taz.de/Plaedoyer-fuer-aufgeklaerten-Konservatismus/!5656106/>

Konrad-Adenauer-Stiftung (1998): Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen, <https://www.kas.de/de/gemeinsame-erklaerung-zur-staatlichen-finanzierung-der-politischen-stiftungen>, Anlagen unter <https://fragenstaat.de/dokumente/118370-d1284-km364-20210730085841/>

Korsch, Felix/Wölk, Volkmar (2014): Nationalkonservativ und marktradikal – Eine politische Einordnung der Alternative für Deutschland. Analyse von Felix Korsch und Volkmar Wölk, Berlin 2014.

Kovahl, Ernst (2007): Burschenschaft contra Innenministerium, in: der rechte rand (107) Juli/August 2007, S. 27.

- Kovahl, Ernst (2015): Rechter Flügel, in: der rechte rand (153) März/April 2015, S. 22.
- Kovahl, Ernst (2016): Thüringen – Die Alternative für Deutschland in Thüringen, in: der rechte rand (160), Mai/Juni 2016, S. 18-19.
- Kovahl, Ernst (2017): Wie bei den zehn kleinen Negerlein, in: der rechte rand (165) März/April 2017, S. 14.
- Kovahl, Ernst (2018): „Ideenschmiede“ der AfD, der rechte rand 174, September/Okttober 2018; <https://www.der-rechte-rand.de/archive/4067/ideenschmiede-der-afd/>
- Krause, Klaus Peter (2020): Der politische Missbrauch der Pandemie, online unter: <https://kpkrause.de/2020/08/10/der-politische-missbrauch-der-pandemie/>
- Krause, Klaus Peter (2021): Eine politische Seuche, <https://www.swg-hamburg.de/2021/08/17/eine-politische-seuche/>
- Krebs, Felix (2016): AfD Hamburg – AfD-Fraktion beschäftigt Mitarbeiter mit extrem rechter Vergangenheit, <https://www.zeit.de/hamburg/politik-wirtschaft/2016-11/afd-hamburg-landtag-fraktion-rechtsextremismus/komplettansicht>
- Krebs, Felix, (2019): #Tradition – Braune Burschenhäuser, in: der rechte rand (179) Juli/August 2019, S. 20-21.
- Kronauer, Jörg (2005): Antifaschistisches Infoblatt, AIB 67 / 3.2005 / 25.05.2005, Die deutsche Karte gespielt – Geschichtspolitische Entwicklungen im Bund der Vertriebenen, <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/die-deutsche-karte-gespielt>
- Kronauer, Jörg (2015): Ideologische „Panzerdeckungs-löcher“, in: der rechte rand (157) November/Dezember 2015, S. 26-27.
- Landeszentrale für politische Bildung Bremen (2009): Bewirtschaftungsgrundsätze für Zuwendungen des Landes aus Kap. 0257 Tit. 685 20-9 für die politische Bildungsarbeit von parteinahen Stiftungen, 08.01.2009
- Land Niedersachsen (2019): Förderkriterien für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der politischen Bildungsarbeit politischer Stiftungen, 01.12.2019
- Land Sachsen-Anhalt (2019): Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung politischer Bildungsarbeit an parteinahe Stiftungen und Bildungswerke sowie kommunalpolitische Organisationen, 12.11.2019
- Langguth, Gerd (1993): Politische Stiftungen und politische Bildung in Deutschland, Aus: Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“, 34/93, S. 38.
- Laskowski, Wolfgang (2020): Publizistische Zellteilung: „Cato“ und „Sezession“, in: der rechte rand (Hrsg.) Das IfS – Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2020, S. 153-158.
- Laskowski, Wolfgang/Schwarz, Patrick (2020): Rechtsintellektuelles Kraftwerk, in: der rechte rand (Hrsg.) Das IfS – Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2020, S. 107-111.
- Lepszy, Norbert (2003): Politische Stiftungen, in: Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (Hrsg.). Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S.524-528.
- Lichterbeck, Phillip (2009): Friedrich-Naumann-Stiftung rechtfertigt Putsch in Honduras, Tagesspiegel, 14.08.2009, <https://www.tagesspiegel.de/politik/staatsstreich-friedrich-naumann-stiftung-rechtfertigt-putsch-in-honduras/1579132.html>

Lutz, Martin/Müller, Uwe (2014): Das Kartell der Staatsplünderer, Welt, 10.10.2014, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article133107766/Das-Kartell-der-Staatspluenderer.html>

Maegerle, Anton (1995): „Das Parlament“ – Staatliches Forum für Ultrarechte, in: der rechte rand (32) Dezember 94/Januar 1995, S. 6.

Maegerle, Anton (2003): Siegerists Coup – Die Deutschen Konservativen wildern im Gehege des „Deutschland-Magazins“, in: blick-nach-rechts, <https://www.bnr.de/print/2333>

Maegerle, Anton (2013): Vom Obersalzberg bis zum NSU – Die extreme Rechte und die politische Kultur in der Bundesrepublik 1988-2013, Berlin, 2013.

Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996.

Meertens, Christoph/Wolf, Frieder (1996): Gesellschaftlicher Auftrag und staatliche Finanzierung politischer Stiftungen, in: ZRP 1996, 440, S. 442.

Meertens, Christoph (2010): Die spezifische Rolle der parteinahen Stiftungen – politische Aufgaben und rechtliche Grundlagen, in: Heinrich-Böll-Stiftung: Die Steuerung und Finanzierung politischer Stiftungen, Eine Dokumentation zweier Veranstaltungen in der Heinrich-Böll-Stiftung, S. 21-27, [https://www.boell.de/sites/default/files/TXT\\_20110801\\_Stiftungsreader.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/TXT_20110801_Stiftungsreader.pdf)

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Schleswig-Holstein (2020): Richtlinie für die Förderung parteinaher politischer Stiftungen und Vereine, 17.02.2020

Ministerium für Inneres und Kommunales Brandenburg (2019): Antwort auf AIG-Anfrage zum Ablehnungsbescheid Erasmus-Stiftung [#159241], FragDenStaat, 22.07.2019, <https://fragdenstaat.de/anfrage/ablehnungsbescheid-erasmus-stiftung/#nachricht-398736>

Mitteldeutsche Zeitung (2019): Alice Weidel: Kubitschek ist eine wichtige Figur für einige in der AfD, <https://www.mz.de/deutschland-und-welt/politik/alice-weidel-kubitschek-ist-eine-wichtige-figur-fur-einige-in-der-afd-1590155>

Neuerer, Dietmar (2016): AfD-Eklat in Dresden, Abgeordneter wünscht Merkel den Terrortod, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-eklat-in-dresden-abgeordneter-wuenscht-merkel-den-terrtod/14482646.html?ticket=ST-284136-QNJJGYNPM4YfM6gSZmYT-ap5>

Nieburg, Klaus (2013): Nationale Antworten – Die Zeitschrift Compact hält nationalistische Antworten für das autoritäre Krisenbewusstsein der Mitte bereit, in: der rechte rand (145) November/Dezember 2013, S. 24

Nokel, Caroline (2015): Parteienfinanzierung: Die Steuermillionen für politische Stiftungen, Deutschlandfunk, 29.03.2015, [https://www.deutschlandfunk.de/parteienfinanzierung-die-steuermillionen-fuer-politische.724.de.html?dram:article\\_id=315720](https://www.deutschlandfunk.de/parteienfinanzierung-die-steuermillionen-fuer-politische.724.de.html?dram:article_id=315720)

Onner Bernd (2008): Heiße Luft um Thore Stein – Raczecks-Fux kandidiert für den RCDS, in: der rechte rand (111), März/April 2008, S.21.

Ostpreußenblatt (2000): Strategie: „Ein Reemtsma-Institut von rechts“ – Gespräch mit dem konservativen Theoretiker Dr. Karlheinz Weißmann, <https://www.webarchiv-server.de/pin/archivoo/05000b08.htm>

Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja/Schneider, Jens (2018): Geplante AfD-Stiftung könnte rechte Gönner anziehen, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-geplante-afd-stiftung-koennte-rechte-goenner-anziehen-1.3822485>

- Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja (2018): Rechter Thinktank mit Stallgeruch, tagesschau.de, 09.03.2018, <https://web.archive.org/web/20180418125256/https://www.tagesschau.de/inland/afd-stiftungsplaene-101.html>
- Pittelkow, Sebastian/Richter, Nicolas/Riedel, Katja (2018): Weidels Helferkreis, Süddeutsche Zeitung, 21.11.2018, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-spendenskandal-weidels-helferkreis-1.4221538>
- Platter, Julia (2017): Einzelfragen der staatlichen finanziellen Förderung parteinaher Stiftungen und kommunalpolitischer Vereinigungen durch das Land Brandenburg, Wahlperiode Brandenburg, 6/31, Landtag Brandenburg, Parlamentarischer Beratungsdienst, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51840-3>
- Pogorelskaja, Swetlana W. (2002): Die parteinahen Stiftungen als Akteure und Instrumente der deutschen Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, BpB, 6/7 2002, <https://www.bpb.de/files/6AJG19.pdf>
- Przybilla, Steve (2020): „Keine Zusammenarbeit“, taz, 10.07.2020, <https://taz.de/Studienwerk-Leiterin-ueber-AfD-Stiftung/!5698402/>
- Quent, Matthias (2019): Deutschland Rechtsaußen, Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, 2. Aufl. München 2019.
- Rafael, Simone (2018): Erasmus oder Stresemann? Hauptsache Provokation und Geld (1), Belltower News, 22.01.2018, <https://www.belltower.news/afd-nahe-stiftung-erasmus-oder-stresemann-hauptsache-provokation-und-geld-1-46730/>
- Rauch, Matthias (1998): Burschenschaftliche Feierstunden in der Paulskirche, in: der rechte rand (55) Mai/Juni 1998, S.12 -13.
- Recherche Netzwerk Berlin (2020): 25.04.2020 Berlin: 5. Corona-„Hygienesdemo“ gegen Infektionsschutzmaßnahmen, <https://www.flickr.com/photos/recherche-netzwerk-berlin/49818809778/in/album-72157714043072142/>
- Reichert, Phillip (2021): Parteinaher Stiftungen: Bundesrechnungshof kritisiert Personalausgaben, tagesschau.de, 28.04.2021, <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/stiftungen-gehaelter-101.html>
- Reinhard, Doreen (2019): Extremismus – Politische Bildung von rechts, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-02/extremismus-aufklaerung-afd-schulen-bildungsarbeit-sachsen-carsten-huetter>
- Reinfrank, Timo (2021): Neonazistische Kaderschmiede?, Jüdische Allgemeine, 08.07.2021, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/neonazistische-kaderschmiede/>
- Reutling, Svenja (2020), „Ein Zwischentag“, in: der rechte rand (Hrsg.): Das IFS – Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2020, S. 87-93.
- Rilling, Oliver/Schwarzenberg (2010): Ralf, Weltfremde Themen?! – „Jung Weikersheim“ diskutiert, in: der rechte rand (127) November/Dezember 2010, S. 16.
- RND (2020): AfD-Bundesvorstand setzt Kalbitz-Verteidiger Hartwig ab, <https://www.rnd.de/politik/afd-bundesvorstand-setzt-kalbitz-verteidiger-hartwig-ab-DHO4VHBQPBFSHALANLW6ZPG57Q.html>
- Roeser, Rainer (2019a): AfD-Nachwuchs: Beschädigtes „Marken-Label“, in: blick-nach-rechts, online unter: <https://www.bnr.de/print/17015>
- Roeser, Rainer (2019b): AfD: Gedränge an der Parteispitze, in: blick-nach-rechts: online unter, <https://bnr.de/print/17488>

Roeser, Rainer (2020): Afd-„Verfassungsschützer“ geht auf Distanz, in: blick-nach-rechts, <https://www.bnr/print/17808>

Röpke, Andrea (2019): #VölkischeLandnahme, Siedeln und Netzwerke knüpfen, in: der rechte rand (179) Juli/August 2019, S. 28-29.

Saarbrücker Zeitung (2017): Gauland sieht Klage im Stresemann-Streit gelassen, 21.12.2017, [https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/politik/topthemen/gauland-sieht-klage-im-stresemann-streit-gelassen\\_aid-6976171](https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/politik/topthemen/gauland-sieht-klage-im-stresemann-streit-gelassen_aid-6976171)

Sachsen-Anhalt Rechtsaußen – Informationen zur rechten Szene in Sachsen-Anhalt (2017): FDP in Sachsen-Anhalt – Stefan Thormann – Frank Sittas rechter Wahlkampfhelper, <https://lsa-rechtsausen.net/stefan-thormann-frank-sittas-rechter-wahlkampfhelper/>

Sachsen-Anhalt Rechtsaußen – Informationen zur rechten Szene in Sachsen-Anhalt (2020): Rechte Reservisten sorgen für Aufruhr, <https://lsa-rechtsausen.net/rechte-reservisten-sorgen-fuer-aufruhr/>

Salzborn, Samuel/Kurth, Alexandra (2000), Betonung des nationalen Elements – Neue Präsidentschaft beim „Coburger Convent“, in: der rechte rand (66) September/Oktober 2000, S. 8-9.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (2020): Förderrichtlinie der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie für die Gewährung von Zuwendungen an parteinahe Stiftungen und kommunalpolitische Bildungsträger/-werke, 01.01.2020, <https://fragdenstaat.de/dokumente/118381-frderrichtlinienesenbildjugfamab2020/>

Schillo, Johannes (2019): Auch die AfD ist stiften gegangen: Bildungsarbeit im Namen von Desiderius Erasmus, in: Erwachsenenbildung 65, 4.

Schlüter, Margarete (2018): #NeueRechte Bibliothek des Konservatismus, <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3714/bibliothek-konservatismus/>

Schmid, Bernard (2010): Block statt Front – Die „Identitäts“-Bewegung in Frankreich, in: der rechte rand (127) November/Dezember 2010, S. 28-29.

Scholz, Robert (2009): Die „Nouvelle Droite“ in Frankreich – die „Mutter“ der deutschen „Neuen Rechten“, <https://www.endstation-rechts.de/news/die-nouvelle-droite-in-frankreich-die-mutter-der-deutschen-neuen-rechten.html>

Schröder, Christian (2016): Peter Sloterdijk rechnet mit der AfD ab, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/philosoph-peter-sloterdijk-rechnet-mit-der-afd-ab/13884060.html>

Schröder, Christoph (2017): „Cato“ – Römisches Rechtsaußen, <https://www.zeit.de/kultur/2017-09/cato-rechtskonservatives-magazin/komplettansicht>

Schützler, Christoph (2009): Bildung versus Neofaschismus – Die Arbeit eines Modellprojekts in Mecklenburg-Vorpommern (MV), in: der rechte rand (118) März/April 2009, S. 28-29.

Schwarz, Karolin (2020): Hasskrieger – Der Neue Globale Rechtsextremismus, Freiburg 2020.

Speit, Andreas (1994): Der Bund freier Bürger – ein neurechter Versuch, in: der rechte rand (30) August/September 1994, S. 5-6.

Speit, Andreas (2010): Verein in Sorge ums Vaterland – »Die Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft«, in: der rechte rand (123) März/April 2010, S. 20.

- Speit, Andreas (2016): Wie die Wirtschaftspolitische Gesellschaft abdriftet – Keine netten Stammkunden, <https://taz.de/!5296641/>
- Speit, Andreas (2017): Neue Rechte und Medien – Verdeckte Verbindungen, <https://taz.de/Neue-Rechte-und-Medien/!5374860/>
- Speit, Andreas (2018a): Reaktionärer Klan – Die Entwicklung der Identitären Bewegung in Deutschland, in: Speit, Andreas (Hrsg.), Das Netzwerk der Identitären – Ideologien und Aktionen der Neuen Rechten, Berlin 2018.
- Speit, Andreas (2018a): Hausbergers Liste der No-Gos, taz, 11.10.2018, <https://taz.de/Angst-der-AfD-vor-dem-Verfassungsschutz/!5542441/>
- Speit, Andreas (2018c): #NeueRechte – „Patriotisches Wirtschaftsmagazin“, <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3660/patriotisches-wirtschaftsmagazin/>
- Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern (2005): Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur politischen Bildung, AmtsBl. M-V 2005, 1374, 22.11.2005
- Steffen, Tilman (2017): AfD will mit Stiftung an Steuergeld, Zeit Online, 06.01.2017, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-01/afd-partestiftung-geld-zuschuesse-staat-konrad-adam>
- Steffen, Tilman (2018): AfD-Parteitag stimmt für eigene Partestiftung, Zeit Online, 30.06.2018, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-06/afd-partestiftung-desiderius-erasmus-erika-steinbach>
- Stegemann, Patrick/Musyal, Sören (2020): Die Rechte Mobilmachung – Wie radikale Netzaktivisten die Demokratie angreifen, Berlin 2020.
- Steinbach, Erika/Otte, Max (2018): Nachdenken für Deutschland: Wie wir die Zukunft unseres Landes sichern können, Manuscriptum.
- Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (SWG 2021), Verleumdung des christlich-konservativen Widerstandes im 3. Reich – Verweis auf den Kommentar von Karlheinz Weißmann in der Jungen Freiheit, online unter: <https://www.swg-hamburg.de/2021/07/20/verleumdung-des-christlich-konservativen-widerstandes-im-3-reich/>
- Teidelbaum, Lucius (2017a): Partei des Militarismus, der rechte rand (167) Juli/August 2017, S. 12-13.
- Teidelbaum, Lucius (2017b): Die Verbindungen der AfD, in: der rechte rand (167) Juli/August 2017, S. 21.
- Teidelbaum, Lucius (2019): #EIKE – Gegen den Klimaschwindel, in: der rechte rand (181), November/Dezember 2019, S. 23.
- Tesak, Manu (2005): Antifaschistisches Infoblatt, AIB 67/3.2005/29.05.2005, Österreichs Superjubiläumsjahr 2005, [https://www.antifainfoblatt.de/artikel/%C3%B6sterreichs-superjubil%C3%A4umsjahr-2005#footnote4\\_y4afuzr](https://www.antifainfoblatt.de/artikel/%C3%B6sterreichs-superjubil%C3%A4umsjahr-2005#footnote4_y4afuzr)
- Verfassungsschutzberichte online unter <https://verfassungsschutzberichte.de>
- von Arnim, Hans Herbert (2016): Gesetzesbegründung und Gesetzesvorbehalt bei der Finanzierung von Fraktionen, parteinahen Stiftungen und Abgeordnetenmitarbeitern, in: Die Öffentliche Verwaltung, Mai 2016, 9, S. 368-372, <https://dopus.uni-speyer.de/frontdoor/index/index/year/2016/docId/668>
- Verwaltungsgericht Berlin (2021): Desiderius-Erasmus-Stiftung muss nicht auf BMI-Homepage erwähnt werden, Nr. 28/2021, 10.05.2021.

Walther, Rudolf (2020): Rechte Medien und die bürgerliche Mitte – Unscharfe Grenzen, <https://taz.de/Rechte-Medien-und-die-buergerliche-Mitte/!5686230/>

Wangemann, Ulrich (2019): Warum die AfD-nahe Erasmus-Stiftung kein Steuergeld erhält, MAZ, 19.07.2020, <https://web.archive.org/web/20191023151849/https://www.maz-online.de/Brandenburg/Warum-AfD-nahe-Stiftung-in-Brandenburg-kein-Steuergeld-erhaelt>

Warda, Katharina (2021): Friedliche Revolution 2.0? Mit DDR-Vergleichen wird Stimmung gegen die Pandemiepolitik gemacht, in: Heike Kleffner, Matthias Meisner (Hrsg.): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde, Freiburg 2021, S. 152 f.

Webb, Donald Eugene (1998): „Esperantogeld“ – Die Argumentation der Rechten gegen den Euro, in: der rechte rand (54) September/Okttober 1998, S. 12-14.

Wehner, Markus/Lohse, Eckart/Bender, Justus (2017): AfD plant parteinahe Gustav-Stresemann-Stiftung, FAZ, 19.12.2017, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/f-a-z-exklusiv-afd-plant-gustav-stresemann-stiftung-15350038.html>

Weiß, Volker (2011): Deutschlands Neue Rechte – Angriff der Eliten – Von Spengler bis Sarrazin, Paderborn 2011.

Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte – Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017.

Weiß, Volker (2020): Ahnenreihe, in: der rechte rand (Hrsg.) Das IfS – Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2020, S. 95-99.

Weiß, Volker (2021): Vom elitären Zirkel zur Massenbewegung – Die Neue Rechte in Pandemiezeiten, in: Heike Kleffner, Matthias Meisner [Hrsg.]: Fehlender Mindestabstand, Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde, Freiburg 2021, S.158-166.

Wiedemann, Carolin (2021): Sündenböcke der Pandemie – Wie die Coronakrise Rassismus nährt, in: Heike Kleffner, Matthias Meisner [Hrsg.]: Fehlender Mindestabstand, Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde, Freiburg 2021, S. 242 f.

Wiedener, Rune (2017): Gildenschafter als neurechte Vorreiter: Die Deutsche Gildenschaft und ihr Göttinger Ableger, in: Studentenverbindungen gestern und heute. Kritische Perspektiven auf Korporationen in Göttingen und Deutschland, Göttingen 2017, S.147-153.

Wiegel, Gerd (2019a): Antifaschistisches Infoblatt, AIB 122 / 1.2019 / 08.07.2019, Verfassungsschutzbeobachtung als Problem der AfD, <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/verfassungsschutzbeobachtung-als-problem-der-afd>

Wiegel, Gerd (2019b): #AfDimBundestag – Die repräsentative Bühne nutzen, in: der rechte rand (177) März/April 2019, S. 10-11.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2006a): Geschichte, Struktur und Wirken der politischen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland, WD 1 – 164/06, <https://www.bundestag.de/resource/blob/412014/9ecd48358f1c2ea367f08961cdf5d7eb/WD-1-164-06-pdf-data.pdf>

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2006b): Status und Finanzierung von parteinahen Stiftungen, WF III 02/06, <https://www.bundestag.de/resource/blob/412424/0771c710a18a77bb41464711c-32fe453/wf-iii-002-06-pdf-data.pdf>

Wolf, Tobias (2018): Zwei Dresdner für die AfD-nahe Stiftung tätig, <https://www.saechsische.de/plus/zwei-dresdner-fuer-afd-nahe-stiftung-taetig-3902958.html>

Zoscht, Wolfgang/Haupt, Marlies (2020): Ein „Reemtsma-Institut von rechts“? – Vor zehn Jahren wurde das »Institut für Staatspolitik« gegründet, in: der rechte rand (Hrsg.); Das IfS – Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2020 S.83-85.

---

## Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1	Gesamtbudgets für politische Stiftungen .....	8
Abbildung 2	Mittel der Bundesministerien für die politischen Stiftungen 2019, in Mio. Euro (jeweils Näherungswerte) .....	10

## Hinweise zu den Autoren

**Arne Semsrott** (M.A.) ist Politikwissenschaftler und Journalist. Er ist Projektleiter von *FragDenStaat* und beschäftigt sich mit Transparenz und Informationsfreiheit. Zu diesen Themen hält er regelmäßig Seminare und Vorträge – in der Vergangenheit unter anderem auch bei Veranstaltungen der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, der *Friedrich-Ebert-Stiftung* und der *Konrad-Adenauer-Stiftung*. 2016 hat Semsrott das OBS-Arbeitspapier 23 zu Informationsfreiheit verfasst und in den Jahren 2015 und 2016 für seine Arbeit den Otto Brenner Preis entgegengenommen.

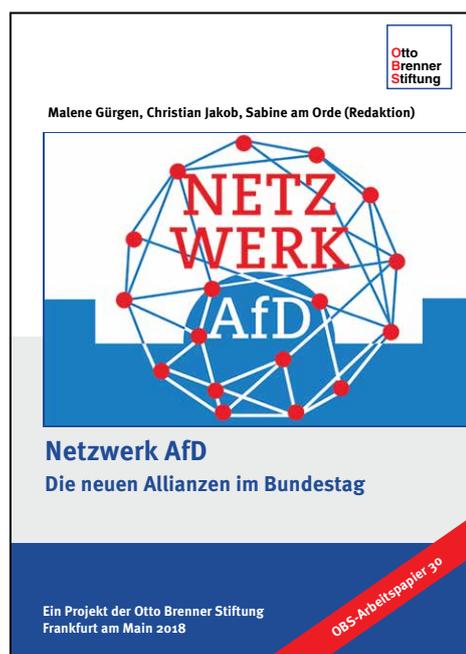
Kontakt: arne.semsrott@okfn.de | Twitter: @arnesemsrott

**Matthias Jakobowski** ist Jurist, war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Göttingen und zuletzt im Bundestag Referent im Arbeitskreis Innenpolitik der Linksfraktion. Er arbeitet zu den Themen Rechtsextremismus, Islamismus, Terrorismus und der Rolle von Sicherheitsbehörden.

Kontakt: matthias.jakubowski@posteo.de | Twitter: @tiisbosbi

Wir danken insbesondere der *Bildungsstätte Anne Frank* sowie der Antifaschistischen Recherche, Max Kronmüller und Sci-Hub.

Weitere OBS-Arbeitspapiere und mehr Infos unter: [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)



**OBS-Arbeitspapiere** Infos und Download: [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

- |        |   |
|--------|---|
| Nr. 50 | Künstliche Intelligenz und die Zukunft der Arbeit. Die digitale Transformation in den (sozialen) Medien (Derya Gür-Şeker)                                 |
| Nr. 49 | Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook (Hannah Trautmann, Nils C. Kumkar)  |
| Nr. 48 | Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)   |
| Nr. 47 | Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten (Christine E. Meltzer)   |
| Nr. 46 | Wenn Politik Presse macht. Gastbeiträge von Politiker*innen in ausgewählten Tageszeitungen (Marvin Oppong)  |
| Nr. 45 | 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest? (Lutz Mücke)                                     |
| Nr. 44 | „Alleine ist man zerbrechlich“. Perspektiven auf die Interessenvertretung von Arbeitnehmer*innen in Ost und West (Simon Storcks, Jana Faus, Rainer Faus)  |
| Nr. 43 | Streitfall Vermögenssteuer. Defizite in der Medienberichterstattung (Hendrik Theine, Andrea Grisold)  |
| Nr. 42 | Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel (Aylene Heller, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel, Elmar Brähler)                    |
| Nr. 41 | Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters (Thorsten Faas, Arndt Leininger)                                       |
| Nr. 40 | Armutzeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt (Bernd Gäbler)  |
| Nr. 39 | Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern (Susanne Fengler, Marcus Kreutler)      |
| Nr. 38 | Rechte Allianzen in Europa. Wie sich NationalistInnen gegen die EU verbünden (Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob, Sabine am Orde [Redaktion]) |
| Nr. 37 | Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“. Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand (Michael Haller)   |
| Nr. 36 | Krimis, Kontroversen, Kochrezepte. Das Regionale in den Dritten der ARD – mit aktuellen Programmanalysen von rbb und SWR (Joachim Trebbe, Eva Spittka)    |
| Nr. 35 | Agenda-Setting bei ARD und ZDF? Analyse politischer Sendungen vor der Bundestagswahl 2017 (Marc Liesching, Gabriele Hooffacker)                           |
| Nr. 34 | Demoskopie, Medien und Politik. Ein Schulterchluss mit Risiken und Nebenwirkungen (Thomas Wind)   |
| Nr. 33 | Zwischen Fanreportern und Spielverderbern. Fußballjournalismus auf dem Prüfstand (Tonio Postel)   |
| Nr. 32 | Unsichere Arbeit – unsichere Mitbestimmung. Die Interessenvertretung atypisch Beschäftigter (Berndt Keller)   |

## Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: [www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/](http://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/)

... freut sich über jede ideale Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

## Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

### Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank: HELABA Frankfurt/Main  
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03  
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank: HELABA Frankfurt/Main  
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11  
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

## Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 106\***  
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher  
**Den richtigen Ton treffen**  
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105**  
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk  
**Medienjournalismus in Deutschland**  
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104**  
Valentin Sagvosdkin  
**Qualifiziert für die Zukunft?**  
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103\***  
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta  
**Medienmäzen Google**  
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102\***  
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.  
**Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts**  
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101\***  
Leif Kramp, Stephan Weichert  
**Nachrichten mit Perspektive**  
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 100\***  
Tim Engartner  
**Wie DAX-Unternehmen Schule machen**  
Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus
- **OBS-Arbeitsheft 99\***  
Tobias Gostomzyk, Daniel Moßbrucker  
**„Wenn Sie das schreiben, verklage ich Sie!“**  
Studie zu präventiven Anwaltsstrategien gegenüber Medien
- **OBS-Arbeitsheft 98\***  
Lutz Frühbrodt, Annette Floren  
**Unboxing YouTube**  
Im Netzwerk der Profis und Profiteure
- **OBS-Arbeitsheft 97\***  
Wolfgang Schroeder, Stefan Fuchs  
**Neue Mitglieder für die Gewerkschaften**  
Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall
- **OBS-Arbeitsheft 96\***  
Rainer Faus, Simon Storks  
**Im vereinten Deutschland geboren –  
in den Einstellungen gespalten?**  
OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration

\* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

## **OBS-Arbeitspapier 51**

**Desiderius-Erasmus-Stiftung**

Politische Bildung von Rechtsaußen